



Landtag von Baden-Württemberg

16. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 14. Dezember 2006 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 14:08 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	865	2. Antrag von 35 Mitgliedern der Fraktion der SPD und der Fraktion der SPD – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Das Handeln von Landesregierung und Landesbehörden beim Erwerb von Kunst- und Kulturgütern aus dem vermuteten oder tatsächlichen Eigentum des Hauses Baden“ – Drucksache 14/577	
1. Fortsetzung der Ersten Beratung		mit der gutachtlichen Äußerung des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/696	906
a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08) – Drucksache 14/660		Abg. Ute Vogt SPD	906
b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2007 – Drucksache 14/661		Abg. Dr. Klaus Schüle CDU	909
Allgemeine Aussprache	865	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	911
Abg. Stefan Mappus CDU	865, 901	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	914
Abg. Ute Vogt SPD	871, 897	Beschluss	916
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	877, 899	Nächste Sitzung	916
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	883, 904		
Ministerpräsident Günther Oettinger	890		
Beschluss	906		

Protokoll

über die 16. Sitzung vom 14. Dezember 2006

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Palm.

Aus dienstlichen Gründen haben sich heute Herr Minister Professor Dr. Reinhart und Herr Staatssekretär Hillebrand entschuldigt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unseren Ministerpräsidenten herzlich begrüßen und ihn zu seiner ehrenvollen Berufung zum Kovorsitzenden der neuen Föderalismuskommission herzlich beglückwünschen. Ich möchte ihm gleichzeitig im Namen des ganzen Hauses dafür danken, dass er sich nachhaltig und erfolgreich dafür eingesetzt hat, dass die Landtage wie in der letzten Föderalismuskommission wiederum vier Vertreter entsenden können. Ich glaube, das ist sehr wichtig für uns.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Ersten Beratung

a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08) – Drucksache 14/660

b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2007 – Drucksache 14/661

– Allgemeine Aussprache

Das Präsidium hat eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort in der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Mappus.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der zwingende Auftrag lautet: Nettonullneuerschuldung. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wenn Sie so wollen, ist dies die Überschrift für den richtungweisenden Doppelhaushalt 2007/2008. Baden-Württemberg ist weiter auf dem richtigen Weg, und ich möchte in diesem Zusammenhang der Landesregierung, an ihrer Spitze dem Ministerpräsidenten und seinem Finanz-

minister, sehr herzlich für diesen richtungweisenden Doppelhaushalt danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird alles tun, was sie tun kann, damit dieser Weg unterstützt wird. Wir halten ihn für unumkehrbar, weil wir der Meinung sind, dass der Stopp der Neuverschuldung nicht nur ein makroökonomisches, sondern vor allem auch ein moralisches Gebot darstellt, dem wir uns verpflichtet sehen.

Wir stellen uns unserer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Auch unsere Kinder und deren Kinder haben einen Anspruch darauf, dass wir finanzpolitisch nachhaltig wirtschaften und dass wir in finanzpolitischer Hinsicht ihre Zukunft nicht weiter verbrauchen. Dies ist Nachhaltigkeit, und es bedeutet vor allem Generationengerechtigkeit. Zum Abbau der Neuverschuldung, wie ihn der Finanzminister vorgestellt hat, gibt es keinerlei Alternative.

Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung bringen wir Deckungsmaßnahmen im Umfang von 1,3 Milliarden € im Jahr 2007 und 1,6 Milliarden € im Jahr 2008 auf den Weg. Alle Ressorts bringen ihren Einsparbeitrag. Das Ziel der Nettonullneuerschuldung ab dem Jahr 2011 verlangt konkrete Ressortkürzungen um insgesamt 550 Millionen € im Jahr 2007 und 650 Millionen € im Jahr 2008. Damit senken wir die Neuverschuldung 2007 von geplanten 1,7 Milliarden € auf 1,0 Milliarden €. Wir halbieren sie im Jahr 2008 von 1,5 Milliarden € auf 750 Millionen €, und bereits im Jahr 2009 dritteln wir sie nahezu auf nur noch knapp 550 Millionen €.

Mit dem Haushalt 2007/2008 schaffen wir also ein gutes Stück Weg zur Nullneuerschuldung im Jahr 2011. Meine Damen und Herren, das ist ein entscheidender Schritt, um auch in der Haushaltspolitik ganz an die Tabellenspitze der Länder zu kommen. Was Bayern und Sachsen können, können wir auch, und zwar ehrlich und mit Augenmaß.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir befinden uns bei der Pro-Kopf-Verschuldung aktuell auf Platz 3 hinter Bayern und Sachsen. Aber Sachsen liegt nur deshalb vor Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, weil es gleichzeitig eine ganze Menge Transferleistungen bekommt, auch von uns aus Baden-Württemberg. Bayern hat für seinen neuverschuldungsfreien Haushalt eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die wir so nicht umsetzen wollen. Ich denke nur an die Schröpfung der Kommunen im

(Stefan Mappus)

Freistaat. Dies werden wir nicht tun. Wir statten die Städte und Gemeinden weiterhin ordentlich aus. Dafür ist auch eine Zahl beispielhaft, meine Damen und Herren: Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen ist in Bayern doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf der Landesregierung ist Ausweis einer vorausschauenden, einer zukunftsgerichteten und vor allem einer seriösen Politik. Wie es nicht geht, wie man vor seiner Verantwortung kapituliert, wie man einfach immer mehr Schulden auftürmt, zeigt ein Blick nach Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren, wo der Bundesvorsitzende der SPD regiert.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kurti!)

Dort wird die Neuverschuldung auch 2007 kräftig steigen, und das trotz höherer Steuereinnahmen.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Unglaublich!)

Dort entwickelt sich das Defizit inzwischen dramatischer als beim Chefbankrotteur dieser Nation, Herrn Wowereit in Berlin. Selbst 2011 wird Kurt Beck noch mehr neue Schulden machen als in diesem Jahr.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Skandalös!)

Die Neuverschuldung pro Kopf beträgt in Rheinland-Pfalz im nächsten Jahr 245 €, in Baden-Württemberg hingegen 93 €. Meine Damen und Herren, dies ist ein Riesenunterschied.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Unsere Landesregierung sorgt dafür, dass 2011 keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Kurt Beck dagegen regiert sein Land immer tiefer in die roten Zahlen. Selbst 2011 wird sich ausweislich seiner eigenen mittelfristigen Finanzplanung jeder Rheinland-Pfälzer – nur in diesem einen Jahr – rechnerisch zusätzlich um 217 € verschulden. Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied zwischen CDU- und SPD-Politik, was Finanzen angeht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wir stoppen die Schuldenspirale. Wir haben die Herausforderungen angenommen. Schon im Zeitraum von 2002 bis 2006, unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, lag die Konsolidierungsleistung im Land Baden-Württemberg bei rund 8 Milliarden €. Schon 2005 und 2006 lagen die Istwerte der Nettoneuverschuldung klar unter den ursprünglichen Planansätzen.

Baden-Württemberg hat es im Übrigen immer geschafft, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Wir schreiben nicht einfach immer größere Defizite aus Bequemlichkeit oder Unvermögen wie manche, deren marode Haushalte wir über den Länderfinanzausgleich auch noch durchpäpeln müssen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie bedienen sich lieber bei den Kommunen! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zuhören, Frau Kollegin! Da können Sie etwas lernen!)

2007 muss Baden-Württemberg mehr Geld an andere Länder überweisen, als wir hier bei uns für die innere Sicherheit und den ländlichen Raum zusammen ausgeben können.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Unmöglich!)

Es ist höchste Zeit, dass die verzerrende Wirkung des Länderfinanzausgleichs korrigiert wird. Deshalb ist es auch für das Land Baden-Württemberg eine hervorragende Sache, dass unser Ministerpräsident mit im Vorsitz der Kommission für den zweiten Teil der Föderalismusreform ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg.
Winfried Kretschmann GRÜNE: Mit dieser Tonlage erreichen wir allerdings nichts!)

Meine Damen und Herren, wir können in Baden-Württemberg nicht länger für alle aufkommen, die sich nicht anstrengen, ihren Haushalt in den Griff zu bekommen. Während wir jeden Cent zweimal herumdrehen, verteilt Wowereit in Berlin mit unserem Geld teure Wahlgeschenke: Abschaffung der Kindergartengebühren, kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Verzicht auf Studiengebühren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Alles mit unserem Geld!)

Das kann nicht die Geschäftsgrundlage für föderale Beziehungen sein: Die Starken sparen, damit die Schwachen das Geld zum Fenster hinauswerfen. Das ist pervertierte Solidarität, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagen Sie
einmal Herrn Müller vom Saarland!)

Wir brauchen mehr denn je Regeln, die der haushälterischen Lotterwirtschaft auch in anderen Teilen der Republik ein Ende setzen. Gutes Wirtschaften darf nicht länger bestraft werden, so wie es im Moment durch den Länderfinanzausgleich der Fall ist.

Hier wollen wir Vorbild sein und deshalb ein grundsätzliches Verschuldungsverbot in die Landesverfassung hineinschreiben,

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

sobald wir im Jahre 2011 die Null erreicht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir werden sicherstellen, dass das Land auch langfristig nicht mehr Geld ausgibt, als es einnimmt.

Dieser Doppelhaushalt ist ein starkes Zeichen politischer Handlungs- und Entscheidungskraft. Die Landesregierung beweist damit Übersicht, Stehvermögen und vor allem ein sicheres Gefühl für das Machbare. Das ist eine Leistung, die Anerkennung von allen verdient, die in diesem Haus verantwortungsvoll Politik machen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Stefan Mappus)

Sparen und seriös investieren – wir gestalten trotz Haushaltsdisziplin. Die entscheidende Botschaft ist darüber hinaus: Weil wir investieren, sparen wir Baden-Württemberg nicht kaputt. Dieser Haushalt setzt klar erkennbare politische Gestaltungsakzente, deutliche Investitionsschwerpunkte in den Bereichen, die für die Zukunft des Landes besonders wichtig sind. Wir steigern die Ausgaben im Bildungsetat um 5,6 %, obwohl wir schon heute die günstigste Schüler-Lehrer-Relation aller alten Flächenländer haben und obwohl wir heute kleinere Klassen haben als z. B. im Jahr 1980.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt nicht an der Landesregierung, sondern an der Demografie!)

Wir treiben den Ausbau der bedarfsgerechten flächendeckenden Ganztagsbetreuung voran. Hier darf im Übrigen einmal eines klargestellt werden: Eine gerade veröffentlichte Studie an der Universität Heidelberg hat sich erstmals wissenschaftlich mit der Frage beschäftigt, in welchen Bundesländern über einen längeren Zeitraum welche Bildungsausgaben getätigt wurden. Meine Damen und Herren, ich zitiere Ihnen der Einfachheit halber den Schlusssatz aus dieser wissenschaftlichen Studie:

SPD-regierte Bundesländer geben signifikant weniger für Bildung aus als CDU-regierte Bundesländer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Anders formuliert: Je mehr SPD in der Regierung, umso schlechter geht es den Schulen, meine Damen und Herren. Das ist die Botschaft, die daraus hervorgeht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb, Frau Kollegin Vogt, wenn jetzt schon Wissenschaftler empirisch nachweisen, dass es dort bergab geht, wo die Genossen regieren, dann würde mich das leicht nachdenklich machen.

(Anhaltende Unruhe – Zuruf von der SPD: Sie sprechen doch nicht auf einem CDU-Kreisparteitag!)

Für den Ausbau der Hochschulen nehmen wir weiterhin mehr Geld in die Hand.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir treffen heute Vorsorge, um bis zum Jahr 2012 in ausreichender Zahl Studienanfängerplätze bereitzustellen. Während andere Bundesländer die steigenden Abiturientenzahlen noch im seligen Schlummer auf sich zukommen lassen, haben wir schon Investitionsmittel im Haushalt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die werden aber abgebaut!)

Für die Kleinkindbetreuung werden die Haushaltsmittel deutlich erhöht. Allein zwischen den Jahren 2005 und 2008 wird der Haushaltsansatz um das Zweieinhalbfache erhöht. Das Kinderland ist mehr denn je Realität.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da habt ihr euch lange genug Zeit gelassen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Von nichts kommt nichts!)

Wir investieren weiter in die Polizei. Die Modernisierung der polizeilichen IuK-Technik wird vorangebracht.

Meine Damen und Herren, ein besonderes Anliegen der CDU-Landtagsfraktion: Wir wollen noch mehr tun für den Klimaschutz, für den Bereich der erneuerbaren Energien. Wir wollen deshalb für die Zukunft die Landesbauordnung dergestalt ändern, dass in Neubauten regenerative Energieträger verwendet werden müssen. Um dies auch als Projekt voranzubringen, werden wir pro Jahr mehr als 5 Millionen € zusätzlich für Anreizprogramme in den Haushalt einstellen. Das ist einmalig in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sparen und wir investieren, und gleichzeitig sichern wir uns vor Risiken in der Zukunft ab.

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Unternehmensteuerreform. Sie ist wichtig, und sie kommt Gott sei Dank – lieber spät als nie. Aber sie bringt haushaltspolitische Risiken mit sich. Solidität heißt auch, dass man Risiken, wenn man sie bereits kennt, absichert. Deshalb werden wir hierfür Rücklagen in den Haushalt einbringen. Das ist planvolle, das ist intelligente Politik für ein starkes Land Baden-Württemberg.

Aber, meine Damen und Herren, betrachten wir einmal – als Kontrastprogramm sozusagen – die haushaltspolitischen Vorstellungen und Forderungen der SPD. Vorab ein Kompliment, Frau Vogt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Vorsicht, Ute, das ist vergiftet!)

Ihre Homepage ist geradezu ein Fundus an Informationen, wenn es um haushaltspolitische Dinge geht.

(Abg. Zimmermann CDU: Aber nur die Homepage!)

Ihre Verlautbarungen auf Ihrer eigenen Homepage machen aber auch deutlich, dass Sie – um es sehr zurückhaltend auszudrücken – eine gewisse Linie vermissen lassen. In der Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 20. September 2006 äußern Sie z. B. – ich zitiere –, es sei „unabhängigbar, dass zusätzliche Steuermehreinnahmen zum Abbau der Staatsschulden verwendet werden.“ Aber, meine Damen und Herren, was lesen wir auf der Homepage der SPD? In einer Pressemitteilung vom 11. Januar dieses Jahres, also zufälligerweise direkt vor der Landtagswahl, steht – ich zitiere –:

Auf ihrer Klausurtagung in Karlsruhe hat die SPD-Landtagsfraktion ein umfangreiches Programm für Wachstum und Beschäftigung in Höhe von 550 Millionen € beschlossen. Es ist auf die gesamte kommende Legislaturperiode ausgelegt. Finanziert wird es aus den Steuermehreinnahmen, die dem Land von 2006 bis 2011 ... zufließen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ja unglaublich! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

(Stefan Mappus)

Ja, was denn jetzt, meine Damen und Herren? Die Verschuldung reduzieren, oder investieren und mehr ausgeben?

(Unruhe)

Es gibt weitere schöne Beispiele in diesem Zusammenhang. Sie bekennen sich zum Abbau der Neuverschuldung bis 2011. Ich kann nur sagen: Willkommen im Klub!

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist eine vernünftige Freizeitbeschäftigung! – Unruhe)

– Jetzt regen Sie sich nicht auf; es kommt noch ganz anders. –

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ich glaube, bald ist die Homepage abgeschaltet!)

Gleichzeitig hören wir von Ihnen aber immer wieder neue, teure Forderungen, wie zum Beispiel den gebührenfreien Kindergarten für alle –

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Zuruf von der SPD: Das habt doch ihr beschlossen!)

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 23. November 2005 zum Bericht der Enquetekommission „Demografischer Wandel“. Das klingt gut. Der Applaus ist Ihnen sicher. Aber wo die 200 Millionen € für die Deckung der Mehrkosten herkommen sollen, erwähnen Sie mit keiner Silbe.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie haben das doch in Dresden auch beschlossen!)

Meine Damen und Herren, so können Sie nicht wirtschaften. Das ist unseriös.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wer Mehrausgaben will, muss einen vernünftigen Deckungsvorschlag machen. Das ist das Einmaleins einer guten und soliden Haushaltspolitik, und die beherrschen Sie offensichtlich nicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Gilt das auch für CDU-Parteitagebeschlüsse in Dresden? – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich sage bewusst: vernünftige Deckungsvorschläge. Im Übrigen können wir nur alle hoffen, dass Sie, Frau Vogt, uns heute mit Ihren alten Kamellen – Auflösung der Landesstiftung, Verkauf der Rothaus-Brauerei und anderes mehr – einmal verschonen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Beispiel Nummer 3 für die haushaltspolitische Achterbahnfahrt der SPD: Meine Damen und Herren, Sie ziehen heute durchs Land und fordern mehr Geld für den Landesstraßenbau.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Richtig!)

Das geht aus einer Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 28. August dieses Jahres hervor. Schön! Aber wo bleibt Ihr Finanzierungsvorschlag? Wie immer Fehlanzeige!

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das machen Sie auch nicht!)

Sie lassen keine Gelegenheit aus, um den Menschen Schauernmärchen über die Finanzausstattung des Landesstraßenbauprogramms zu erzählen.

Tatsache ist, dass der Ansatz gesteigert wurde – leicht gesteigert, aber immerhin –, und das in dieser finanzpolitisch schwierigen Situation.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber die Schlaglöcher sind immer noch da! Sie sind sogar größer geworden!)

Aber, meine Damen und Herren, was hat die SPD in der Vergangenheit vertreten? Was hat die SPD zu einem Zeitpunkt vertreten, als der Haushaltsansatz niedriger war? Schauen wir einmal in die Ära Ende der Neunzigerjahre.

(Abg. Reinhold Gall SPD: 1890 oder 1990? – Abg. Alfred Winkler SPD: Vor Bismarck!)

Schauen wir einmal in die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Staatshaushaltsplan, Einzelplan 10, Drucksache 12/910, mit den zu den Finanzausschussberatungen eingebrachten Änderungsanträgen 10/31, 10/32 und 10/33 der SPD-Fraktion. Meine Damen und Herren, man glaubt es kaum: Damals hat die SPD-Fraktion eine Kürzung der Straßenbaumittel in Höhe von umgerechnet 21 Millionen € beantragt.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist die Art und Weise, wie Sie Politik machen. Sie behaupten heute das eine und morgen das andere;

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Zickzackkurs!)

Sie haben schon lange keine klare Linie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Was Sie gestern noch gefordert haben, haben Sie schon heute wieder vergessen, und was Sie heute noch wollen, das lehnen Sie schon morgen wieder ab. Das ist Ihre Linie in puncto Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Aber, meine Damen und Herren, es wird noch viel besser!

(Zurufe von der CDU: Nein! – Abg. Reinhold Gall SPD: Bisher war es doch noch gar nicht gut genug! – Abg. Thomas Blenke CDU: Heben Sie sich noch ein bisschen für die zweite Runde auf! – Unruhe – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

– Ja, ich glaube, dass Sie das beunruhigt; dafür habe ich Verständnis. Aber jetzt warten Sie einfach einmal ab.

(Stefan Mappus)

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt kommen die Fünfiger mit Elvis! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist alles nur Vorgeplänkel!)

Wie haben Sie die Landesregierung für die Entscheidung kritisiert, wegen der rückläufigen Schülerzahlen 521 Lehrerstellen vorübergehend nicht zu besetzen – nicht die Stellen zu streichen, sondern sie vorübergehend nicht zu besetzen!

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was ist jetzt der Unterschied?)

– Herr Kretschmann, ganz ruhig, auch Sie kommen noch dran. Aber ich bin jetzt zunächst einmal mit der linken Seite des Hauses beschäftigt.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was haben Sie sich auf uns gestürzt, obwohl wir damit einen maßvollen, vertretbaren Einsparbeitrag des Kultusressorts zum Schuldenabbau erreichen – bei voll gesicherter Unterrichtsversorgung!

Aber, meine Damen und Herren, auch hier gibt die Homepage der SPD in hervorragender Weise Auskunft. Gehen wir einmal zurück zu einer Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 12. Januar 2005, also zu einem Zeitpunkt, als die Schülerzahlen noch im Steigen begriffen waren, als die Probleme in den Schulen größer waren. Ich zitiere Seite 2, Schulbereich – bitte, ich kann nur sagen: zurücklehnen und genießen! –:

(Heiterkeit bei der CDU)

Nach den aktuellen Prognosen verringert sich die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg von 2006 bis 2014 um 166 600.

– Das war die alte Schätzung; die Zahl ist in der Zwischenzeit gestiegen. –

Die Lehrer-Schüler-Relation aus dem Jahr 2003 von 16,2 zugrunde gelegt, ergibt sich daraus rechnerisch ein Lehrerüberhang von 10 284 Stellen.

Und jetzt kommt's:

Die SPD-Landtagsfraktion will davon ein Drittel, rund 3 428 Stellen, einsparen.

Das war die Pressemitteilung der SPD, meine Damen und Herren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich!)

Rund 3 500 Stellen einsparen wollen und uns kritisieren, weil wir 521 Stellen vorübergehend nicht besetzen! Was ist das denn für eine Politik, die Sie in diesem Zusammenhang machen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber, Frau Vogt, es kommt noch besser. Wir kommen jetzt zum Höhepunkt – nicht vorgetäuscht, sondern richtig real, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir haben alle – –

(Unruhe bei der SPD)

– Ganz ruhig bleiben!

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Widerwärtig! Schämen Sie sich! Gehen Sie raus! – Glocke des Präsidenten)

– Ich verstehe nicht, warum Sie sich aufregen. Ich zitiere die ganze Zeit aus Ihrer Homepage.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir warten darauf, wie es besser wird! Wir warten auf Ihre Vorschläge! – Zurufe – Große Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir haben alle noch im Ohr, wie heftig Frau Vogt die Landesregierung in der vergangenen Woche für ihre Warnung vor dem angedrohten Amoklauf an einer baden-württembergischen Schule kritisiert hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lächerlich!)

Ich zitiere die „Südwest Presse“ vom 7. Dezember 2006:

Die frühere SPD-Staatssekretärin im Bundesinnenministerium gab sich „fassunglos, dass man sich mit einem solchen Thema so in Szene setzt. Die Sicherheit nimmt nicht zu, wenn man die Bevölkerung in breitem Umfang verunsichert.“ Besser hätte man versucht, „die Medien um Stillschweigen zu bitten.

(Zurufe von der CDU: Oi!)

Es geht immerhin um Kinder, die in Panik geraten können.“

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Maulkorb!)

Okay! Mit uns kann man ja über alles reden.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ach was!)

Aber was sagt am gleichen Tag der Generalsekretär der SPD, Jörg Tauss?

(Zuruf von der CDU: Wer ist das?)

„Netzeitung“, 6. Dezember 2006, Überschrift: „Südwest-SPD unterstützt Warnung an Schulen“. Ich zitiere:

Der Generalsekretär der SPD in Baden-Württemberg, Jörg Tauss, hat die frühzeitige Warnung des baden-württembergischen Kultusministeriums vor dem per Internet angekündigten Amoklauf an einer Schule ausdrücklich verteidigt. Die konkreten Hinweise der Polizei hätten die Warnung gerechtfertigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch etwas völlig anderes!)

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich bei Ihnen los? Sie eiern herum, Sie stochern im Nebel, Sie flattern wie das Fähnlein im Wind.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was hat das mit dem Haushalt zu tun? – Weitere Zurufe – Unruhe)

(Stefan Mappus)

Was Sie abliefern, ist ungenügend. Und weil Sie politisch nichts zu bieten haben, blasen Sie dann noch mit dem Kulturgüter-Untersuchungsausschuss einen Popanz auf, den die „Stuttgarter Zeitung“ vom 10. November 2006 als „Aufschrei gequälter Seelen“ in der SPD-Fraktion

(Heiterkeit bei der CDU)

und als Zeichen Ihrer politischen Ohnmacht bewertet hat.

Frau Vogt, selbst in Ihrer eigenen Fraktion haben Sie, um es einmal sehr vorsichtig auszudrücken, große Probleme.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie auch!)

„Pforzheimer Zeitung“, 13. Oktober 2006, Zitat:

„Wenn sie so weitermacht, hat sie kein Jahr mehr“, urteilt einer aus ihrer Fraktion über die augenfällige Führungsschwäche.

Laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 24. Oktober 2006

(Abg. Reinhold Gall SPD: Haben Sie eigentlich auch eine eigene Meinung, oder zitieren Sie nur aus Zeitungen?)

wird Ihnen aus den eigenen Reihen Lustlosigkeit vorgeworfen.

In besonderer Offenheit – ausnahmsweise einmal nicht auf der Homepage der SPD – kommt Ihr Kollege Dr. Prewo zu folgender Einsicht –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich dachte, wir machen Haushaltsplanberatungen!)

„Rhein-Neckar-Zeitung“, 26. September 2006 –:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Haushalt! Haushalt!)

Die SPD unter Ihrer Führung – ich zitiere – „ist in einer Art politischem Niemandsland angekommen“.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So viele Zitate im Protokoll nachzulesen ist doch ziemlich langweilig! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Am 4. Dezember

(Abg. Reinhold Gall SPD: Stinklangweilig! – Weitere Zurufe)

haben Sie uns durch das Magazin „Chrismon“ daran teilhaben lassen, wie Sie sich am Abend des Landtagswahlsonntags hätten vorstellen können, auszusteigen.

(Zurufe)

In der Tat, wer die Landespolitik verfolgt, hat unweigerlich den Eindruck, dass Sie sich schon lange verabschiedet haben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Glänzende Haushaltsrede!)

Die Grünen, bisher unverdächtig, was die Koalition angeht, formulierten durch Andreas Braun – ich zitiere die „Stutt-

garter Nachrichten“ vom 13. November 2006 –: „Ute Vogt hat die Strahlkraft einer abgelegten Wollsocke.“

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der CDU)

Diese SPD-Opposition, meine Damen und Herren, ist planlos. Sie ist zahnlos.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Sie ist zielloos. Sie ist orientierungslos. Sie ist visionslos. Und Sie sind harmlos, meine Damen und Herren, mit Ihren Vorschlägen, die Sie zur Haushaltspolitik machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das, was Sie daherlabern, ist inhaltslos von A bis Z! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Sie haben keine Konzepte für dieses Land. Sie tummeln sich in diesem Haus zwischen Beliebigkeit und Belanglosigkeit. Sie sind konzeptionell und personell ausgezehrt. Sie machen keine vernünftigen Vorschläge zu einer zukunftsgerichteten Haushaltspolitik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was haben Sie denn? – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Jeder Kreisparteitag ist besser!)

Meine Damen und Herren, auch bei den Grünen – –

(Zurufe von der SPD: Jetzt kommen Sie doch einmal zu sich! Haushalt!)

– Warten Sie doch, ich bin noch lange nicht fertig. Da kommt noch eine ganze Menge, keine Sorge.

Meine Damen und Herren, was die Finanzpolitik angeht,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Haben Sie meine Homepage gelesen? – Abg. Ursula Haußmann SPD: So werden Sie nicht Ministerpräsident, wenn Sie so weitermachen wie bisher!)

haben wir, Herr Kretschmann, sicherlich auch zu den Grünen eine Reihe von Differenzen. Ich nenne die Energie- oder die Gesellschaftspolitik, die Außenpolitik – im Speziellen die Europapolitik – oder anderes mehr.

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Aber entlang der haushaltspolitischen Grundlinien sind wir, glaube ich, in einer Reihe von Punkten gar nicht so weit auseinander.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Wir setzen deshalb auf das konstruktive Verhalten Ihrer Fraktion während der Etatberatungen. Ich gehe davon aus – Sie haben auch einige brauchbare Diskussionsvorschläge abgeliefert –, dass wir gemeinsam eine ernsthafte, verantwortungsvolle Konsolidierungspolitik vorantreiben. Wenn Sie Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit wirklich mit uns zusammen voranbringen wollen, dann müssen Sie unseren Kurs unterstützen.

(Zurufe von der SPD)

(Stefan Mappus)

Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt 2007/2008 setzt Maßstäbe,

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Das war es jetzt?
– Zurufe – Unruhe)

nicht nur wegen seiner Konsolidierungsleistung. Selbst die schwierigen Einsparentscheidungen konnten im Einvernehmen erreicht werden. Das ist ein großer politischer Erfolg des Ministerpräsidenten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

In den Verhandlungen mit Kommunen, mit Institutionen und Verbänden wurde Vertrauen aufgebaut. Es wurde neues Bewusstsein herangebildet.

Haushaltskonsolidierung, meine Damen und Herren, ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir können sie nur gemeinsam voranbringen. Wir müssen die Ansprüche an das Land am Machbaren orientieren und überprüfen. Wenn langfristig alle gewinnen wollen, dann müssen sich alle in Maßen selbst bescheiden.

Es war deshalb der richtige Weg, dass die Landesregierung in den Verhandlungen zum Haushalt auf Verständigung und nicht auf Diktat gesetzt hat. Umsichtige Diplomatie – und nicht: brutaler Kahlschlag – hat ein Deckungskonzept ermöglicht, das überzeugt und breite Akzeptanz erfährt.

Es ist keineswegs selbstverständlich, meine Damen und Herren, dass die Betroffenen auch schmerzliche Einschnitte mittragen. Wenn Sie ein Gegenbeispiel haben wollen, müssen Sie nach Hessen oder noch eher nach Bayern gehen, wo es monatelange Proteste gab, wo eine vergiftete Atmosphäre geschaffen wurde und Haushaltspolitik ein schwieriges Geschäft geworden ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wer regiert dort?)

Wir können stolz sein, dass es bei uns gelungen ist, für die Finanzplanung Unterstützung zu gewinnen. Es ist gelungen, die Kommunen ins Boot zu holen. Es ist gelungen, mit den Gewerkschaften und den Beamten Einigung zu erzielen. Es ist gelungen, mit den Kirchen eine Einigung zu erzielen. Es ist gelungen, vom Sport Zustimmung für die Programmatik der Landesregierung zu erhalten, und das, obwohl auch Unpopuläres auf der Tagesordnung der Verhandlungen stand. Ich finde es ermutigend, wenn selbst die GEW die Vereinbarung mit den Landesbeamten ausdrücklich als – ich zitiere – „einmalig positiv in der Republik“ lobt.

Hinter den Einigungen, meine Damen und Herren, stand ein hartes Stück Arbeit. Deshalb sage ich auch deutlich: Alle Forderungen, die Neuverschuldung noch schneller abzusenken, sind politisch blauäugig und mit der CDU nicht umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir den Frieden im Land bewahren wollen, wenn wir weiterhin eine konsensuale Haushaltspolitik betreiben wollen,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sagen Sie doch, dass Sie damit die FDP/DVP gemeint haben!
Dann haben alle ihr Fett abbekommen!)

dann sind wir gut beraten, den Abbauplan des Finanzministers im Verhältnis 1 : 1 umzusetzen und Kurs zu halten.

Wir haben ein großes Interesse daran, dass das konstruktive Klima auch in den kommenden Haushaltsberatungen erhalten bleibt. Denn eines ist sicher, meine Damen und Herren: Die Haushalte für die Jahre 2009 und 2010 werden noch schwieriger als der aktuelle Doppelhaushalt.

Die CDU-Fraktion wird den Kurs der Landesregierung unterstützen und alles dazu beitragen, damit die Nettonull im Jahr 2011 steht. Die CDU ist auch weiterhin Garant für eine verlässliche, für eine generationengerechte und vor allem für eine erfolgreiche Politik zum Wohle des Landes Baden-Württemberg.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was für ein peinlicher Auftritt!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Vogt.

Abg. Ute Vogt SPD: Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Kollege Mappus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie blank, Herr Mappus, muss man als Führer, als Vorsitzender einer Regierungspartei sein

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Fraktion!)

– einer Regierungspartei hier im Landtag, meinetwegen auch einer Fraktion –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Er ist Vorsitzender der Fraktion!)

– er ist Vorsitzender der CDU-Fraktion; aber Sie wussten, wen und was ich gemeint habe –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, das stimmt! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Landtagshandbuch lesen! – Weitere Zurufe von der CDU)

wenn man den Auftritt, den man hier hat, mitnichten dazu nutzt, auch als Parlamentarier zu zeigen, welche Kraft die eigene Fraktion hat, auch an dem etwas zu ändern, was die Landesregierung vorschlägt,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist doch gut, was sie vorschlägt! Da braucht man nichts zu ändern!)

und sich stattdessen als jemand aufspielt, der hier eine Oppositionsrede gegen die Oppositionsführerin hält. Das ist erbärmlich für die inhaltliche Leistung in diesem Landtag, Herr Mappus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Möglicherweise suchen Sie ja ein neues Betätigungsfeld. Die rheinland-pfälzische CDU sucht händeringend jemanden. Sie sollten sich dort bewerben.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Dann wäre dort die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten auf viele Jahre hinaus gesichert.

(Ute Vogt)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Zuruf
von der CDU: Haushalt!)

Ich will zu etwas Erfreulicherem kommen und möchte mich den Glückwünschen an den Ministerpräsidenten zu seiner Berufung zum Kovorsitzenden der neuen Föderalismuskommission ganz herzlich anschließen. Wir haben hier im Land die Chance, die Föderalismusreform II aktiv mit zu vertreten. Ich darf Ihnen, Herr Ministerpräsident, nicht nur herzlich zu Ihrer Berufung gratulieren, sondern ich darf Ihnen auch namens meiner Fraktion anbieten, dass wir mit unserer Kompetenz und mit den kompetenten Menschen aus unserer Fraktion gern bereit sind, mit Ihnen gemeinsam wie bei der Kommission zur Föderalismusreform I die Interessen des Landes gegenüber anderen zu vertreten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Ich verbinde diese Glückwünsche aber ausdrücklich mit der Hoffnung, Herr Ministerpräsident, dass Sie die Diskussion um eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern und möglicherweise auch der Finanzbeziehungen unter den Bundesländern so führen, dass sie auch von Erfolg gekrönt sein kann, und nicht so, wie man das hier in polemischer Weise vom Fraktionsvorsitzenden der CDU hören musste. Denn indem man auf anderen, auch auf anderen Bundesländern, herumtritt und herumtrampelt, weckt man bei diesen sicherlich keine Einsicht, und allein werden wir in der Kommission keine Mehrheit für Änderungen schaffen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Wahrheit tut weh!)

Immerhin ist die Mehrheit der Ministerpräsidenten der Bundesländer, die durch den Finanzausgleich von uns leben, Ihrer Couleur. Die SPD stellt da leider nicht mehr die Mehrheit derer, die man gewinnen muss.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das kommt wieder! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber für Misswirtschaft in der Vergangenheit zuständig!)

Insofern hoffe ich, dass Sie die Chance nützen.

Ich möchte noch etwas anderes Erfreuliches anmerken, anschließend an eine Debatte, die wir gestern hier im Landtag geführt haben. Herr Kollege Schebesta hat sich ein bisschen darüber beklagt, dass wir als SPD-Fraktion in regelmäßigen Abständen das Thema „Förderung der erneuerbaren Energien“ zur Sprache bringen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ganz so war es nicht! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war Atomgeschichte!)

Wir haben heute erlebt – wir konnten es ja vorab in der „Bild“-Zeitung lesen –, dass in der CDU-Fraktion solche Debatten auch Früchte getragen haben.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Antrag ging um Atomkonsens!)

Wir finden es ausdrücklich gut, dass es ein Programm gibt, um erneuerbare Energien auch im Haushalt von Baden-Württemberg voranzubringen. Sie knüpfen an wunderbare Programme an, die Rot-Grün auf den Weg gebracht hat,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das gab es noch nirgends!)

denen sich die Große Koalition in Berlin nicht verschließen konnte. Herzlichen Glückwunsch, dass das bei Ihnen in Baden-Württemberg, bei uns hier im Land und bei Ihnen in Ihrer Fraktion, angekommen ist.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei uns in Baden-Württemberg! Sie gehören auch dazu!)

– Bei Ihnen in der baden-württembergischen CDU, Herr Kollege.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Noch nicht bei allen!)

Ich möchte mich aber auf das konzentrieren, worüber wir hier zu entscheiden haben, und das ist der Haushalt, wie er eingebracht wurde und wie er jetzt von unseren Fraktionen intensiv beraten werden muss.

Herr Finanzminister Stratthaus hat zu Recht festgestellt: Die öffentlichen Haushalte in Deutschland sind auch und gerade deshalb in einer schwierigen Situation, weil man in guten Zeiten nicht angemessen gehandelt hat. Wohl wahr, Herr Minister! Wir hätten uns gewünscht, dass es eine solche Erkenntnis früher gegeben hätte.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Oh, Jesses Gott! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie haben gesagt, dieser Haushalt werde in die Geschichte eingehen. Man hat ähnlich versucht, ebendiesem Haushalt noch einmal eine solche Bedeutung zu geben. In Wahrheit, Herr Finanzminister, präsentieren Sie hier seit Jahren die gleiche Geschichte. Am 9. November 1999

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

haben Sie hier im Haus verkündet:

Die Nettokreditaufnahme im Landeshaushalt wird für die Jahre 2000 und 2001 aufgrund der Steuermehreinnahmen aus der jüngsten Steuerschätzung abgesenkt. Mit dieser Entscheidung setzt die Landesregierung ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent fort.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Was aber folgte, war dann ab 2001 Jahr für Jahr ein Anstieg der Verschuldung dieses Landes.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Hört, hört!)

Trotz dieser Versprechen haben Sie es innerhalb des letzten Jahrzehnts geschafft, in Baden-Württemberg die Schulden im Landeshaushalt um 14,7 Milliarden € zu erhöhen; das heißt, der gesamte Schuldenberg ist im letzten Jahrzehnt um 50 % gewachsen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

(Ute Vogt)

Das ist eine Konsolidierungspolitik, die jedenfalls nicht den Versprechen von 1999 entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Insofern habe ich große Zweifel daran, dass es dieses Mal anders sein soll. Denn heute wie damals fehlt Ihnen der Mut, tatsächlich den Kurs zu ändern. Herr Kollege Mappus, es gehört dazu, wenn man Politik macht, dass man in der Lage ist, dazuzulernen,

(Zuruf von der CDU: Hoffentlich! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha!)

dass man eben nicht, weil man hier schon viele Jahrzehnte regiert, meint, man müsse immer das Gleiche machen,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sie sagen ständig etwas anderes!)

dass man auch einmal etwas im Rahmen seiner Politik verändert, wenn man merkt, man muss an der einen oder anderen Stelle die Weichen neu stellen, und dass man nicht satt und selbstzufrieden immer sagt: Es ist ja bisher immer irgendwie gut gegangen.

(Zuruf von der CDU: Wischiwaschi! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Vor allem satt! – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Besonders traurig finde ich, Herr Finanzminister Stratthaus, dass Sie es nicht geschafft haben, Ihre nun bekanntermaßen begrenzte Amtszeit doch zu mutigeren Schritten zu nutzen. Offenbar hat die Begrenzung der Amtszeit auch Ihren Willen für die zukunftssträchtige Weichenstellung begrenzt.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Wann, wenn nicht jetzt, hätten Sie denn die Chance dazu, ohne Rücksicht darauf, dass der eine oder andere Kabinettskollege Gram oder der eine oder andere Verband große Ärgernisse vor sich herträgt? Wann, wenn nicht jetzt, hätten Sie die Chance, auch Dinge durchzusetzen, die unpopulär sind

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

und wo Sie auch einmal an die Fleischtöpfe heran müssen, die manch einem Parteifreund von Ihnen gehören?

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Jochen Karl Kübler und Karl Zimmermann CDU)

Anstatt diesen Aufschwung für einen Aufbruch zu nutzen, begnügen Sie sich mit der Rolle als Trittbrettfahrer der Konjunktur.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Zurufe von der SPD, u. a.: Schwarzfahrer! – Geisterfahrer! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie präsentieren einen Haushalt, der auf Leistungen anderer aufbaut. Den mit Abstand größten Brocken für die Konsolidierung leistet nicht die Landesregierung, sondern leisten die Kommunen, leisten die Städte und Gemeinden unseres Landes. Es ist ein Skandal, wie dort abgeschöpft wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie sparen auf Kosten anderer. Natürlich haben die kommunalen Landesverbände unter dem Druck der Landesregierung nachgeben müssen, weil sie gar keine andere Chance haben, weil sie vom Land abhängig sind und weil Sie gedroht haben: Wenn ihr nicht mitmacht, dann nehmen wir noch mehr und hauen euch am Ende die Beine weg.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, selbstverständlich! 550 Millionen angedroht! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist doch Quatsch! Sie haben bloß ein Problem damit, dass Herr Gönner mitmacht!)

Das ist das Hauptproblem, das die Kommunen unter Ihrer Regierung erleiden müssen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Fragen Sie doch einmal Ivo Gönner!)

Damit ist noch nicht berücksichtigt, dass in ganz vielen Ressorts zusätzlich Kosten auf die Kommunen verlagert werden. Wir kennen doch kaum eine Kommune, die die Chance gehabt hat, z. B. ausreichend Polizeipräsenz vor Ort gewährleistet zu haben. Sie im Innenministerium haben Polizeibeamte aus der Fläche zurückgezogen. Die Konsequenz ist, dass Gemeinde nach Gemeinde – von den großen Städten ganz abgesehen – inzwischen private Dienste beschäftigen

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist doch Nonsense!)

und Polizeivollzugsbeamte bei den Ortsbehörden anstellen,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck: Die Frau ist bis heute noch nicht im Land angekommen! – Abg. Stefan Mappus CDU: In welchem Land leben Sie?)

um Ordnung zu schaffen, die Sie durch den Rückzug der Beamten vor Ort vernichtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine Landesaufgabe, für Polizeipräsenz zu sorgen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Welch ein Armutszeugnis!)

Ähnliches gilt für die Sozialarbeit an den Schulen unseres Landes. Das wäre ein dringend notwendiger Beitrag des Landes. Es gab die wunderbaren Modellprojekte. Was ist geschehen? Das Land hat sich zurückgezogen, anstatt mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern an den Schulen in die Fläche zu gehen, wo sie zur Unterstützung der Lehrkräfte dringend benötigt werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Jawohl!)

Stattdessen haben Sie sich zurückgezogen, und wiederum sind es die Kommunen, die einspringen müssen und die verantwortungsvoll handeln und diese Kosten tragen, die eigentlich Kosten des Landes wären.

(Ute Vogt)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es ist schön, wenn wir uns nun darauf freuen können, dass Sie wenigstens bereit sind, den eigentlich bereits vorhandenen Grundsatz des Konnexitätsprinzips – „wer bestellt, der bezahlt auch“ – gemeinsam mit den Kommunen in unserer Verfassung konkreter zu regeln. Wir sind gern bereit – das ist bei einer Verfassungsänderung, denke ich, guter Brauch –, gemeinsam daran mitzuarbeiten und zusammen mit dem Städtetag und dem Gemeindetag eine Formulierung zu finden, die nicht nur eine Leitlinie für uns ist, sondern die auch eine Leitlinie für Verhandlungen sein kann, die man dann auf anderen Ebenen zu führen hat.

Ich wünsche mir aber, dass wir es nicht dabei belassen, nur über die Konnexität zu reden. Ich wünsche mir, dass wir auch den Mut haben, die Finanzbeziehungen und die Organisationsbeziehungen zwischen den Gemeinden und dem Land neu zu ordnen.

Ich wünsche mir z. B., dass wir in der Schulpolitik einmal darangehen und sagen: Es kann doch nicht sein, dass man ständig diese Mischzusammenarbeit hat. Warum machen wir da nicht eine klare Trennung, so wie der Städtetag sie sich wünscht? Für die Kindergärten und die kleinen Kinder sind dann die Kommunen zuständig, und die Schulkinder sind dann voll in der Verantwortung des Landes, das dann auch dafür geradestehen muss, dass kein Unterricht ausfällt und dass an den Schulen die Betreuung gewährleistet ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten, wenn wir langfristig etwas bewirken wollen, auch, dass diese Landesregierung den Mut hat, bei sich selbst Sparmaßnahmen anzusetzen, dass Sie die Kraft aufbringen, wie lange gefordert die Zahl der Ministerien zu reduzieren, dass Sie es schaffen, das inhaltlich wie auch finanziell Gebotene endlich wahr zu machen und z. B. das Kultusministerium mit dem Wissenschaftsministerium zusammenzuführen, dass Sie mit einer speziellen Klientelpolitik aufhören, mit der Sie sich Wählerstimmen sichern wollen. Wir erwarten: Lasst die Landwirte endlich einmal zur Geltung kommen; lasst sie nicht am Tropf der Landesregierung hängen, sondern gebt ihnen den Stellenwert, der ihnen gebührt.

(Beifall bei der SPD)

Nehmt sie in die Wirtschaftspolitik auf, und begreift die Landwirtschaft als einen Wirtschaftsfaktor und nicht als einen Faktor, der immer nur abgefunden werden muss.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In diesem Sinne hielte ich es für notwendig, dass Sie, wenn Sie der Verwaltungsreform, die Sie selbst ja mitgestaltet haben, auch noch irgendeinen Sinn einhauchen wollen, bereit sind, Ebenen zu reduzieren und zumindest einmal die Regierungspräsidien abzuschaffen, um Verwaltung effektiver zu machen und um zu zeigen, dass Sie auch bei sich selbst etwas sparen können und nicht immer nur anderen in die Tasche greifen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wenig verwunderlich gewesen, dass Sie diese Vorschläge, die wir auch schon im Vorfeld dieser Beratungen vorgebracht haben, ungerne aufgreifen. Denn es wäre ja wirklich auch ein schmerzlicher Eingriff in die eigenen Reihen. Mich wundert aber, Herr Finanzminister, dass es nicht gelungen ist, im neuen Haushalt wenigstens die Vorhaben umzusetzen, die sich der Ministerpräsident selbst in seiner Regierungserklärung gewünscht hat.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Da sind wir aber gespannt!)

Er selbst hat z. B. – natürlich auch aufgrund des Drucks des Rechnungshofs – die Verschwendung von 250 Millionen € durch die Neuen Steuerungsinstrumente wortreich beklagt und eingestanden. Jahr für Jahr werden weitere 30 Millionen € zugebuttert, und Jahr für Jahr gibt es weitere Personal- und Schulungskosten, ohne dass in diesem Haushalt abzulesen wäre, welche Konsequenz Sie aus dieser Verschwendung ziehen und wie Sie dieses Projekt stoppen. Das war die Forderung des Ministerpräsidenten. Kommen Sie ihr nach, auch mit diesem Haushaltsentwurf!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich fordere ein, die durchaus vernünftigen Überlegungen des Ministerpräsidenten umzusetzen, die Personalabteilungen der Ministerien zusammenzulegen. Das war doch ein guter Vorschlag. Warum, Herr Stratthaus, haben Sie diesen nicht aufgenommen? Es war doch klug, zu sagen: Wir brauchen nicht jede Verwaltung doppelt und dreifach und parallel. Das wäre eine Chance gewesen, zu beweisen, dass wir auch bei uns für effektives Handeln sind und nicht nur bei anderen.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst, Herr Finanzminister, haben das Thema Pensionsfonds und die enormen Belastungen angesprochen, die dadurch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten für unseren Haushalt entstehen. Sie selbst haben gesagt, die entlastende Wirkung der Steuermehreinnahmen könne komplett dadurch aufgehoben werden, dass die Pensionslasten in den nächsten Jahren immer weiter dramatisch steigen werden. Aber statt dass Sie Weichenstellungen vornehmen, denen man entnehmen kann, dass Sie einen echten Pensionsfonds aufbauen, haben Sie nichts anderes zu tun, als auch hier wieder dem einen oder anderen etwas zukommen zu lassen. Beispielsweise verteilen Sie Einmalzahlungen in Höhe von insgesamt 11 Millionen € an Pensionäre. Stattdessen wäre es ein entscheidender Baustein gewesen, den wir von Ihnen erwartet hätten, diese Summe für künftige Pensionszahlungen zurückzulegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und wie weit hätten die 11 Millionen € gereicht? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Was Ihnen den Kopf rettet, Herr Finanzminister,

(Zurufe von der CDU)

ist die anziehende Konjunktur. Es sind die bundespolitischen Beschlüsse zur Mehrwertsteuer. Ich bemerke mit In-

(Ute Vogt)

teresse, dass Sie das Geld kommentarlos einstreichen, im Bundesrat aber aufgrund des Drucks der FDP alles dafür tun, dass das Land Baden-Württemberg nichts dazu beiträgt, dass das Geld hereinkommt; aber kassiert wird es gerne – ohne dass man sich dafür entschuldigt, dass man es vorher geschmäht hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Ihr habt die Mehrwertsteuererhöhung doch nicht abgelehnt!)

– Es war nicht mein Wunsch, die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der Wunsch kam aus Ihren Reihen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Aber kassieren!)

Aber ich stelle mich jetzt im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege, nicht hin und tue so, als hätten wir alle damit nichts zu tun. Sie haben das gewünscht. Wir haben eine Große Koalition bilden müssen. Dies war ein Ausfluss der Koalitionsverträge – auf Ihren Wunsch hineingekommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Auf Ihren Wunsch von 2 % auf 3 % erhöht!)

Aber ich habe das Stehvermögen und stehe auch dazu – im Gegensatz zur Landesregierung, die sich im Bundesrat der Stimme enthält, wenn es um diese Frage geht, aber das Geld trotzdem einsetzt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sie durften, wir mussten!)

Am Ende – und das tröstet dann wieder – sind es nicht zuletzt die Früchte der rot-grünen Schröder-Regierung, die Sie mit diesem Konjunkturhoch ernten.

(Oh-Rufe von der CDU – Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommen wir zur Legebundenbildung! – Zurufe der Abg. Werner Pfisterer und Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

Da ich dieses Geschrei erwartet hatte,

(Lachen des Abg. Werner Pfisterer CDU)

möchte ich Sie an Worte erinnern, die Ihre Kanzlerin auch öffentlich gesprochen hat.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Unsere! Das ist auch Ihre Kanzlerin!)

– Aber es ist mehr Ihre als unsere.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU – Abg. Stephan Braun SPD: Jetzt verleugnen die ihre eigene Kanzlerin!)

Frau Merkel über die ansteigende Konjunktur:

Allerdings machten sich inzwischen auch politische Maßnahmen bemerkbar, sagte Frau Merkel und lobte dabei ausdrücklich die Reformen ihres Vorgängers Gerhard Schröder (SPD).

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Wir haben im Bundesrat zugestimmt!)

Schröder habe sich um „Deutschland verdient gemacht“, weil er die Reform-„Agenda 2010“ gegen Widerstand durchgesetzt habe. Diese Reformen begännen zu wirken.

Bedanken Sie sich bei Rot und Grün für solchen Reformmut!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie waren doch gegen die Reformen! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Da müssen Sie ja selbst lachen, Frau Vogt! – Abg. Stefan Mappus CDU: Wenn das alles so klasse war, warum habt ihr dann Neuwahlen gemacht? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das Fatale ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dieser Haushalt auch zustande gekommen wäre, wenn die Regierung ein halbes Jahr im Urlaub gewesen wäre.

(Zuruf von der FDP/DVP: Oi!)

Denn das, was Sie hier vorgelegt haben, hätten uns auch die Beamtinnen und Beamten aus der Verwaltung vorlegen können.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Man muss sich fragen: Wo sind die politischen Schwerpunkte, die diese Landesregierung setzen will?

(Abg. Werner Pfisterer CDU: In der Bildung! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Da lacht er ja selbst!)

Wenn man die Chance hat, zusätzlich Geld zu erhalten, mit dem vorher nicht zu rechnen war, dann kann man doch verlangen, dass eine Regierung diesen Aufschwung nutzt, um einen Aufbruch zu organisieren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist doch gar nicht wahr! – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Michael Theurer FDP/DVP)

Es ist doch notwendig, an einigen Stellen Schwerpunkte zu setzen. Sie haben diese Schwerpunkte im Wahlkampf und noch am 21. Juni 2006 hier im Haus selbst festgelegt:

Schule und Ganztagschule haben Vorrang. Hier sparen wir nicht, wenn die Schülerzahl zurückgeht.

Entgegen diesem Versprechen sind 521 Lehrerstellen gestrichen, das heißt gesperrt und damit nicht verfügbar. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Nein, Sie wollten streichen, das Siebenfache! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Schon wieder eine falsche Behauptung! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das hat Ihnen Herr Mappus gerade erklärt! – Abg. Ernst Behringer CDU: Sie müssen bei den Tatsachen bleiben!)

(Ute Vogt)

Gleichzeitig ist in unserem Land ein Unterrichtsausfall zu beklagen, der nach wie vor bei den Gymnasien bei 1 500 Wochenstunden liegt. Der Klassenteiler, Herr Mappus, liegt bei 31 Schülern.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wo?)

Da können Sie doch nicht sagen, dass das kleine Klassen sind. In diesem Zusammenhang wäre es zwingend notwendig, jeden Lehrer und jede Lehrerin, die wir haben können, zu behalten – abgesehen davon, dass das ein festes Versprechen Ihrer Landesregierung war.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Stefan Mappus und Helmut Walter Rüeck CDU sowie Ursula Haußmann SPD)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auch für das Impulse geben, was Ihnen sonst immer wichtig ist. Die Worte „Mittelstand“ und „Wirtschaftspolitik“ sucht man vergebens in der haushaltspolitischen Rede des Finanzministers. Wo sind denn die Impulse z. B. für die Bauwirtschaft? Beim sozialen Wohnungsbau hätten Sie die Chance gehabt in diesem Jahr.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

16 Millionen € bekommt das Land zusätzlich vom Bund. Und Sie haben nichts anderes zu tun, als 26 Millionen €, die Sie bisher als Beitrag des Landes eingestellt hatten, schlichtweg zu streichen. Das heißt, Sie kürzen beim sozialen Wohnungsbau. Damit schaden Sie vor allem den Familien mit Kindern in den Städten, die dringend Wohnungen suchen. Da pfeift man doch auf die schöne Vokabel „Kinderland“, wenn man solche praktischen Beschlüsse sieht.

(Beifall bei der SPD)

Das Perfide ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Landesregierung an dieser Streichung der Wohnungsbau-mittel sogar selbst noch verdient. Denn wenn Sie schauen, wie sich die Einnahmen im Bereich des Wohnungswesens zusammensetzen – auf Seite 110 des Einzelplans 07 in Kapitel 0711 nachzulesen –, stellen Sie fest: 146,8 Millionen € sind die Einnahmen des Landes für das Wohnungswesen in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt. Die Ausgaben des Landes für das Wohnungswesen insgesamt für die zwei Jahre liegen aber bei nur 98,4 Millionen €. Sie bereichern sich zulasten der Familien und unterlassen es, etwas zu tun, um die Konjunktur in diesem wichtigen Bereich anzukurbeln.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/ DVP: Und was ist mit der Eigenheimzulage?)

Zum beitragsfreien Kindergartenjahr: Herr Kollege Mappus, durften Sie nicht als Delegierter zum CDU-Parteitag nach Dresden?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Dort hat Ihre Partei die Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahrs beschlossen. Auch der Herr Ministerpräsident hat mehrfach davon geredet, dass er sich das verpflichtende Jahr für die Kinder in den Kindergärten, natürlich dann auch beitragsfrei, wünscht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Keine Spur davon in diesem Haushalt!

Am Ende kann ich Ihnen nur sagen: Sie hatten einmal einen Brocken Geld, eigentlich sogar einen sehr großen, reserviert: Sie wollten 70 Millionen € dem Haus Baden schenken

(Oh-Rufe von der CDU)

für Dinge, die uns schon lange gehören.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das tut weh!)

Das wäre das Geld für den Kindergartenfreibetrag. Ein beitragsfreies Jahr im Kindergarten wäre dadurch locker finanziert.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wie war das mit Polemik? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das Schlimme ist die Antwort, die Sie, Herr Ministerpräsident – leider nicht hier im Landtag, aber an anderer Stelle –, bereits gegeben haben. Es geht Ihnen gar nicht darum, dass wir Kindergärten zu verantwortungsvollen Bereichen eines Gesamtbildungskonzepts machen. Es geht Ihnen gar nicht darum, die Kinder z. B. in den Schulen qualifiziert ganztags betreuen zu lassen und ihnen vor allem auch pädagogisch in der Bildung etwas zu vermitteln. Vielmehr gehen Sie vor nach dem Motto, wie man es von der CDU seit Langem gewohnt ist: Die Mütter sollen es wieder richten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eltern! Eltern!)

– Nein, in der Regel sind es nur die Mütter, Herr Kollege.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eltern!)

Auch Sie sitzen hier, und Ihre Frau hat sich um die Kinder gekümmert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von wegen! – Zuruf von der CDU: Das können Sie doch nicht beurteilen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Kinder waren 17 und 18, als der Vater in den Landtag gekommen ist! Keine Politkarriere! Eltern zählen bei uns!)

Beim 25-Jahr-Jubiläum des Landesfamilienrats hat der Ministerpräsident uns offenbart, was seine eigentliche Konzeption ist, um Kinderbetreuung z. B. an Schulen zu gewährleisten. Denn er sagte, neben dem, was an den Schulen läuft – da hat man ja auch Pädagogen durch Ehrenamtliche ersetzt –, könne er sich vorstellen, dass die Mütter, die ja sowieso Kinder hätten und zu Hause seien, die Chance wahrnehmen müssten und gleich noch die Betreuung für andere Kinder mit übernehmen sollten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Trauen Sie unseren Müttern nicht zu, dass sie das können? Das ist ja unglaublich!)

Das ist ein Bild von den Frauen im Land, bei dem deutlich wird, dass Sie die Frauen tatsächlich wieder nach Hause schicken wollen, sie fernhalten wollen vom Beruf und ihnen keine Chance geben wollen, gleichberechtigt teilzuhaben und sich für Familie und Beruf zu entscheiden.

(Ute Vogt)

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Aber Sie sind gegen Tagesmütter! Ist das richtig?)

– Die Rede war nicht von Tagesmüttern, Herr Kollege, sondern die Rede war von denen, die ihre Kinder betreuen und nach Ihrer Ansicht gleichzeitig noch ein paar mehr nehmen können, weil Sie offenbar gar nicht wissen, was es heißt, Kinder qualifiziert zu betreuen. Dazu gehört nämlich auch viel Kraft. Das macht man nicht nur nebenher.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Frau Vogt weiß, wie man Kinder betreut!)

Ich will Ihnen noch etwas sagen, damit Sie Ihre Tabelle der Spitzenleistungen selbst ein bisschen korrigieren können. Sie haben es versäumt, in einem wirtschaftspolitisch wichtigen Feld für einen notwendigen Aufbruch zu sorgen. Das ist das Feld der beruflichen Bildung. Es gibt einen Berufsbildungsbericht der Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan. Deren Haus hat ihn im Jahr 2006 veröffentlicht.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Gute Frau!)

Dort wird das veranschlagte Mittelvolumen für die Programme der Länder zur finanziellen Förderung der Berufsbildung in den einzelnen Bundesländern festgestellt: Bayern 1,2 € pro Kopf, Hessen 1,4 €, Saarland 2,0 €, Nordrhein-Westfalen 2,8 €, und in Baden-Württemberg ist uns die Förderung der beruflichen Bildung 21 Cent pro Kopf der Bevölkerung wert.

(Zuruf von der SPD: Um Gottes willen!)

Das ist eine Schande, denn da liegt die Zukunft der Industrie und Wirtschaft unseres Landes.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben die beste berufliche Bildung in ganz Deutschland! Gehen Sie nach Nürtingen! Ich nehme Sie gern einmal dorthin mit!)

Deshalb müssen wir leider sagen: Sie sind nicht aktiv geworden. Sie sind Profiteur statt Akteur in diesem Haushalt.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Der Haushalt ist ein mutloses Fortschreiben alter Strukturen. Er ist unpolitisch, weil er auf wesentliche Schwerpunkte verzichtet, und er hat – das ist das Schlimmste – keine nachhaltige Wirkung, weil auch die Deckungslücke für die nächsten Doppeljahre noch etwa 3 Milliarden € beträgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie gern auffordern, die Kraft des Parlaments bei dieser Beratung zu nutzen. Ungeachtet mancher Polemik, die mancher loswerden muss, um entsprechende Zustimmung zu erhalten,

(Abg. Stephan Braun SPD: Er kann doch gar nicht anders! Er ist so unterirdisch, dass er gar nicht anders kann!)

denke ich, dass uns ein solcher Haushalt einladen muss, als Fraktionen unseren Einfluss geltend zu machen, um einen

Haushalt aufzustellen, der Kosten verhindert, indem wir frühzeitig dort investieren, wo sonst später Kosten entstehen würden, nämlich bei Bildung, Ausbildung und Betreuung, um Folgekosten durch Arbeitslosigkeit, durch Kriminalität, durch Verwahrlosung überhaupt nicht entstehen zu lassen. Das wäre der preiswerte Weg, den man in diesem Haushalt zu gehen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche mir, dass es uns gelingt, einen Haushalt aufzustellen, der den Mut hat, Strukturen aufzubrechen, der den Mut hat, auch einmal ans eigene Fleisch zu gehen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Fraktion ist dazu bereit. Wir werden weitere Vorschläge einbringen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Weitere? Bisher gibt es doch noch gar keine! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo sind denn Vorschläge? Kein einziger Vorschlag! Sollen wir Lehrerstellen abschaffen oder nicht?)

Wir werden Vorschläge einbringen für die politischen Schwerpunkte. Wir werden auch Vorschläge dazu liefern, wie die Schwerpunkte, die wir uns wünschen, finanziert werden können.

Alle Fraktionen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden im Januar die Gelegenheit haben, in Klausurtagungen zu gehen. Wir haben die letzten Lieferungen für diesen Haushalt, ich glaube, heute Morgen erhalten.

(Zuruf von der CDU: Letzte Woche!)

Insofern sollten Sie uns schon zugestehen, dass wir, wenn wir uns selbst ernst nehmen, uns auch die Zeit nehmen, um diesen Haushalt sorgfältig zu beraten und eben nicht nur wie bisher über die Eckpunkte des Haushalts zu reden. Daher kann ich Sie nur auffordern, gemeinsam unsere Fraktionsklausuren zu nutzen. Ich erwarte von Ihnen Offenheit bei der Beratung, ich erwarte von Ihnen Mut zur Bewegung, und ich erwarte, dass wir diese Beratungen nicht zur Farce werden lassen.

Zeigen Sie, dass dieses Parlament mehr kann als die Landesregierung. Lassen Sie uns im Parlament, ungeachtet mancher Meinungsverschiedenheiten, jedenfalls an einem so zentralen Punkt wie dem Haushalt unsere Chance nutzen, und lassen Sie uns aus diesem Aufschwung, der das ganze Land erfasst hat, auch einen Aufbruch für Baden-Württemberg machen!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was sind die Vorschläge? Kein einziger Vorschlag!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach klaren Ansagen zum Sparen bei den vergangenen Haushalten und der Entschlossenheit, auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen – Herr

(Winfried Kretschmann)

Finanzminister, Sie formulierten es derzeit so: „die Trennlinie zwischen Machbarem und Wünschenswertem neu zu ziehen“ –, hören wir jetzt mildere Töne sowohl von Ihnen als auch vom Kollegen Mappus – jedenfalls was den kleinen Teil seiner Rede betraf, der überhaupt sachliches Gewicht hatte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das klingt auf einmal nach „Wohltemperiertem Klavier“ und nicht mehr nach „Schicksalssymphonie“.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wer sich jedoch die tatsächlichen Zahlen des Haushalts anschaut, der kann nicht den Eindruck gewinnen, dass der Sturm vorbei ist und wir jetzt nur noch gegen eine leichte Brise kämpfen müssen. Wenn wir allerdings vom Ministerpräsidenten hören, die hoch verschuldeten Bundesländer sollten ihren Beamten das Weihnachtsgeld streichen, dann heißt auch hier die Botschaft: „Hoch verschuldet sind wir nicht.“ In Wirklichkeit sind wir hoch verschuldet, und Länder wie Berlin sind total überschuldet. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb mag das zwar gute Öffentlichkeitsarbeit sein; gute Finanzpolitik ist das aber nicht. Allerdings, Herr Oettinger: Ob Sie mit solchen Tönen – oder gar mit dem Geholze von Herrn Mappus bezüglich der anderen Bundesländer – die Föderalismusreform erfolgreich zu Ende bringen können, das darf man doch bezweifeln. Da könnte man sich die Zeit sparen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Er kann doch nur holzen!)

Meine Damen und Herren, besonders in der Finanzpolitik gilt die Maxime: Man muss die Wahrheit in den Tatsachen suchen. Der ehemalige Kollege Strauß hat einmal gesagt: „Man kann Generale anschreien,“ – man könnte das abwandeln und sagen: „Man kann die SPD anholzen“, wie es Herr Mappus getan hat – „aber Zahlen nicht.“

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Knapp SPD)

Deshalb lasse ich zuerst die Zahlen sprechen:

Unser Haushalt hat vier Verschuldungsdimensionen. Die erste Dimension sind die Kredite. Diese werden bis zum Jahr 2011 – auch dann, wenn wir bis dahin die Nullnettoneuverschuldung erreichen – auf 48 Milliarden € steigen. Das strukturelle Haushaltsdefizit beträgt nach wie vor 2,5 Milliarden €. Das ist die erste Dimension der Verschuldung.

Die zweite Dimension der Verschuldung ist im Haushalt zunächst unsichtbar. Das sind die Pensionslasten, die auf uns zukommen, die von heute 3 Milliarden € auf 8 Milliarden € im Jahr 2030 steigen werden. Überlegen Sie einmal:

Das bedeutet, dass pro Jahr im Schnitt 200 bis 250 Millionen € zusätzlich an Lasten auf den Haushalt zukommen werden. Das sind die tatsächlichen Strukturprobleme. Wenn wir diese Pensionslawine nicht entschärfen, dann wird sie jeden Handlungsspielraum in Zukunft erdrücken, und alle Gestaltungsmöglichkeiten werden wieder aus dem Haushalt hinausgeworfen, so, wie der Kuckuck die Eier aus dem Nest wirft.

(Beifall bei den Grünen)

Die dritte Dimension der Verschuldung ist der Sanierungsrückstand allein bei unseren Universitäten und Hochschulen von 3 Milliarden €.

Und die vierte Dimension der Verschuldung sind die Schattenhaushalte, die Sie bei Ihrer Briefkastenfirma „Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben“ angelegt haben,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

über die Sie Ihre Sonderwünsche für den Straßenbau finanziert haben – noch einmal 700 Millionen €.

Das ist die Dimension der Verschuldung, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, und da ist überhaupt keine Entwarnung angesagt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Folgerung: Die Regierung muss endlich an die Aufgabenkritik und an den sich daraus zwangsläufig ergebenden Aufgaben- und Personalabbau herangehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Größenordnungen haben sich überhaupt nicht verändert. Wir müssen bis zum Jahr 2016 jedes Jahr 1 % an Personal abbauen, wenn wir die strukturelle Haushaltslücke von 2,5 Milliarden € decken wollen. Seit der Verwaltungsreform sprechen Sie von dieser Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion,

(Zuruf des Abg. Peter Schneider CDU)

aber ich sehe überhaupt kein Konzept.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich erläutere dies einmal am Beispiel der Flurbereinigung. Der Rechnungshof hat nach einer gründlichen Untersuchung vorgeschlagen, im Bereich der Flurneuordnungsverwaltung von den 900 Stellen mindestens 300 zu streichen. Meiner Ansicht nach müssen viel mehr Stellen gestrichen werden, nämlich zwei Drittel. Ich zitiere dazu jetzt einen Herrn, den Sie alle gut kennen. Er hat zu diesem Thema gesagt:

Glaubt denn jemand, dass wir uns die diesbezüglichen Kosten auf Dauer leisten können, dass wir angesichts dessen, was auch an Pensionslasten auf uns zukommt, eine Agrarstrukturverwaltung in solchen Dimensionen aufrechterhalten können? Das ist völlig ausgeschlossen.

(Winfried Kretschmann)

Diese Aussage machte Ministerpräsident Teufel in der 10. Sitzung der Föderalismuskommission am 4. November 2004.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Da hat er recht!)

Als es bei der letzten Finanzausschusssitzung, Herr Kollege Herrmann, darum ging, in dieser Frage Nägel mit Köpfen zu machen und einen konkreten Stellenabbau zu beschließen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Haben sie mit dem Hammer daneben gehauen!)

haben CDU und FDP/DVP wieder gekniffen. Jetzt soll die Flurneuordnungsverwaltung zunächst einmal mit der Vermessungsverwaltung zusammengelegt werden, und dann wird man erneut prüfen. Genau das ist Ihre Politik, dauernd von Aufgabenkritik zu reden, sie aber nicht in der Praxis umzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben bei den letzten beiden Haushaltsberatungen weitere Vorschläge dazu gemacht. Diese sind alle von Ihnen ignoriert worden. Der Herr Ministerpräsident sagt: „Wir sind zu einer konsequenten Aufgabenkritik bereit.“ Sein Finanzminister sagte in seiner Haushaltsrede vor einer Woche ebenso: „Wir stellen uns einer konsequenten und systematischen Aufgabenkritik.“ Herr Finanzminister, Sie brauchen sich dieser gar nicht zu stellen, denn niemand will das Finanzministerium abschaffen.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Aber Sie müssen endlich einmal Aufgaben kritisieren und den daraus folgenden Aufgabenabbau benennen. Wir haben noch keinen einzigen relevanten Vorschlag von Ihnen gehört, seit Sie das mit Beginn der Verwaltungsreform immer rauf und runter beten. Aber ohne solch eine Aufgabenkritik und solch eine Aufgabenreduktion kann der Haushalt nicht nachhaltig saniert werden.

Erster Punkt: die Nachhaltigkeit der Pensionen. Die Pensionslasten würden, wenn wir nichts Wirksames täten, rasch wachsen und den Aufwuchs von Steuermehreinnahmen, mit dem wir rechnen können, auffressen. Heute müssen von den Steuereinnahmen 13 % für Pensionen aufgewendet werden. Dieser Anteil würde auf 22 % im Jahre 2030 anwachsen. Es ist klar, dass das nicht geht. Herr Stratthaus, bereits zum letzten Doppelhaushalt haben wir deshalb vorgeschlagen, die Sonderzahlung für Versorgungsempfänger des höheren und des gehobenen Dienstes entfallen zu lassen. Das haben Sie abgelehnt und sind dem jetzt nur zögerlich gefolgt, indem Sie die Sonderzahlung auf 30 % eines Monatsbezugs reduziert haben.

Allerdings reicht diese Maßnahme nicht aus, um das Wachstum der Pensionen wirksam zu begrenzen, ebenso wenig wie die Pensionsrücklage, die ja nur etwa 5 % ausmacht. Deswegen müssen wir weitere Einschnitte vornehmen.

Die Pensionäre erhalten im Gegensatz zu den gesetzlich Versicherten eine Beihilfe von 70 %. Das müssen wir auf das

Niveau des Zuschusses bei den aktiven Beamten absenken. Ich finde, das ist einfach eine Frage der Gesamtgerechtigkeit in der Gesellschaft. Dies – so zeigen Modellrechnungen – ist eine nachhaltig wirksame Maßnahme; denn die Beihilfeausgaben für Versorgungsempfänger werden zukünftig viel stärker als die Ausgaben für die eigentlichen Pensionen wachsen. Damit kämen wir zu einem Entlastungsvolumen, das 2030 etwa 700 Millionen € jährlich erreichen wird.

Zusammen mit den anderen Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, können wir so den Anteil der Pensionslasten am Steueraufkommen – bei einigermaßen optimistischen Annahmen – bei 13 % stabil halten

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

und so die Gestaltungsfähigkeit unserer Haushalte erhalten. Der Ruhestandsbeamte muss natürlich Einbußen hinnehmen. Aber er kann auch in den Standardtarif der PKV wechseln, wie ihn die gesetzlich Versicherten auch haben. Das ist, glaube ich, zumutbar. Ich sage das einfach so.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben diesbezüglich natürlich harte Briefe bekommen. Aber ich möchte noch einmal betonen: Wir müssen gerade unseren Beamten eine nachhaltige, sozial tragfähige Vereinbarung anbieten, die sich an der gesamtgesellschaftlichen demografischen Entwicklung und an den zukünftigen finanziellen Möglichkeiten des Landes orientiert. Alles andere führt nur zu einem Vertrauensverlust bei unseren öffentlich Bediensteten.

Ich frage jetzt Sie, Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident: Wo sind Ihre Vorschläge, die Pensionen zu sichern? Werden Sie bei den Sonderzahlungen auf unsere Vorschläge und auf den Vorschlag, den wir jetzt gemacht haben, eingehen, um die Handlungsfähigkeit in Bezug auf den Haushalt zu sichern? Wo sind Ihre Vorschläge? Jedenfalls haben Sie in Ihrem Haushalt keine nachhaltigen Vorschläge gemacht, wie die Pensionslasten, die zu der größten Haushaltslücke führen, bewältigt werden könnten.

Der zweite Punkt der Nachhaltigkeit ist die Bildungspolitik. Wir wissen inzwischen alle: Bildung ist nicht nur wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Kindes – das ist natürlich das Oberziel jeder Bildung –, sondern sie ist auch Grundlage für unseren wirtschaftlichen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Sonst untergraben wir die Quellen des Wohlstands der Zukunft. Deswegen wollen wir sparen, um in diesem Bereich handlungsfähig zu bleiben.

Die Landesregierung hat zwar bisher keine solide Finanzierung in Bezug auf Studienplätze und den neuen Solidarpaket mit den Hochschulen vorgelegt. Der Solidarpaket ist an allen Ecken und Enden unklar. Aber Sie haben natürlich, Herr Finanzminister, beeindruckende Zahlen genannt: über 400 Millionen € mehr für die Bildung in diesem Doppelhaushalt. Diese Größenordnung haben Sie genannt. Da haben wir natürlich alle erst einmal gedacht: Aha, jetzt kommt Bewegung in die Bildungspolitik. Aber was Sie da verkündet haben, ist eine schlimme Halbwahrheit. Man sieht jetzt,

(Winfried Kretschmann)

dass die Halbwahrheiten schlimmer sind als die Unwahrheiten, weil man schwerer dahinterkommt.

(Beifall der Abg. Siegfried Lehmann und Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Halbwahrheit sieht so aus: Von dem, was Sie an Mehr für Bildungsinvestitionen im Schuletat 2007/2008 verkaufen – diese 400 Millionen € –, sind nicht weniger als 250 Millionen € dafür vorgesehen, die anwachsenden Pensionslasten zu finanzieren.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das erinnert mich an jenen Kellner aus Moldawien, der immer das Datum zur Rechnung dazugezählt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe)

Das sind ganz schräge Botschaften. Man verkündet eine Botschaft: „Hier tut man mehr für Bildung.“ Schaut man sich das aber genauer an, stellt man fest, dass man hier nicht wirklich in die Bildung, sondern in die Vergangenheit investiert. Herr Finanzminister, Sie wissen, mit Schummeln bekommt man vielleicht einmal eine gute Note in der Schule, aber keine bessere Bildung und vor allem keine bessere Förderung der Bildung.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese „Schummelei“ setzt sich beim sogenannten Masterplan Hochschule 2012 fort.

Lassen Sie uns einmal den Säuretest machen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was?)

Hat dieser Plan Substanz, oder handelt es sich um Symbolik? Im Haushaltsentwurf werden 20 Millionen bzw. 40 Millionen € zur Schaffung von 4 000 Studienplätzen bereitgestellt. Schön! Aber das ist genau die Zahl, die Sie in den letzten Jahren abgebaut haben. Das heißt, wir sind jetzt zunächst einmal wieder bei „vorgestern“.

Hinzu kommen weitere Kürzungen. Die Hochschulen müssen 2007 und 2008 75 Millionen € einsparen. Außerdem ist eine Einsparauflage in Höhe von 20 Millionen € zu erfüllen. Das sind 95 Millionen € pro Haushaltsjahr. Sie schaffen laut dem neuen Haushaltsplanentwurf zwar 400 neue Stellen für Studienplätze, bauen aber gleichzeitig 438 Stellen aus dem bisherigen Solidarpaket ab.

Zusammenfassend muss man als Ergebnis dieser Nachhaltigkeitchecks in der Bildung feststellen, wenn man sich die Zahlen anschaut: Die Bildungspolitik ist im Minustrend.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, die Aufgaben, die vor uns liegen, sind nur zu bewältigen, wenn wir einen längeren Zeithorizont in den Blick nehmen, als ihn der Doppelhaushalt umfasst. Dazu eröffnet sich eine Chance. So kommt es zu einem schnellen Zuwachs der Studierendenzahlen und, zeit-

lich versetzt, zu einem starken Rückgang der Schülerzahlen. Wenn wir dies in einen finanzpolitischen Zusammenhang stellen, können wir das Problem lösen. Das haben wir mit unserer Initiative „Bildungspakt“ vorgestellt.

Qualitätsverbesserungen an den Schulen, der strukturelle Personalbedarf der Ganztagschulen und die Schaffung von Studienplätzen im Zeithorizont 2016 werden darin ohne neuen Bedarf an Haushaltsmitteln bewältigt. Wir refinanzieren die Stellen, die wir bis 2011 brauchen, vielmehr über einen Sonderfonds.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist aber auch eine verdeckte Schuldenaufnahme! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir setzen dann die Hälfte der frei werdenden Lehrerstellen 2016 zur Refinanzierung ein. Das ist ein klares Konzept. Wir können dadurch den zusätzlichen, hohen Bedarf an den Schulen decken und dennoch zeitversetzt zu erheblichen Einsparungen auch im Schulbereich kommen.

Das entspricht genau dem Konzept unserer Schuldenbremse: keine neue Kreditfinanzierung ohne einen verbindlichen Tilgungsplan. Diesen haben wir vorgelegt. Immerhin übernehmen Sie dieses Konzept jetzt in den Landeshaushaltsplan. Wir fänden es besser, wenn Sie das Konzept der Schuldenbremse in die Verfassung aufnehmen. Dann würde wohl eine höhere Wirkung erzielt. Letztes Mal haben Sie unser Konzept noch abgelehnt. Jetzt übernehmen Sie es immerhin – ein Erfolg.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiteres Thema bei der Bildung sind die Hauptschulen. Von den rund 1 200 Hauptschulen sind 700 einzügig. Wenn wir das weiter unten abschieben, werden sie immer kleiner. Das führt schon jetzt zu einem dramatischen Standortgerangel vor allem im ländlichen Raum. Da müssen Sie Ihre ideologischen Schranken einfach einmal fallen lassen. Die Hauptschule hat keine Zukunft.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist doch Unsinn! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Immer mehr Bürgermeister in solchen Regionen wollen die von uns vorgeschlagene Basisschule. Führen Sie sie ein! Das wäre pädagogisch sinnvoll, ist aufgrund der demografischen Entwicklung aber auch erforderlich.

Wenn Sie schon auf dem „pädagogischen Ohr“ taub sind, weil darin Ihr „ideologischer Sortierstöpsel“ steckt,

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

dann öffnen Sie, Herr Ministerpräsident, Ihr Ohr wenigstens hinsichtlich der demografischen Entwicklung. Sie macht die Einführung der Basisschule auch erforderlich.

Ich komme zum dritten Punkt der Nachhaltigkeit: Klimaschutz. Ich erinnere an die Aussagen des Ministerpräsidenten: Der Schlüssel zu einer nachhaltigen Politik liege in ei-

(Winfried Kretschmann)

ner verantwortungsbewussten Politik, die auf drei Säulen ruhe: Energie sparen, Energieeffizienz erhöhen und erneuerbare Energien nutzen. Ein weiteres Zitat:

Unsere Autos brauchen zu viel Sprit. Hier haben wir als Exportland ... eine besondere Chance.

Oder:

Der Klimaschutz ist und bleibt unsere größte Herausforderung.

Nun muss die Frage erlaubt sein: Wo finden sich diese erfreulichen Aussagen im Haushalt wieder?

(Beifall bei den Grünen)

Wo werden diese Absichtserklärungen eingelöst?

Jetzt rennt auch der Kollege Mappus der Ökologie hinterher. Das ist ja sehr erfreulich.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Was? – Zuruf von den Grünen)

Aber wenn etwas Derartiges im Haushalt nicht ausgewiesen ist, kann man damit nur die „Bild“-Zeitung beeindrucken, nicht uns.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das finde ich ein wenig billig!)

– Nein, das ist nicht billig. – In der Rede des Finanzministers ist die ganze Frage der ökologischen Nachhaltigkeit in keinem einzigen Satz vorgekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Bravo!)

Jetzt frage ich: Wenn diese doch sehr radikalen Ansagen von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und von Ihnen heute, Herr Mappus, nicht bei der Finanzpolitik ankommen, was sind sie dann wert?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sie kennen doch den Unterschied zwischen Legislative und Exekutive, Herr Kollege, oder?)

– Ja. – Wir warten darauf.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, okay! Klar!)

Sie werden da offensichtlich ein Paket einbringen; das haben Sie ja angekündigt. Aber glauben Sie mir: Das Problem sind nicht die neuen Gebäude. Da ist der Energieeinsparstandard schon hoch, obwohl es schon richtig ist, dass man immer mehr tun könnte.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Machen wir doch!)

Aber zugleich kürzen Sie beim Altbausanierungsprogramm.

(Abg. Stefan Mappus CDU: „Klimaschutz-Plus“-Programm! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das haben Sie gemacht. Sie haben die Mittel ständig heruntergefahren: Es waren 4,7 Millionen € im Jahr 2003,

(Abg. Stefan Mappus CDU: „Klimaschutz-Plus“-Programm! – Zuruf von den Grünen)

in diesem Jahr dann nur noch 2,3 Millionen €, und zukünftig sind es nur noch 0,6 Millionen €.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wie groß ist das „Klimaschutz-Plus“-Programm?)

Wenn man nun weiß, dass das Hauptproblem unser Altbaubestand ist – dort wird die meiste Energie verschleudert –, dann ist es nicht sehr intelligent, für die Neubauten etwas Neues aufzulegen und zugleich beim Altbau zu streichen. Das macht keinen Sinn.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir sind gar nicht an der Spitze, was die regenerativen Energien betrifft. Wir haben im Land einen Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung von 8,5 %; im Bundesdurchschnitt liegt dieser Anteil bei 11 %. Ich frage mich: Wie wollen Sie diesen Rückstand bei Ihren Vorschlägen überhaupt aufholen? Da sind ganz andere Anstrengungen nötig. Ebenso haben wir bei der Kraft-Wärme-Kopplung noch ein Potenzial von 20 %; das sind immerhin 1 500 Megawatt. Auch da sehe ich Ihre Initiative nicht.

Man muss es nur wollen. Das zeigen selbst kleine und mittlere Gemeinden, wie Mauenheim bei Tuttlingen, das die Energieversorgung im Dorf auf die eigenen Füße gestellt hat. Das bringt viele Vorteile für die Umwelt, für die Verbraucher und auch für den Wirtschaftsstandort.

Solche Beispiele könnten Schule machen. Wir brauchen dafür aber auch Geld. Was muss man bei der klammen Haushaltslage tun? Man muss alte Zöpfe abschneiden. Ich nenne ein Beispiel: Das Land fördert den Bau und die Sanierung von Kläranlagen über den Kommunalen Investitionsfonds. Dafür sind immerhin 50 Millionen € vorgesehen. Ich finde, wir brauchen keine Doppelförderung. Wir haben schon den Bau gefördert, und wir müssen jetzt nicht auch noch die Sanierung fördern. Das müssen die Kommunen über ihre Gebührenhaushalte machen. Es gibt keinen Grund dafür, flüssigen Abfall, der durch die Kanalisation geht, anders zu behandeln als festen Abfall, also Müll. Wenn man das einmal macht und das auf die Gebühren umlegt, was nur richtig ist, dann haben wir eine Größenordnung von 15 Millionen €. Damit kann man schon einiges anfangen.

Man sieht: Man braucht nur die richtigen Ideen für den Haushalt; dann kann man auch auf dem wichtigen Gebiet der Ökologie Nachhaltigkeit erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vierter Punkt: Verkehr. Während die Bildungspolitik im Minustrend liegt und der Klimaschutz auf der Stelle tritt, plant die Landesregierung am Stuttgarter Hauptbahnhof ein Milliardengrab.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Oh, jetzt!)

Meine Damen und Herren, beim Punkt Nachhaltigkeit geht es hier richtig rückwärts. Ich will jetzt gar keine Fachde-

(Winfried Kretschmann)

batte mehr aufmachen, sondern nur einen Blick auf die Zahlen im Haushalt werfen.

Die Schuldendiensthilfe für die Vorfinanzierung von Stuttgart 21 beträgt 16 Millionen € im Jahr 2007 und 40 Millionen € im Jahr 2008. Diese 16 Millionen € entsprechen genau dem Kürzungsbetrag beim an anderer Stelle veranschlagten öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche. Dann kommt in einem Jahr der Anstieg von 16 Millionen € auf 40 Millionen €. Dieser Anstieg wird sich in den Jahren 2009, 2010 und 2011 auf mindestens 150 Millionen € mehr fortsetzen. Da sind die Finanzierungsrisiken noch nicht mitgezählt.

Wie sollen diese Größenordnungen finanziert werden? Ich weiß, dass ihr, die CDU, bei Straßen und solchen Großprojekten im Verkehr immer Fundis seid. Der Obersatz von Fundis heißt ja immer: Geld spielt keine Rolle.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das kennt ihr aus eigener Erfahrung! So habt ihr bisher Politik gemacht! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Mit Fundis kennen Sie sich ja bestens aus! – Zurufe der Abg. Stefan Mappus CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Aber, Herr Finanzminister, Sie sprachen vom Unterschied zwischen dem Wünschbaren und dem Machbaren. Wie sollen diese Größenordnungen finanziert werden?

Für Stuttgart 21 wird ein neuer Verschuldungspfad aufgemacht. Das ist das pure Gegenteil von Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Das mögen Sie alle – Schwarz, Rot und Gelb – jetzt nicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da geht es nicht um mögen, sondern um Sinn oder Unsinn!)

Aber das ist die richtige Linie, die wir hier vertreten. Ich danke an dieser Stelle noch einmal unserem Boris Palmer. Der Dank der Finanzpolitik geht an einen engagierten und fulminanten Verkehrspolitiker, der nicht müde wurde,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ist das schon eine Verabschiedung?)

auf die verkehrspolitischen und finanzpolitischen Schief lagen dieses Projekts hinzuweisen. Ich kann Sie nur auffordern, in dieser Frage endlich zur Vernunft zu kommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wird der jetzt weggelobt?)

Fünfter Punkt: soziale Nachhaltigkeit. Ein Schlüsselthema für junge Familien, für ihre Beteiligung am Erwerbsleben und ihre soziale Situation ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Da stehen wir bei den Kindern unter drei Jahren weiterhin bei einem Betreuungsangebot von 8,9 %. Alle Expertinnen und Experten halten eine Betreuungsquote von 20 bis 25 % für erforderlich. Warum erreichen wir das nicht in absehbarer Zeit? Weil die Landesregierung weiterhin am Landeserziehungsgeld mit jährlich 75 Millionen € festhält,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: 80!)

das längst nicht mehr den Kern des Themas trifft und jetzt mit der Einführung des Elterngelds durch den Bund schon gar nicht mehr passt.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Dr. Birgit Arnold und Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Dies ist wieder eine ideologische Blockade, die dazu führt, dass Sie die knappen Mittel nicht richtig und nicht zukunftsgemäß einsetzen.

Noch ein Satz zu den Kindergartengebühren. Herr Mappus, Sie haben wohl vergessen, dass Sie dasselbe, was Sie der SPD vorgeworfen haben, auf Ihrem Dresdner Parteitag beschlossen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber die waren doch alle in der Lobby! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Anstand und andere Sachen auch! – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD – Gegenrufe von der CDU, u. a. des Abg. Stefan Mappus)

In Stuttgart gehen 95 % der Kinder im letzten Kindergartenjahr in den Kindergarten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Diejenigen, die sich das nicht leisten können, z. B. Hartz-IV-Empfänger, sind ohnehin von den Gebühren befreit.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Befreit! – Abg. Stefan Mappus CDU: Exakt! Ganz genau!)

Jetzt muss ich doch fragen: Der Rest sind zum großen Teil Leute, die ihre Kinder bewusst nicht dorthin schicken wollen und selbst auf irgendeine Art betreuen. Bei der anderen Hälfte dieser 5 % kann man sicher durch Maßnahmen noch erreichen, dass sie ihre Kinder in den Kindergarten bringen.

Ich weiß nicht, was dieses Versprechen bei dieser Haushaltslage soll.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wir wollen es doch gar nicht!)

– Sie haben es doch auf Ihrem Parteitag beschlossen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Nein! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ganz genau.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch gar nicht! Sie wollen es auch nicht! Da sind wir uns einig!)

Ich denke, in den Kindergärten brauchen wir Qualität. Wir brauchen eine Finanzierung des Orientierungsplans und eine gute Fortbildung für die Erzieherinnen. Ferner brauchen wir bessere Öffnungszeiten der Kindergärten. Das sind die Leistungen, die die Leute von uns erwarten. Wir müssen Qualität anbieten. Wenn wir den Haushalt wieder ausgeglichen haben, können wir uns auch ernsthaft darüber unterhalten, die Kindergartengebühren zu streichen, aber das geht nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

(Winfried Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Thema Demografie machen. Wir werden immer mehr alte und pflegebedürftige Menschen haben, aber gleichzeitig will sich die Landesregierung aus der Förderung entsprechender Einrichtungen verabschieden. Ich frage mich: Was hat das mit Nachhaltigkeit zu tun? Mit Nachhaltigkeit hätte es dann etwas zu tun, wenn Sie endlich ein Konzept für den Übergang von der Objektförderung zur Subjektförderung vorlegen würden. Das wäre bei diesem Thema die richtige Ansage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Schlüsselbereich für soziale Nachhaltigkeit ist überall dort zu finden, wo die Förderung einen Multiplikatoreffekt hat, indem sie andere Träger und die Bürger und Bürgerinnen aktiviert. Da geht es meist nicht um große Beträge, sondern um viele kleinere Aktivitäten, die zusammen ein großes soziales Kapital ergeben. Ich nenne hier einige Bereiche aus der Sozialpolitik, bei denen Sie hier im Haushalt mit dem Rotstift einschneiden: die Familienferienstätten, die Familienentlastungsdienste, die Sonderpflegedienste, die Gefährdetenhilfe, das bürgerschaftliche Engagement für alte Menschen, die Suchtkrankenhilfe und die Jugendarbeit. Alle dafür aufgewendeten Beträge haben große Wirkungen und helfen, soziale Netzwerke zu festigen oder zu sichern. Da streichen Sie herum!

Wenn man dann noch sieht, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die Heroinabgabe an Schwerstabhängige aus rein ideologischen Gründen ablehnen und gleichzeitig bei der Substitutionstherapie 500 000 € streichen, kann man nur sagen: Das ist einfach schäbig und unglaublich unwürdig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Wer glaubt, dass er mit der Kürzung kleiner Haushaltstitel für die soziale Arbeit den Haushalt sanieren könnte, handelt unsozial. Haushaltspolitisch ist das einfach dumm. Man kann das Futter für die Elefanten nicht bei den Mäusen einsparen.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei Ihrer Pressekonferenz am 7. November haben Sie, Herr Ministerpräsident, gesagt, der Weg zu einer Neuverschuldung von null sei zu 58 % zurückgelegt. Manche, die es besonders gut mit Ihnen meinen, haben dann gleich geschrieben: „Land auf der Zielgeraden zur Nullverschuldung“. Aber von der Mitte eines Marathons bis zur Zielgeraden ist es ein weiter Weg, und beim Haushalt ist es so wie beim Marathon: Der zweite Abschnitt ist der schwierigere Teil.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das ist richtig!)

Das liegt nämlich daran, dass Sie mit Ihrer Rasenmähermethode, mit diesen linearen Kürzungen an einer Stelle an-

gekommen sind, an der der Haushalt völlig ausgemostet ist. Wenn Sie so weitermachen, wird das völlig widersinnig. Deshalb müssen Sie jetzt an die Strukturen heran, und das wird sehr viel schwieriger. Lassen Sie sich auch durch die Steuermehreinnahmen nicht den Kopf vernebeln.

Ich nenne auch einmal die Risiken. Ein Risiko sind die anstehenden Zinserhöhungen; denn eine Erhöhung um einen Prozentpunkt macht mittelfristig eine Zusatzbelastung von 400 Millionen € aus.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wissen wir!)

Damit sind, wenn das kommt, mit einem Schlag schon die ganzen Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung weg.

Sie haben für die erste Hälfte des Weges zur Nettouverschuldung Applaus bekommen und auch genossen – Sie sind ja zurzeit nicht gerade von Applaus verwöhnt.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Wir wollen auch würdigen, dass die Ressorts diese Anstrengungen unternommen haben, und gut eine halbe Milliarde Euro pro Haushaltsjahr sind unter diesen Bedingungen auch ein ordentliches Ergebnis.

Jetzt kommt aber die zweite, die schwierigere Hälfte des Marathons mit der strukturellen Haushaltslücke von 2,5 Milliarden €. Diese Lücke muss jetzt geschlossen werden. Dieses Defizit ist nur mit Aufgabenkritik zu beseitigen. Diese fehlt. Bei den sächlichen Ausgaben und beim Personal ist kein langfristiger Nachhaltigkeitspfad erkennbar.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was?)

Dazu kommen hohe Risiken. Die Pensionslawine wird nicht wirksam entschärft. Das ist die größte Lücke im Nachhaltigkeitspfad der Landesfinanzen.

Sparen, um in den Kernaufgaben, insbesondere in der Bildung, handlungsfähig zu bleiben: Dieses Ziel haben Sie klar verfehlt. Das habe ich Ihnen nachgewiesen.

Schließlich ist auch die Herausforderung einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik noch nicht angekommen – jedenfalls nicht beim Finanzminister.

Ich kann deswegen zusammenfassend sagen: Ihre Behauptung, Herr Finanzminister, dieser Haushalt sei generationengerecht, zukunftsgerichtet und nachhaltig, hält unserer kritischen Prüfung in keinem der drei Punkte stand.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gute Rede! Bravo!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für die Jahre 2007 und 2008 stellt die Koalition von CDU und FDP/DVP ihren festen Willen unter Beweis, die Nettouverschuldung des Landes bis 2011 auf null zu senken, und dies, verehrte Kolleginnen und Kolle-

(Dr. Ulrich Noll)

gen, nicht mit Worten, sondern mit Taten, die in Zahlen in diesem Doppelhaushalt ablesbar sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit oder gegen Zahlen kann man nicht holzen; sie sprechen für sich. Wir wissen: Wenn wir die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern und Generationengerechtigkeit wahren wollen – und wir wollen dies –, müssen wir alles daransetzen, mit einer Politik, die zulasten künftiger Generationen geht, Schluss zu machen. Der Marsch in den Schuldenstaat muss und wird in Baden-Württemberg gestoppt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Andrea Krueger CDU)

In den zahlreichen Koalitionsrunden zur Vorbereitung dieses Haushalts hat sich gezeigt, dass diese Koalition und die von ihr getragene Regierung – bei allen Kabbeleien am Rande – in den wesentlichen Grundüberzeugungen übereinstimmen. Im Hinblick auf andere Koalitionen – auch die in Berlin, wo man sich weitgehend gegenseitig blockiert – glaube ich, mit Fug und Recht sagen zu können: Diese Regierungskoalition aus CDU und FDP/DVP beweist mit ihrem Haushaltsentwurf, dass sie für dieses Land die beste aller denkbaren Koalitionen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb bin ich allen Beteiligten an den Verhandlungsrunden zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs sehr dankbar für den fairen, konstruktiven Umgang miteinander – an der Spitze selbstverständlich unserem Ministerpräsidenten, aber natürlich auch dem Finanzminister.

Liebe Kollegin Vogt, wenn man während Ihrer Rede in die gequälten Gesichter als Ausdruck der gequälten Seelen in Ihren Reihen geschaut hat,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Haben Sie hinten Augen?)

hat man den Eindruck, dass Sie sich vielleicht nicht so sehr mit Amtszeitbegrenzungen auf Regierungsseite, sondern mit Ihrer eigenen beschäftigen sollten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun zu den Zahlen. Die Nettokreditaufnahme, die in den Haushaltsjahren 2005 und 2006 noch mit knapp 2 Milliarden € jährlich veranschlagt war, wird praktisch halbiert. Sie wird auf 1 Milliarde € im Jahr 2007 und auf 750 Millionen € im Jahr 2008 gesenkt. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, mussten trotz der günstigeren Steuerschätzungen im Jahr 2006 im Prozess der Haushaltsaufstellung Deckungslücken in Höhe von 1,3 Milliarden € im Jahr 2007 und von 1,6 Milliarden € im Jahr 2008 geschlossen werden – wahrlich kein leichtes Unterfangen. Da gab es große Brocken, die es zu bewältigen galt.

Der erste große Brocken, den ich ansprechen will, betrifft die Vereinbarung zwischen dem Ministerpräsidenten – übrigens auch den Koalitionsfraktionen – und den Präsidenten der kommunalen Landesverbände vom 18. Oktober 2006. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, das angesprochene

Ziel zu erreichen. In dieser Vereinbarung ist festgehalten, dass das in der Landesverfassung tatsächlich schon enthaltene Konnexitätsprinzip durch eine Änderung der Verfassung und eine ergänzende gesetzliche Regelung präzisiert und erweitert wird. Dadurch wird erreicht, dass auch vom Land nachträglich veranlasste Änderungen bei der Aufgabenerfüllung oder die vom Land vorgenommene Übertragung neuer, bisher nicht wahrgenommener Aufgaben und das Stellen eigener Anforderungen des Landes an die Erfüllung bestehender Aufgaben künftig, wenn dies Mehrkosten verursacht, zu einer Ausgleichspflicht seitens des Landes führen werden.

Ferner wurde vereinbart, die Rechte der Kommunen durch eine von Land und Kommunen eingerichtete gemeinsame Finanzkommission zu stärken und die Stellung der kommunalen Landesverbände quasi auf Augenhöhe zu bringen. Diese Verbesserung der Stellung der Kommunen im Bereich von Konnexität und Konsultation war nicht nur ein zentrales Anliegen der kommunalen Landesverbände, sondern immer auch ein wesentliches Ziel der FDP –

(Beifall bei der FDP/DVP)

nicht weil es uns darum ging, irgendwelchen Menschen ein Denkmal zu setzen oder sonst irgendetwas, sondern weil wir in der Tat der tiefen Überzeugung sind, dass Land und Kommunen gemeinsam in einem Boot sitzen und dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort Demokratie, staatliches Handeln der öffentlichen Hand live erleben und wir deswegen damit Schluss machen müssen, den Kommunen Aufgaben zu übertragen, ohne ihnen entsprechend das Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ein Blick in den Bundestag reicht, um zu erkennen, dass der Antrag der FDP, auch im Bund dieses Konnexitätsprinzip zu präzisieren und in die Verfassung aufzunehmen, von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck
FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Heiderose Berroth
FDP/DVP: So ist es! Trauerspiel!)

Gleichzeitig kann man natürlich sagen: Im Gegenzug haben sich die kommunalen Landesverbände damit einverstanden erklärt, dass der kommunale Finanzausgleich in den Jahren 2007 und 2008 um jeweils 395 Millionen € gekürzt wird. Ursprünglich vorgesehene Einzelkürzungen werden entfallen und durch eine zusätzliche pauschale Kürzung in Höhe von 10 Millionen € ersetzt. Eine weitere Belastung der Kommunen durch die Spitzabrechnung des Anteils der Kommunen an den Leistungen des Landes im Länderfinanzausgleich wird es in den kommenden vier Jahren nicht geben. Gegenüber den Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs im laufenden Haushaltsjahr bedeutet dies eine Mehrbelastung von unterm Strich 24 Millionen € pro Jahr.

Aufgrund der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen steigt aber dennoch die für die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden zur Verfügung stehende Finanzmasse im Jahr 2007 sowohl gegenüber den Werten des Haushaltserlasses 2006 als auch gegenüber dem voraussichtlichen Ist des Jah-

(Dr. Ulrich Noll)

res 2006 deutlich an. Ich nenne einfach die drei Haushaltsansätze: 2006 betragen die Finanzaufweisungen an die Kommunen 4,16 Milliarden €, 2007 sind es 4,66 Milliarden €, und 2008 sind es 4,84 Milliarden €. Frau Vogt, da müssten Sie schon einmal zur Kenntnis nehmen, dass es hier nicht um Trittbrettfahrerei auf Kosten der Kommunen geht, sondern um Geisterfahrerei von Ihnen, wenn Sie behaupten, wir würden die Kommunen schröpfen. Es gibt ja prominente Mitglieder Ihrer Partei, wie etwa Herr Gönner, die all diese Vereinbarungen mit unterzeichnet haben, weil sie wissen, dass wir einen fairen Umgang mit den Kommunen pflegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Heinz Joseph SPD: Fragen Sie ihn doch einmal, wie er das sieht!)

Zweiter großer Brocken: Ich bewerte es ebenso positiv, dass es gelungen ist, mit den Verbänden und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu einer Verständigung zu kommen, die ebenfalls haushaltswirksam ist, aber gleichfalls weit darüber hinausreicht, Herr Kretschmann. Es sind eben nicht einmalige Maßnahmen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Sonderzahlung – Ihr Lieblingsthema; früher „Weihnachtsgeld“ genannt –, die Sie ständig zur Disposition stellen, wird für Versorgungsempfänger ab 1. April 2007 auf jährlich 30 % eines Monatsbezugs und für aktive Beamte ab 1. Januar 2008 auf jährlich 50 % eines Monatsgehalts abgesenkt und künftig in die Grundgehaltstabelle integriert.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Während die Rentner Nullrunden haben!)

Dies führt zu Einsparungen in Höhe von 39 Millionen € schon im Jahr 2007 und von 123 Millionen € im Jahr 2008 und wirkt in den kommenden Jahren fort. Es ist also eine strukturelle Einsparung.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Lieber Kollege Kretschmann, jetzt mag man ruhig von Schicksalssymphonie reden. Aber ein bisschen sollten auch Sie sich mit dem Thema beschäftigen, wie es bei den Beschäftigten und den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern im Land ankommt, wenn sie immer wieder zu Sonderopfern herangezogen werden und immer wieder neue Einschnitte von Ihnen propagiert werden. Sie sollten sich schon einmal angucken, wie viel an Pension die Witwe eines Versorgungsempfängers tatsächlich zur Verfügung hat, bevor Sie durch die Lande ziehen und sagen: Ihr müsstet endlich das Weihnachtsgeld abschaffen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Da besteht auch ein Stück weit Vertrauensschutz, den wir als Land den Beschäftigten und den Versorgungsempfängern gewähren müssen und wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Durch die in Stufen umgesetzte Übertragung der Gehaltserhöhung aus dem Tarifbereich um 2,9 % wird es real zu keinen Kürzungen auf den Einkommenszetteln unserer aktiv Beschäftigten kommen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Also zu keinen Einsparungen!)

Schließlich hat das Land erklärt – und dazu bekennen wir uns –: Wenn es nicht in der Gesamtsystematik durch die Gesundheitsreform zu vollständigen Veränderungen kommt, werden wir keine weiteren Eingriffe in Beihilfe- und Heilfürsorgeregelungen vornehmen. Auch da, lieber Kollege Kretschmann, vergleichen Sie oft Äpfel mit Birnen. Denn die Regelung – das muss einmal gesagt werden –, dass wir eine Kombination aus privater Versicherung und Beihilfe haben, ist für das Land nachweislich die günstigere und in sich nachhaltigere Gestaltung von Versorgung, als es alle anderen Formen sein könnten.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die Landesregierung hat erkannt: Alles, was bei der „schönen“ Gesundheitsreform

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist nichts Schönes!)

zum Schaden der PKV gemacht werden wird, wird im Wesentlichen zulasten unserer Beamten gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das sollten wir in der ganzen Diskussion auch sehen, wenn wir die private Versicherung, auf der die Beamtenversorgung und die Beihilfe basieren, aushöhlen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie kümmern sich mehr um die Beamten als um den Haushalt! Mehr um Ihre Klientel als um den Haushalt!)

Im Übrigen, Kollege Kretschmann, sollte uns allen klar sein: Unser Land ist auf einen funktionsfähigen, leistungsbereiten und hoch motivierten öffentlichen Dienst angewiesen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Den wollen wir auch!)

Wir wollen Verlässlichkeit und Partnerschaft im Umgang zwischen dem Land und seinen Bediensteten gewährleisten. Der öffentliche Dienst wird ein schlanker öffentlicher Dienst sein, aber er muss konkurrenzfähig mit der privaten Wirtschaft bleiben. Leistung muss sich auch im öffentlichen Dienst lohnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden mit weniger öffentlich Bediensteten auskommen müssen, und wir können das auch. Das ist auch der Weg, um von den Pensionslasten deutlich herunterzukommen. Aber wir sind auf gute, hoch qualifizierte Bedienstete angewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Und wie kommen Sie von den Pensionslasten herunter?)

Bei all dem, wo wir strukturell fragen, was Aufgabe des Landes, des Staates ist und wo andererseits die Aufgaben subsidiär auf andere – Freigemeinnützige oder Private – übertragen werden können, sind Sie die Ersten, die dann,

(Dr. Ulrich Noll)

wenn man Beispiele konkret macht – wie es etwa unser Justizminister mit dem Vorschlag getan hat, die Bewährungshilfe an einen gemeinnützigen Verein zu übertragen –, sagen: „Aber da geht es nicht.“ So stelle ich mir Aufgabenkritik nicht vor, dass man bei jedem einzelnen konkreten Punkt, den wir umsetzen, sofort die Blockade androht. Das ist mir eine schöne Aufgabenkritik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Im Übrigen wird es darum gehen – das haben wir fürs Frühjahr 2007 verabredet –, dass wir dort, wo wir Zuständigkeiten im Beamtenbesoldungs- und -versorgungsrecht haben, inhaltlich mit den Vertretern unserer Beschäftigten Regelungen finden, wie wir den öffentlichen Dienst nach wie vor attraktiv halten können, und vielleicht auch von ihnen Hinweise zur Aufgabenreduzierung bekommen können. Nicht gegen, sondern mit unseren Beschäftigten wollen wir das leisten.

Ich kann und will jetzt nicht jeden Punkt des Haushaltsentwurfs darstellen und dokumentieren. Das ist Aufgabe der Haushaltsberatungen im Januar und Februar. Es muss aber doch gewürdigt werden, dass es gelungen ist, durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in allen Ressorts konkrete Kürzungen in einem Umfang von 550 bzw. 650 Millionen € pro Jahr vorzunehmen. Ohne dies wäre der Haushaltsausgleich nicht möglich gewesen. Selbstverständlich haben wir auch darauf geachtet, dass vorrangige politische Ziele im Bildungsbereich und im Bereich von Wissenschaft und Forschung nicht in Gefahr geraten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch da lügen Zahlen nicht, Kollege Kretschmann. Von 2006 bis 2008 steigen die Ausgaben für die allgemeinbildenden und die beruflichen Schulen um 450 Millionen € und die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um über 200 Millionen €. Wenn Sie den gesamten Anteil der Mittel anschauen, die wir für Bildung im weitesten Sinne in den Landeshaushalt einstellen, dann erkennen Sie: Wir geben knapp ein Viertel aller Mittel für die Schulen aus. Wenn man den universitären Bereich hinzunimmt, dann sind es über ein Drittel aller Mittel, die wir für Bildung und Zukunftsinvestitionen für junge Menschen ausgeben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer will da bestreiten, dass wir damit eine Prioritätensetzung nicht nur angekündigt, sondern auch in Zahlen umgesetzt haben?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch auch der Kernbereich der Landespolitik! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zuhören, Herr Kretschmann! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die eine oder andere der Maßnahmen unter den unvermeidlich notwendigen Kürzungen wird sicherlich politisch umstritten sein. Einige dieser Maßnahmen sind genannt worden. Selbstverständlich können sich in den Beratungen auch noch an der einen oder anderen Stelle Veränderungen ergeben. Wir sind wirklich gespannt darauf, ob es möglich ist,

zwischen Koalition und Opposition einen konstruktiven Dialog zu führen, wenn es darum geht, an der einen oder anderen Stelle möglicherweise Kürzungen zurückzunehmen. Das kann nur geschehen, wenn ganz klar ist, wie es auf der anderen Seite zu zusätzlichen Kürzungen kommt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das haben wir bisher immer gemacht!)

Denn an den Eckpunkten wollen und werden wir nicht rütteln lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Übrigens gab es eine „Klippe“ in diesen Haushaltsberatungen – eigentlich ist es gar keine –: Uns ist plötzlich aufgrund der Steuerschätzung vorhergesagt worden, dass wir mit deutlichen Mehreinnahmen rechnen können. Man weiß ja aus anderen Parlamenten, dass sofort Begehrlichkeiten anfangen zu sprudeln, sobald die Steuerquellen sprudeln.

(Zustimmung des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben dieser Versuchung gemeinsam widerstanden. Wir haben die vorgesehene Verschuldungshöhe vernünftigerweise zusätzlich noch einmal abgesenkt, und wir werden einen Teil der voraussichtlichen Mehreinnahmen nicht vervespern, sondern ihn nach dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ der Rücklage zuführen. Das halte ich für absolut seriös. Denn wir wissen doch, dass eine Unternehmensteuerreform – die wir ja wollen und die zu Entlastungen führen wird – zumindest mittelfristig zu Steuerausfällen führen wird. Langfristig wird sie sich dann selbst finanzieren. Zur Deckung dieser mittelfristig zu erwartenden Lücke wollen wir 450 Millionen € zurückstellen, damit wir dann nicht plötzlich die Neuverschuldung doch wieder erhöhen müssen. Denn diese Lücke ist absehbar.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fritz Buschle SPD: Wir werden es uns merken!)

Nicht alle Maßnahmen, die im Doppelhaushalt vereinbart sind, wirken auch in den Folgejahren fort. Es kann tatsächlich auch zu Risiken kommen. Wir können uns nicht – das haben Sie richtigerweise gesagt – auf die Sonderausschüttungen der L-Bank und ein weiterhin günstiges Zinsniveau verlassen. Aber immerhin sind – ich betone es noch einmal – insgesamt mehr als 1,1 Milliarden €, die in diesem Haushalt eingespart werden, strukturelle Einsparungen, die über das Jahr 2008 hinaus wirksam sind.

Uns ist auch klar, dass wir zwar auf gutem Weg sind, dass wir uns aber erst sozusagen in der Mitte des Marathons befinden und uns keineswegs zurücklehnen dürfen. Es wird weiterer Anstrengungen bedürfen, damit wir unser Ziel, das wir fest im Auge haben, erreichen können.

Nun komme ich zu dem, was Sie, Herr Kretschmann, für sich reklamieren. Ich bin mir schon bewusst, dass der Erfolg immer viele Väter hat. Aber wir haben von Anfang an und immer wieder gefordert, ein Verschuldungsverbot in die Verfassung aufzunehmen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Seit zehn Jahren!)

(Dr. Ulrich Noll)

Am Anfang hatten wir relativ wenige Verbündete. Inzwischen sind wir uns über die Koalitionsgrenzen hinweg offensichtlich mit den Grünen einig, dass wir dies tun sollten. Wir haben vereinbart, dass wir ein Verschuldungsverbot zunächst in der Landeshaushaltsordnung und dann – noch in dieser Legislaturperiode – auch in der Verfassung verankern wollen. Das wird uns sicherlich leichter fallen, wenn wir wissen, dass wir keine neuen Schulden mehr aufnehmen müssen. Dann muss aber für die Zukunft gelten – wir wollen diese Selbstbindung –, dass wir künftig nicht mehr Geld ausgeben wollen, als wir einnehmen, und dass wir uns dazu eine Selbstverpflichtung mit Verfassungsrang auferlegen. Ich lade Sie ein, diese Verfassungsänderung mit uns durchzuführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Übrigens ist im Bund ein Verschuldungsverbot von allen Fraktionen außer der FDP abgelehnt worden.

Die Notwendigkeit, Abschied von einer Politik zu nehmen, die durch ständig steigende Verschuldung letztlich zulasten künftiger Generationen geht, bestimmt diesen gesamten Haushaltsentwurf unter dem Motto, Generationengerechtigkeit und Zukunftsvorsorge zu gewährleisten. Dass wir dabei Prioritäten setzen können, wird maßgeblich dadurch bedingt, dass wir an anderer Stelle einsparen und zum Sparen gewillt sind. Ich möchte einige Beispiele nennen, wo wir Prioritäten setzen.

Das erste Beispiel ist die Generationengerechtigkeit. Natürlich geht es dabei um die Frage: Wie geht es im Land Baden-Württemberg mit den Zukunftschancen von Familien und ihren Kindern im Bereich Betreuung, Erziehung und Bildung weiter? Das ist ein hoch aktuelles Thema, und da bin auch ich der Meinung, dass die beste Politik, um schlimme Entwicklungen – die wir derzeit ja wieder erleben – zu verhindern, eine vorsorgende Politik der Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familien ist, eine Stärkung derjenigen, die bereits am Start schlechtere Chancen haben. Das geht nun einmal nur, indem wir zusammen mit den Kommunen mehr Geld in diese Bereiche investieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein Beispiel: Im Jahr 2003 haben wir über das Programm „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ 4 Millionen € für Kleinkindgruppen, also für Kinder unter drei Jahren, eingesetzt. Jetzt liegen wir in den Haushaltsansätzen bei 13,4 Millionen € für 2007 und bei 16,2 Millionen € für 2008. Wir haben also eine Steigerung von ursprünglich 4 Millionen € auf 16 Millionen € erreicht. Wie man da sagen kann, es bewege sich nichts, da seien keine Prioritäten, verstehe ich nicht. Zahlen lügen nicht: 2008 gibt es viermal so viel wie 2003 für Kleinkindgruppen –

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ist vier mal vier jetzt 13? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das kommt aber daher, dass das Niveau so niedrig war!)

und übrigens auch in diesem Bereich für Tagesmütter. Auch dazu eine kleine Bemerkung: Die Betreuung durch Tageseltern hat für uns einen doppelten Charme, weil sie nämlich

Vereinbarkeit von Familie und Beruf für diejenigen möglich macht, die ihr Kind in eine Tagesfamilie geben, und umgekehrt die Tätigkeit der Tagesmutter als Beruf definiert und damit auch der Tagesmutter eine berufliche Chance gibt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und Einnahmen aus dieser Arbeit!)

Mit der Förderung erreichen wir also einen doppelten Effekt. Und es ist eine sehr flexible Form der Kinderbetreuung.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Die Zahl der Plätze für Kinder unter drei Jahren lag 2004 noch bei 17 000. 2008 werden es über 31 000 Plätze sein. Damit ergibt sich eine Versorgungsquote für Kinder dieser Altersgruppe, die – auch wenn sie in der Tat noch immer zu niedrig ist – immerhin doch 10 % beträgt. Es wird weiterer Anstrengungen bedürfen. Wenn das Bundeselterngeld kommt, wird es, glaube ich, notwendig sein, in noch stärkerem Maße auch schon für Kinder, die gerade das erste Lebensjahr vollendet haben, Betreuungsmöglichkeiten anzubieten.

In diesem Zusammenhang darf man auch noch einmal unseren Ministerpräsidenten loben. Denn der Bund – da waren Sie noch in der Regierung, Frau Vogt – hatte ja den Kommunen aufgetragen, die Zahl der Betreuungseinrichtungen auf 20 % zu steigern, und hatte gesagt: Das finanziert ihr aus den Einsparungen durch ALG II, also bei Hartz IV.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da ist nichts eingespart worden!)

Da ist nichts bei den Kommunen angekommen, sondern es hat sie sogar Geld gekostet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Daher ist es umso bemerkenswerter, dass wir das jetzt Gott sei Dank ändern konnten. Es ist ein Erfolg Baden-Württembergs und unseres Ministerpräsidenten, dass die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft von ALG-II-Bezieherinnen nicht, wie vom Bundesfinanzminister ursprünglich beabsichtigt, noch abgesenkt, sondern von 29,1 auf durchschnittlich 31,8 % erhöht worden ist. Besonders bemerkenswert ist – das muss man schon einmal sagen, wenn es um Solidarität zwischen den Ländern geht –, dass es möglich war, die besondere Belastung der Stadt- und Landkreise in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg durch eine differenzierte Regelung auszugleichen. Ich glaube, das ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Reinhold Gall SPD)

Damit sind in der Tat auch Spielräume geschaffen, um in den Landkreisen die Kreisumlagesätze zu senken und den Gemeinden wieder Luft zu geben für Investitionen, insbesondere für Investitionen in den verstärkten Ausbau von Betreuung, Erziehung und Bildung.

(Dr. Ulrich Noll)

Auch der Ausbau von Ganztagschulen geht planmäßig voran. Bis 2014 sollen 40 % aller Schulen mit dem entsprechenden Investitionsprogramm, das wir auch mit den Kommunen – Frau Vogt, auch mit Herrn Gönner – verabredet haben – 1 Milliarde € in neun Jahren –, in Ganztagschulen umgewandelt werden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das zahlen die Kommunen! Das wissen Sie aber!)

Jetzt will ich hier nicht die bildungspolitische Debatte wiederholen. Aber wir handeln auch da. Wir stellen die zusätzlichen Lehrerstellen zur Verfügung. Wir stellen künftig auch mehr Mittel statt Stellen zur Verfügung, damit vor Ort Lösungen gefunden werden können. Das ist ein Thema, das uns wirklich wichtig ist.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass schon die demografische Entwicklung die Kommunen zwingen wird, sich über neue Formen des gemeinsamen Lernens und des individuellen Förderns der einzelnen Kinder Gedanken zu machen. Wir stellen die Mittel zur Verfügung. Die Kommunen sind aufgerufen, sich zu engagieren und unterschiedliche Modelle zu entwickeln.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was wollt ihr jetzt? Alles ein bisschen nebulös!)

Wir wollen diesen Modellen Rückenwind verschaffen und nicht Gegenwind erzeugen, wie es an manchen Stellen immer wieder versucht worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch das Jugendbegleiterprogramm wird mit immerhin 40 Millionen € vom Land gefördert. Jetzt hören Sie endlich einmal auf, das als Dequalifizierungsprogramm im Bereich der Schule zu betrachten. Es ist ein zusätzliches Programm,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ein Gewinn! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das funktioniert doch nicht!)

das natürlich nicht zum Ziel hat, die Aufgaben der Lehrer zu ersetzen. Aber es ist ein zusätzliches Programm, das vor allem auch den Charme hat, dass Schule sich für andere Lebensbereiche – für Vereine, Wirtschaft, Kunst und Kultur – öffnet.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch da werden wir uns weiterhin in nicht unerheblichem Maße beteiligen.

Wir werden durch die vereinbarte Umschichtung des alten Landeserziehungsgelds weitere Mittel in Höhe von mindestens 10 % für den Ausbau von Erziehung, Bildung und Betreuung zur Verfügung haben. Diese neue Regelung ist nicht ganz einfach. Das muss man ehrlicherweise sagen, weil Ansprüche für die Kinder im dritten Lebensjahr entstanden sind, die bedient werden müssen. Wir müssen jetzt umorganisieren. Aber wir haben fest vereinbart, einen Teil dieser Umschichtung direkt in die Förderung von Kindertageseinrichtungen und zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Familien zu verwenden. Auch da sollten Sie einfach einmal aufhören, immer darauf herumzuhacken. Wir

haben einen vernünftigen Kompromiss gefunden, um einerseits die Schwächsten nach wie vor zu unterstützen und andererseits ein Förderprogramm so umzustellen, dass es den Familien wirklich nützt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Frau Vogt, auch da muss man Ihnen einfach einmal Nachhilfe bzw. HSL-Maßnahmen angeeignet lassen: Die Schulsozialarbeit ist laut Kinder- und Jugendhilfegesetz nun einmal originäre Aufgabe der Kommunen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: So ist es! – Abg. Stephan Braun SPD: Herr Noll, Sie waren schon einmal weiter! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir beteiligen uns z. B. an der Implementierung des Orientierungsplans bei der Fortbildung der Erzieherinnen. Das ist originäre Aufgabe der Kommunen als Arbeitgeber. Wir beteiligen uns hälftig daran.

In der Tat nehmen wir immer wieder unsere gemeinsame Verantwortung wahr. Ich bin der Meinung, bei der von uns vorgesehenen Entwicklung vor Ort muss es der einzelnen Schule und dem Schulträger zusammen mit Eltern und Lehrern möglich sein, zu entscheiden, ob noch ein zusätzlicher Lehrer oder eher ein zusätzlicher Schulsozialarbeiter benötigt wird. Nicht alles kann darauf abgewälzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich glaube, wir bieten mit unseren finanziellen Rahmenbedingungen die Möglichkeit zu individuellen Modellen vor Ort, die den jeweiligen Bedürfnissen gerecht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber dann muss es einer zahlen! – Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Die Nachfrage nach Studienplätzen – von vielen als „Überlast“ an Studienanfängern bezeichnet – sehen wir als Chance. Auch hier können Sie doch nicht so tun, als hätten wir nicht tatsächlich begonnen, finanzielle Mittel über einen Ausbauplan bereitzustellen, um 16 000 zusätzliche Studienanfängerplätze zu schaffen. Wir fangen schon jetzt damit an und stellen in den Haushalt 2007/08 20 Millionen bzw. 40 Millionen € ein. Im Endausbau 2012 werden wir das Volumen auf 150 Millionen € pro Jahr aufstocken. Da kann man doch nicht behaupten, in diesem Bereich werde nichts getan.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Haben Sie jetzt in den letzten zwei Jahren abgebaut oder nicht? Sagen Sie dazu einmal etwas! – Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

– Wir haben überhaupt nicht abgebaut. Wir haben uns an den Solidarpakt gehalten.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das ist übrigens der nächste Punkt. Wir werden, um auch da Verlässlichkeit zu schaffen, einen neuen Solidarpakt mit den Hochschulen schließen, der eben nicht geringer ausgestattet wird, sondern zusätzliche Mittel enthält und bei dem übrigens die Studiengebühren, wie zugesagt, als zusätzliche

(Dr. Ulrich Noll)

Mittel ausschließlich in den Bereich der Lehre investiert werden. Damit kommen sie den Studierenden an der Hochschule selbst zugute.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum klatscht dann nur die FDP/DVP? – Gegenruf des Abg. Stephan Braun SPD: Weil es nichts zu klatschen gibt!)

Anstatt jetzt über Boykott und solche Dinge zu reden, täten die Studenten besser daran, sich in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Hochschulen an dem Prozess zu beteiligen, der an allen Hochschulen schon läuft. Nach der Zusage, dass die Studierenden selbst über die Verwendung der zusätzlichen Mittel mitentscheiden dürfen, sollten sie sich in diese Verhandlungen einbringen. Verhandeln ist an dieser Stelle allemal besser, als irgendwie mit Boykottdrohungen zu kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich will noch den Bereich Verkehrsinfrastruktur ansprechen – das ist ein zentral wichtiges Thema, nicht nur für die Wirtschaft, sondern für alle Menschen in diesem Land –: Stichwort Mobilität. Das gilt sowohl für den Bundesfernstraßenbau als auch für den Bau von Landesstraßen. Mit diesem Haushalt verstärken wir die Mittel für den Landesstraßenbau.

Der berechtigten Kritik, es handle sich bei den Sonderprogrammen um Schattenhaushalte – Herr Kretschmann hat in diesem Zusammenhang von „Briefkastenfirmen“ gesprochen –, tragen wir Rechnung, indem wir diese Programme schrittweise in den Haushalt übertragen und damit künftig auch Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit herstellen werden.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum hat man die eigentlich geschaffen?)

Ein Wort muss man schon noch einmal sagen. Wir wissen, dass die ollen Kamellen immer wieder kommen.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wollen Sie das geändert haben oder nicht?)

Übrigens: Von der SPD wird die Landesstiftung interessanterweise nicht mehr angeführt. Ich darf noch einmal an den Vorgang erinnern: Privatisierung, dadurch die Möglichkeit einer Landesstiftung, Geld im Land gehalten. Dadurch ist vieles möglich, unter anderem Sprachdiagnose, Sprachstandserfassung. Offensichtlich haben Sie jetzt Ihren Frieden mit der Landesstiftung gemacht.

(Abg. Stephan Braun SPD: Wollen Sie einmal sagen, was Sie wollen?)

– Haben Sie bisher nicht zugehört, Herr Braun?

(Abg. Stephan Braun SPD: Man hört zu wenig davon, Herr Noll!)

– Dann hören Sie sehr selektiv mit Ihrem gequälten Kopf.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Stephan Braun SPD: Oh! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das sind wir gewohnt!)

Jedenfalls: Beim Projekt Stuttgart 21 müssen Sie endlich einmal erkennen: Das ist alternativlos ein Infrastrukturprojekt für das ganze Land Baden-Württemberg – nicht Stuttgart 21, sondern Baden-Württemberg 21.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie soll es bezahlt werden?)

Sie rennen überall durch das Land und malen irgendwelche Risikoszenarien an die Wand. Ein unrühmliches Beispiel dafür – Herr Palmer, ich muss in die Abschiedsrede, die Ihnen Kollege Kretschmann gegönnt hat, leider einen Schuss Wasser in den Wein gießen –:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schorle ist auch etwas Feines!)

Bei der Kürzung der Regionalisierungsmittel, die, wie man weiß, der Bund vorgenommen hat, sind Sie als falsche Propheten durch das Land gereist

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und haben wider besseres Wissen überall Streckenstilllegungen usw. prognostiziert, ja quasi angekündigt.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind im Land Baden-Württemberg – anders als es in anderen Bundesländern der Fall war – mit dieser schwierigen Situation fertig geworden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Es wird nicht zu Streckenstilllegungen kommen. Es wird bei den Zugverbindungen zu vernünftigen Anpassungen kommen.

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Ursula Haußmann SPD)

Aber insgesamt werden solche Schreckensszenarien, die Herr Palmer im OB-Wahlkampf, um Gehör zu finden, überall verbreitet hat,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

nicht eintreten.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich möchte als Letztes noch den Solidarpakt mit dem Sport ansprechen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die Finanzierung des Sports, auch der vielen Ehrenamtlichen im Sport, ist zurzeit aufgrund der Diskussion über die Frage, wie es mit Toto-Lotto weitergeht – – Leider wurde dazu gestern schon etwas beschlossen. Aber auf Dauer, von den Einnahmen her, ist diese Finanzierung wohl eher nicht auf Zuwachs programmiert. Umso wichtiger ist es, dass die

(Dr. Ulrich Noll)

Ehrenamtlichen im Sport Sicherheit durch den Solidarpakt haben,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Ehrenamtlichen insgesamt, nicht nur im Sport! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

dass sie eine jährlich gleich bleibende Förderung von 65 Millionen € garantiert bekommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Das ist der Unterschied: Wir loben das Ehrenamt nicht nur in Sonntagsreden, sondern wir machen es konkret und geben den Menschen im Ehrenamt im Sport eine verlässliche finanzielle Perspektive für diese Legislaturperiode.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Eines muss auch noch gesagt werden: Wenn wir als Musterknaben sparen, unserer Bevölkerung an der einen oder anderen Stelle auch Einschnitte zumuten, dann kann es auf Dauer wirklich nicht fair sein,

(Unruhe)

dass sich andere einen Dreck darum kümmern – „arm, aber sexy“ –, munter weiter Geld ausgeben und sich das Ganze von uns finanzieren lassen. In der Tat: Solidarität zwischen den Ländern ist okay. Aber diese überstrapazierte Solidarität, nach der wir nach dem Finanzausgleich hinter den Empfängerländern liegen, kann so nicht bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!
– Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie wollen Sie das ändern?)

In diesem Zusammenhang dürfen wir uns, denke ich, alle dem Glückwunsch anschließen, dass der Ministerpräsident als Kovorsitzender der Verhandlungskommission zur Föderalismusreform II die wohlverstandenen Interessen des Landes Baden-Württemberg nicht egoistisch, sondern im Sinne einer fairen Finanzbeziehung und Aufgabentrennung zwischen Bund und Ländern und unter den Ländern wahrnehmen kann. Das wird weiß Gott schwierig; das weiß jeder. Aber ich wünsche dem Ministerpräsidenten an dieser Stelle immer eine glückliche Hand und einen erfolgreichen Abschluss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es käme eben nicht nur uns zugute, sondern allen Ländern, wenn sie wieder ein Stück weit eine faire Partnerschaft untereinander hätten.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Eigenverantwortung an vielen Stellen. Wir brauchen ein neues Denken bei der Aufgabenverteilung zwischen öffentlicher Hand und Bürgerinnen und Bürgern, eine subsidiär organisierte Aufgabenwahrnehmung. Beispiele sind genannt worden. Da wünsche ich mir, dass man nicht jedes Beispiel

von vornherein madig macht, sondern dass man diese Aufgabenkritik durchführt, die wir gemeinsam mit den Bediensteten konstruktiv fortführen wollen, auch wenn dieser Haushalt verabschiedet sein wird. Das haben wir fest verabredet. Da wünsche ich mir dann, dass von der Opposition nicht zu allem, was wir machen, grundsätzlich ein Nein kommt, sondern dass sie dies konstruktiv begleitet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Dieser Haushalt ist mehr als eine riesige Ansammlung von Zahlen. Er ist Ausdruck politischen Gestaltungswillens und politischen Gestaltungsvermögens.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Da ist aber ein kleiner Wille beieinander!)

Wir wollen einen starken Staat, wo es um seine Kernaufgaben geht, nämlich die Zukunftschancen junger Generationen zu wahren und zu mehren und die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land zu gewährleisten. Das habe ich Ihnen konkret an Zahlen benannt. Wir wollen einen schlanken Staat in seinem Verwaltungshandeln und eine ständige Überprüfung von Förderprogrammen, ob sie zielgenau sind und ob sie nach wie vor berechtigt sind. Beides, nämlich den starken Staat, wo es um Kernaufgaben geht, und den schlanken Staat, wo es um unseren eigenen Verantwortungsbereich geht, was Verwaltung und Förderprogramme betrifft, haben wir nicht nur versprochen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Na, na, na! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das haben Sie nicht versprochen! Das sind unsere Worte!)

sondern wir haben mit diesem vorgelegten Haushaltsentwurf dafür auch die finanzielle Basis gelegt.

Ich freue mich deswegen auf die konstruktiven Beratungen, zunächst in den Finanzausschusssitzungen und dann hier in der zweiten Lesung, wo man zu jedem einzelnen Fachressort noch einmal im Detail sprechen kann. Ich denke, wir dürfen gespannt sein, wie die Opposition versuchen wird, an der einen oder anderen Stelle noch Verbesserungen – für die sind wir immer dankbar – unterzubringen. Nur: An den Eckpunkten werden wir nichts ändern.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Schluss mit dem Marsch in den Schuldenstaat!

(Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Auf jeden Fall hat er besser geredet als der Mappus!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Günther Oettinger.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt bin ich einmal gespannt!)

Die Sanierung des Landeshaushalts ist die überragende Aufgabe in dieser Wahlperiode des Landtags von Baden-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Württemberg, und wir gehen sie an. Der Weg aus der Schuldenfalle hat Vorrang vor jedem anderen Thema. Dies meinen wir ernst. Dies haben wir in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt, dies hat die Regierungserklärung ausgesagt, und in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 legen wir weite Teile dieses Weges zu unserem erklärten Ziel zurück.

Ich danke allen Beteiligten: dem Kollegen Stratthaus und seinen Beamten im Finanzministerium, dem Kollegen Dr. Goll und damit auch der FDP/DVP in unserer Regierung, dem Kollegen Mappus und seiner gesamten Fraktion und dem Kollegen Dr. Noll. Wir haben in der Haushaltsstrukturkommission souverän, arbeitsintensiv und erfolgreich mit großer Entschlossenheit und Entschiedenheit und trotzdem maßvoll unsere Hausaufgaben gemacht.

Wo kommen wir her, und wo gehen wir hin? Wir haben entlang der Rezession und Stagnation der Wirtschaft in den Jahren 2003 und 2004 schlechte Haushaltszahlen realisiert. In diesen beiden Jahren haben wir jeweils 2 039 Millionen € neue Schulden gemacht. Im Jahr 2005 hat uns der Landtag 2 Milliarden € neue Schulden bewilligt. Wir haben durch Haushaltssperre, durch restriktiven Haushaltsvollzug und durch die Tatsache, dass keine Tariferhöhung anstand, real nur 1,686 Milliarden € neue Schulden aufnehmen müssen. In diesem Jahr gibt es Schuldenrechte im Umfang von 1,9 Milliarden €. Wir gehen auf der Basis der letzten Monate und der absehbaren Rechnungsabschlüsse aber nur noch von einer notwendigen Neuverschuldung in Höhe von 1,535 Milliarden € aus.

2007 beschränken wir uns auf 1 000 Millionen € neue Schulden, 2008 beschränken wir uns auf 750 Millionen € neue Schulden. Das heißt, die Senkung der Neuverschuldung von über 2 Milliarden € auf eine Dreiviertelmilliarde Euro innerhalb von vier Jahren ist ein beachtlicher Weg, der zum Teil hinter uns, zum Teil aber auch noch vor uns liegt. Diesen Weg setzen wir konsequent dahin fort, dass der Landtag in der laufenden Wahlperiode von dieser Regierung einen Haushalt vorgestellt bekommt und beschließen wird, der ohne Aufnahme neuer Schulden auskommt und bei dem alle Aufgaben und Ausgaben mit Steuereinnahmen, Gebühren, Abgaben und Beiträgen bestritten werden sollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit das klar ist, sage ich: Wir liegen im Ländervergleich trotz dieser Schulden sehr gut. Wir liegen schlechter als Bayern. Wir liegen gleichauf mit Sachsen. Wir liegen vor 13 anderen Ländern. Dies ist der Anspruch der Bürger in Baden-Württemberg an die Politik. Ich glaube, dass der Weg aus der Schuldenfalle dem Leistungsanspruch dieser Gesellschaft, unserer Bürgerschaft, gerecht wird. Deswegen stellen wir ihn in der Tagesordnung unserer Aufgaben ganz vornan auf Platz 1.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn man das Ziel so unbedingt erklärt, muss man sich des Risikos bewusst sein. Das bin ich mir durchaus. Denn ich war neu hier im Landtag, als die mittelfristige Finanzplanung in den Achtzigerjahren schon einmal einen Haushalt ohne neue Schulden vorsah. Dieses Ziel wurde im Jahr 1986 verfehlt, es wurde nicht erreicht. Ich war als Frak-

tionsvorsitzender in Mitverantwortung, als wir in der letzten Wahlperiode die Nullverschuldung für dieses Jahr vorgesehen hatten. Wir haben dieses Ziel wiederum nicht erreicht. Ich will, dass der dritte Anlauf glückt.

Ich stelle fest: Unsere Ressortminister, die Fachminister, sitzen nicht eifersüchtig auf ihren Finanztöpfen und verteidigen nicht alle Programme. Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass in einem ganz breiten Umfang jeder Fachminister in der Nullverschuldung sein Ziel und unser gemeinsames Ziel sieht. Deswegen traue ich uns zu, dass der dritte Anlauf glücken kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wann, wenn nicht jetzt? Ich gebe durchaus zu: Nicht nur der Rotstift, nicht nur unser Mut zu Kürzungen, nicht nur unsere eigene Haushaltspolitik sind dafür verantwortlich, dass ein solcher Haushalt mit den richtigen Schritten in die richtige Richtung vorgelegt werden kann.

Wir gehen zunächst einmal davon aus, dass es keine Kahlschläge geben muss. Ich will behaupten, dass die große Mehrzahl der Programme, die im Haushalt des Landes Baden-Württemberg stehen, zeitgemäß sind. Sie sind von uns oder unseren Vorgängern aus guten Gründen geschaffen worden. Deswegen ist ein Kahlschlag, eine Streichung ohne Nachdenken nicht unsere Politik.

Wir bauen darauf, dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg und Deutschland wächst. Wir bauen darauf, dass dadurch auch die Steuereinnahmen nach oben gehen. Wir werden dort, wo wir Programme haben, die auf Freiwilligkeit basieren, in den nächsten Jahren nicht erhöhen, sondern wir trauen uns eine Kürzung um 5 oder 10 % zu, deckeln manche Programme und frieren andere ein. Aus diesem größer werdenden Delta bekommen wir den Abbau der Neuverschuldung hin. Das ist unsere Politik.

Ich gebe zu: Uns kommt dabei der glückliche Umstand zugute, dass sich die Wirtschaft besser entwickelt, als vorhersehbar war. Wer hätte zu Jahresbeginn geglaubt, dass die deutsche Wirtschaft um 2,4 % wachsen wird? Wer hätte uns in Baden-Württemberg über 3 % Wirtschaftswachstum zugetraut? Die Delle, die die Mehrwertsteuererhöhung verursacht, wird schmal ausfallen. Die Forschungsinstitute gehen für das nächste Jahr deutschlandweit von bis zu 2 % Wachstum aus, und ich sage für Baden-Württemberg deutlich mehr als 2 % Wirtschaftswachstum voraus.

Die Wirtschaft hat Tritt gefasst. Sie hat Vertrauen in den Standort. Die Auftragsbücher sind voll. Das heißt, wir können für die Haushaltspolitik der nächsten Jahre davon ausgehen, dass nicht Rezession und Stagnation eintreten, sondern dass Wachstum und Qualität unserer Wirtschaft dabei helfen.

Insofern sage ich: Nicht alles, was Schröder gemacht hat, war falsch. Es kam nur zu spät und war zu zaghaft.

(Abg. Fritz Buschle SPD: Er war abgebremst! –
Unruhe bei der SPD)

Die Politik der ruhigen Hand hat Deutschland geschadet. Was im Jahre 2003 mit „Agenda 2010“ gemacht worden ist,

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

wurde von CDU, CSU und FDP mit richtigen Ansätzen im Bundesrat unterstützt. Es kam vier Jahre zu spät.

(Abg. Alfred Winkler SPD: 16 Jahre!)

Wir hatten in den letzten Jahren die Folgen davon zu tragen, dass Rot-Grün im Grunde genommen mit Ideologie verblendet und ohne Mut in die Regierungsarbeit kam.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Die Mehrwertsteuererhöhung tritt am 1. Januar 2007 ein. Auch dazu ein offenes Wort: Drei Prozentpunkte mehr Mehrwertsteuer sind nicht wenig. Klar ist: Für den Handel und für das Handwerk wird daraus mit Sicherheit eine Verschlechterung des Wachstums im ersten und im zweiten Quartal zu beobachten sein. Aber wir setzen das Geld sinnvoll ein. Wir sind davon überzeugt, dass ohne diese Steuererhöhung die Sanierung des Bundeshaushalts und der Länderhaushalte nicht glücken kann.

Einen Prozentpunkt bekommt der Bund, damit er die Neuverschuldung, die während der Regierungszeit von Rot-Grün strukturell bei 60 Milliarden € lag und in den letzten Jahren immer bei 40 Milliarden € realisiert worden ist, auf 20 Milliarden € senken kann.

Einen weiteren Prozentpunkt bekommen die Länder, und dies ermöglicht den Haushalt, der Ihnen jetzt vorliegt. In diesem Haushalt stecken höhere Steuern unserer Bürger aus Umsatz und Verbrauch. Unsere Bürger wirken durch die höhere Mehrwertsteuer an der Sanierung unseres Landeshaushalts mit.

Der dritte Prozentpunkt dient einem klaren Ziel: Wir senken die Lohnnebenkosten. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird zur Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern am 1. Januar 2007 von 6,5 auf 4,2 % gesenkt. Das heißt, die Nettoeinkünfte eines Arbeitnehmers rücken näher an seine Bruttoeinkünfte heran, und der Arbeitgeber muss weniger bezahlen und kann es sich dadurch leisten, über Neueinstellungen nachzudenken.

Deswegen: Diese Mehrwertsteuererhöhung ist schmerzhaft, aber alle drei Ziele – Sanierung des Bundeshaushalts, Sanierung der Länderhaushalte, Senkung der Lohnnebenkosten – sind richtig. Dies ist eine Politik für die öffentliche Hand, für die nächste Generation und auch dafür, dass die Wirtschaft belebt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deswegen tragen wir sie ausdrücklich mit.

(Beifall bei der CDU)

Unser Haushalt ist solide aufgebaut. Es gibt keine Tricks – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ist das jetzt Ihre Privatmeinung oder die Meinung der Landesregierung?)

– Das ist die Meinung der CDU in Baden-Württemberg. Das wissen Sie. Es kann in einer Koalition auch Dissens ge-

ben – auch das wissen Sie –, aber ich will behaupten, dass CDU und FDP/DVP in Baden-Württemberg derzeit harmonischer zusammenarbeiten als jede andere Regierung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen ist dieser Dissens erlaubt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Kretschmann, 3 : 0!)

Wir arbeiten in diesem Haushalt ohne Tricks, und wir haben alles, was an Risiken absehbar ist, schon im Haushalt eingeplant: dass die Erbschaftsteuer erlassen werden soll, wenn ein Betrieb fortgeführt wird – die Mindereinnahmen sind im Haushalt berücksichtigt –; dass die Unternehmenssteuerreform, durch die die Wirtschaft zugunsten der Schaffung von Arbeitsplätzen entlastet werden soll, zu Mindereinnahmen führt – im Haushalt sind die Mindereinnahmen veranschlagt. Wir haben Rücklagen aufgrund der Steuerreformen, die auf Bundesebene kommen und absehbar sind, eingebaut.

Das heißt, ich will hier die Prognose wagen, dass die Rechnungsabschlüsse 2007 und 2008 keine roten Zahlen aufweisen. Ich will durch restriktiven Haushaltsvollzug ab dem ersten Tag erreichen, dass in beiden Jahren ein positiver Abschluss, geringere Schulden und – Aktion Eichhörnchen – Rücklagen für 2009 und 2010 möglich werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen sind Sie, Frau Kollegin Vogt und Kollege Kretschmann, etwas bedrückt. Sie merken selbst, dass wir es packen können.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie merken selbst, dass wir auf gutem Weg sind. Deswegen: Stören Sie uns dabei nicht; wir bekommen es allein hin.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir werden auch mit Störungen fertig!)

Ein Haushalt hat direkte Auswirkungen auf die Gruppen der Gesellschaft, auf die Einwohner, auf die Bürger im ganzen Land. In jeder Titelgruppe ist etwas enthalten, was den Bürger betrifft. Deswegen haben wir auf Dialog gesetzt. Natürlich kann man mit einer einsamen Entscheidung und der nachfolgenden Verkündung Zeit sparen, aber dann gibt es keine Akzeptanz. Unser Ziel war von vornherein, dass die Sanierung des Haushalts eine Aufgabe aller Bürger in Baden-Württemberg wird. Und die Bürger stehen hinter uns. Wir haben, liebe Frau Vogt, den Kommunen nicht gedroht. Nehmen Sie diese Behauptung bitte zurück.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte sofort zurücknehmen!)

Sie haben vorhin gesagt, wir hätten den Kommunen gedroht. Diese Behauptung ist falsch und stimmt in keiner Weise mit dem überein, was geschehen ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Selbstverständlich!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Wir haben ausdrücklich in Partnerschaft und Respekt

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was Sie unter Partnerschaft verstehen!)

mit dem Gemeindetag, dem Landkreistag und dem Städtetag diese Aufgabe gelöst. Wir haben eine Vereinbarung, unter der die Unterschriften stehen. Ivo Gönner unterschreibt nichts, wenn ihm vorher gedroht worden ist. Das wissen Sie besser als ich. Er unterschreibt, wenn er auch den Inhalt mittragen will und ihn gemeinsam mit den beteiligten Partnern erarbeitet hat. Der Dialog mit den Kommunen ist ganz entscheidend, weil die Kommunen und deren Haushalte uns ebenso wichtig sind, wie es uns unser eigener Landeshaushalt ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben alle wesentlichen Gruppen der Gesellschaft angehört – die Kirchen, den Sport, den Deutschen Gewerkschaftsbund, den Beamtenbund, Kultur und Kunst – und mit ihnen vereinbart, was in dem Entwurf steht. Deswegen werden Sie es nicht erleben, dass – wie in anderen Ländern – Streikende vor der Staatskanzlei erscheinen. In Baden-Württemberg ist die Partnerschaft in der Umsetzung prägend. Pech für Sie und Glück für uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Ergebnisse kann man an diesem Schaubild sehen.

(Der Redner hält ein Schaubild in die Höhe.)

Die wichtigste Aussage darüber, wie gut ein Haushalt ist, ist die Kreditfinanzierungsquote. Sie besagt, welchen Anteil man aus Steuern und Einnahmen aus Abgaben, Gebühren und Beiträgen finanziert und welchen Anteil man über Schuldenaufnahme finanziert. Von 100 €, die in Baden-Württemberg an Ausgaben verzeichnet sind, haben wir im Jahr 2003 6,6 € von der Bank geholt und durch Schulden finanziert, im Jahr 2004 ebenso. Im letzten Jahr waren es noch 5,3 €, in diesem Jahr werden es unter 5 € sein. Im nächsten Jahr brauchen wir zur Finanzierung von 100 € an Ausgaben nur noch 3,1 € von der Bank. Im Jahr 2008 sind es nur noch 2,3 €. Das heißt, dass von 100 € an Ausgaben fast 98 € aus Einnahmen und nur noch 2,3 € durch neue Schulden finanziert sind.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die Deckungslücken sind nicht eingezeichnet!)

Dieser Weg ist der richtige, und wir setzen ihn in den nächsten Jahren unbedingt fort, damit das Ziel, wie angekündigt, erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Kollege Kretschmann hat den Finger in die richtige Wunde gelegt: die Pensionsausgaben. Das stimmt.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Der kennt sich aus!)

Ich darf Ihnen zugute halten, Herr Kretschmann: Bei diesem Thema waren Sie – auch in der Opposition – früher analytisch aktiv als jeder andere. Nur die Behauptung, wir hätten im Haushaltsentwurf keine Vorschläge dazu ge-

macht, ist falsch. Deswegen gehe ich mit einigen Worten ganz konkret darauf ein, wie wir hinsichtlich der Pensionsausgaben in den nächsten Jahren handeln wollen und wie wir erreichen wollen, dass die Pensionsausgabenlast nicht unser Ziel sprengt.

Zunächst einmal sind Pensionen verdient. Ich warne davor – ohne jetzt jemanden konkret zu meinen –, in der Öffentlichkeit eine Debatte zu beginnen, mit der suggeriert wird, dass ein Pensionär etwas bekäme, was ihm nicht zustehe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Jeder, der Deutscher ist, konnte und kann Beamter werden. Viele Jahre lang haben gute junge Leute das Beamtentum abgelehnt und haben auf diejenigen, die Beamte wurden, mit Fingern gezeigt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben!)

Ich will behaupten, dass wir alles tun müssen, damit ein Pensionär weiß, dass er Vertrauensschutz genießt. Das ist ein Teil der Gegenleistung für seine Arbeit. Die Pensionen in Baden-Württemberg werden deswegen auch weiterhin fair bezahlt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Nehmen Sie einen Chemiker mit abgeschlossenem Studium, der die Wahl hat, entweder zur Gewerbeaufsicht zu gehen und dort nach Besoldungsgruppe A 9 bezahlt zu werden oder aber zur BASF zu gehen. Nehmen Sie einen Arzt mit drei Staatsexamina, der die Wahl hat, sich entweder niederzulassen und freiberuflich tätig zu sein oder in Besoldungsgruppe A 13 in einem Landratsamt zu arbeiten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: In Zukunft wird es besser!)

Nehmen Sie einen Polizeibeamten, der mit Realschulabschluss oder mit Abitur in A 7 beginnt, von Blaufelden nach Stuttgart versetzt wird, kaum mehr als Sozialhilfe hat und dann vielleicht mit A 10 in Ruhestand geht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich will behaupten, dass das Lebenseinkommen eines Beamten von seinem ersten Arbeitstag bis zu seinem Tod bzw. dem Tod seines Ehepartners nicht zu hoch ist, sondern maßvoll. Allenfalls müssen wir über die Frage nachdenken, ob das Geld zum richtigen Zeitpunkt ankommt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Deswegen will ich ausdrücklich sagen: Ich setze mich für unsere Pensionäre in Baden-Württemberg ein, die vor 40, vor 50 oder vor 30 Jahren in den Landesdienst eingetreten sind und dies auch in der Gewissheit getan haben, dass sie am Anfang vielleicht ein viel zu geringes Einkommen haben, aber später etwas mehr. Sie haben diese Pension im besten Sinne verdient.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Wo ist die Botschaft?)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Trotzdem reagieren wir. Ab dem 1. April 2007 wird die Jahrespension eines Beamten in Baden-Württemberg von bisher 12,55 Monatsbezügen auf 12,3 Monatsbezüge gesenkt. Das heißt, das Weihnachtsgeld, das schon längst gewöhnlich ausgezahlt wird, beträgt nicht mehr 55 % einer Monatspension, sondern nur noch 30 % – ein Viertel eines Monatsbezugs weniger. Dies ist eine Reaktion auf Ihre Forderung. Deswegen sagen Sie bitte nicht, diese Regierung würde nicht handeln.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Doch!)

Wir reagieren mit richtigen Maßnahmen, weil hier, wie Sie zu Recht sagen, im Grunde genommen eine Schwachstelle unseres Haushalts liegt.

Wir kürzen nicht auf null. Denn eine Kürzung um 55 Prozentpunkte, also des gesamten Weihnachtsgelds, wäre gegen den Vertrauensschutz, den ich erwähnt habe. Diese 30 % auf Dauer haben die Pensionäre in Baden-Württemberg verdient.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber mit der Dynamisierung steigt es wieder an!)

– Die Dynamisierung war bisher geltendes Recht und bleibt geltendes Recht, Kollege Palmer. Ein Blick in die Bundesgesetzgebung sagt Ihnen, dass ein Pensionär schon bisher an jeder Gehaltserhöhung teilgenommen hat. Dies ändert sich nicht, dies bleibt so. Keine Verschlechterung des Haushalts, keine Änderung der Struktur.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sonst können Sie nichts mehr machen! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Zweitens: Ich lade Sie ein: Helfen Sie mit! Wir werden im Februar und im März in der Regierung und in den Regierungsfractionen das Konzept „Pension ab 67“ beraten. Wir warten in diesen Tagen noch den Gesetzentwurf der Bundesregierung ab, aber die Umsetzung durch sie kommt uns zu spät. Wir wollen in dieser Wahlperiode mit entsprechendem Vorlauf und mit Vertrauensschutz, der rechtlich nötig ist, mit dem Einstieg in die längere Lebensarbeitszeit für Beamte beginnen. Ich stelle mir vor, dass schon mit den nächsten Haushaltsberatungen eine um ein Vierteljahr längere Arbeitszeit auf Beamte in Baden-Württemberg zukommt und dass dann in einigen Stufen – aber nicht in 18 Stufen, maximal in 8 – die Umsetzung kommt. Wenn dann in Baden-Württemberg der Pensionseintritt erst mit 67 Jahren erfolgt, wenn also die Lebensarbeitszeit zwei Jahre länger dauert, dann haben wir die wichtigste Veränderung vollzogen, weil mit längerer Arbeitszeit und späterem Pensionseintritt die Personalausgaben deutlich nach unten gehen. Das ist die zweite Antwort auf Ihre Forderung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Drittens: Wir arbeiten derzeit an Konzepten, um einen Pensionsfonds einzuführen. Auch dies legen wir Ihnen im Frühjahr nächsten Jahres vor. Eine entsprechende Aussage haben wir in der Koalitionsvereinbarung gemacht. Die Vorbereitungen laufen. Wir wollen einen Teil der Mehrausgaben untertunneln und diese Finanzierungsaufgabe mit einem Pensionsfonds bewältigen.

Dann zum Stellenabbau: Uns geht es auch um die Pensionsausgaben der Jahre 2040 und folgende,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist der Punkt, wo man ansetzen muss, natürlich!)

damit Ihre und unsere Nachfolger sagen können: „Die haben nicht nur für sich, sondern vorausschauend geplant.“ Wir werden in dieser Wahlperiode über einen weiteren Stellenabbau in den Fachbehörden und in allen anderen Bereichen nachdenken und entsprechend handeln, damit sich dadurch die langfristige Pensionslast etwas verringern lässt.

Abschließend: Richtig wäre es, wenn wir – diese Kompetenz haben wir jetzt – in Stufen das Gehalt in der aktiven Zeit, das Eingangsgehalt für die jungen Beamten etwas erhöhen, damit wir auf dem Arbeitsmarkt attraktiver gegenüber Daimler-Chrysler und der BW-Bank sind, und im Gegenzug die Pensionshöhe etwas absenken. Mein Vorschlag ist bekannt: 10 % am Anfang mehr und 10 % weniger Pension. Dies in Stufen umzusetzen wird ebenfalls mein Ehrgeiz in dieser Wahlperiode sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich danke für die guten Wünsche zum Kovorsitz in der Kommission zur Reform des Föderalismus, bei der es um die Finanzbeziehungen geht. Ich darf Sie – das meine ich sehr ernst – Es gibt Aufgaben, die allein Regierungssache sind, und es gibt Aufgaben, die Landtagsangelegenheiten sind. Es gibt auch Aufgaben, bei denen man gut beraten ist, über die Fraktions- und Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Ich will Sie ausdrücklich bitten – ich spreche die Kollegen Drexler und Kretschmann im Besonderen an –, mich – neben den Regierungsfractionen und neben den Kollegen in der Regierung – zu beraten. Denn ich glaube, dass eine Neuordnung der Finanzbeziehungen und der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland überfällig ist.

Zu glauben, dass es dabei zu Gewinnern und Verlierern kommt, wäre falsch. Zu glauben, dass unsere Kasse prall gefüllt wird und zehn andere dabei verlieren, wird nicht realistisch sein. Wir brauchen intelligentere Antworten und müssen prüfen, wo die konkreten Baustellen sind.

Ich glaube erstens, dass derzeit für die, die nicht sparen, überhaupt keine Anreize zum Sparen bestehen. Wir müssen Anreize schaffen, damit andere Länder dort hinkommen, wo wir sind und wo sie hinwollen. Das ist meines Erachtens ein Erstes, das man beschließen soll.

Zweitens: Ich glaube, dass mehr Länderkompetenzen in der Steuergesetzgebung angebracht sind. Das Aufkommen der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer steht den Ländern und den Kommunen zu. Das wird im Deutschen Bundestag beschlossen. Warum sollte man nicht das Prinzip vorschlagen, dass die Steuern, die in die Landeskassen und in die Kommunalkassen gehen, in den Landtagen dem Grunde und der Höhe nach zu beschließen sind?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ja! Die Jagdsteuer!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Die Kommunen haben ein Hebesatzrecht, das Land praktisch nicht.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir haben bei der Einkommensteuer und bei der Lohnsteuer nur dort eine Spreizung, wo die Kirchensteuer in Deutschland prozentual nicht überall gleich ist. Warum nicht ein Zuschlagsrecht bei der Einkommen- und der Lohnsteuer? Dann könnte ein Land seinen Bürgern sagen: „In den nächsten fünf Jahren führen wir das Ganztagschulwesen ein und erheben dafür einen Zuschlag, und sobald die Gegenleistung erreicht ist, wird der Zuschlag entsprechend wieder abgebaut.“ Ich glaube, dass den Ländern generell mehr Spielräume in der Steuerfestlegung zu übertragen sind. Dies bereite ich in der Kommission vor.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein letzter Punkt: Geld verteilen kann der Bund nicht. Ein Abbau von Standards jedoch, die in Bundesgesetzen festgelegt sind und die die Aufgabenerfüllung den Ländern und Kommunen vorgeben, eine Prüfung von Aufgaben, eine Aufgabenkritik, ein Strukturgesetz des Bundes zur Entlastung von Ländern und Kommunen kostet den Bund nichts, bringt aber uns und unseren Gemeinden viel. Auch darauf arbeite ich hin.

(Beifall bei der CDU)

Ein Haushalt ist immer auch ein Buch, aus dem man den Erfolg oder Misserfolg der Landespolitik herauslesen kann.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So ist es! Genau!)

Ob ein Land erfolgreich ist oder nicht, zeigt sich zuallererst auf dem Arbeitsmarkt. Ich glaube, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt – das Ziel, Beschäftigung für junge Menschen nach der Schule anzubieten, das Ziel, den Arbeitslosen in Arbeit zurückzuholen, das Ziel, durch Erwerbstätigkeit sozial unabhängig zu sein, das Ziel, durch Arbeit Lebensinhalt zu bekommen – und damit die Sicherung einer hohen Beschäftigungsrate die überragende Aufgabe der Politik schlechthin ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Spätherbst haben wir Arbeitslosenquoten, die mehr aussagen als jede Rede, mehr aussagen als jedes Wort. Baden-Württemberg hat eine Arbeitslosenquote von 5,5 %. Seit sechs Jahren hat dieses Land Monat für Monat eine niedrigere Arbeitslosenquote als Bayern. Wir haben die höchste Beschäftigung und die geringste Arbeitslosigkeit. Im November vorigen Jahres betrug die Arbeitslosenquote 6,7 %. Wir haben die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres um 1,2 Prozentpunkte reduziert. Obwohl die Zahl der Menschen, die hier leben, wächst, obwohl Baden-Württemberg Zuwanderung hat, obwohl die Menschen hierher drängen, weil es hier Arbeit gibt, senken wir den Umfang der Arbeitslosigkeit. Niedersachsen hat 9,4 %, Nordrhein-Westfalen 10,3 %, Hessen 8,2 %, Bayern 5,8 % und Baden-Württemberg 5,5 %. Dies hat zuallererst mit dem Fleiß der Arbeitnehmer und mit treuen Arbeitgebern zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: So ist es!)

Die Politik kann aber auch nicht ganz falsch gewesen sein. Die Politik für Bildung, die Politik für Forschung, die Politik für Wissenschaft, die Politik für Infrastruktur, die Politik für Wirtschaftsförderung unserer Kommunen und des Landes kann nicht so falsch gewesen sein, wenn Baden-Württemberg seit sechs Jahren über die weitaus beste Arbeitsmarktlage verfügt. Auch daran arbeiten wir weiter. Bitte stören Sie uns nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir leben in einer Demokratie! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Frau Haußmann ist aufgewacht! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Opposition kann nach Hause gehen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nicht stören! – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann CDU und Birgit Kipfer SPD – Weitere Zurufe und Unruhe)

Im Haushalt haben wir erste Zahlen für Stuttgart 21 eingestellt.

(Unruhe)

Gestatten Sie mir zum Thema „Schiene und Baden-Württemberg“ ein offenes Wort: Das Grundproblem besteht nach meiner Überzeugung darin, dass der Bund mit den derzeit im Bau befindlichen Schienenmaßnahmen seine Haushalte der nächsten zehn Jahre zu 100 % verplant hat. Das heißt, dort, wo derzeit in Deutschland gebaut wird, sind Aufträge vergeben, die im Grunde genommen den gesamten Schieneninvestitionshaushalt bis Ende des Jahres 2016 binden. Dies ist für ein Industrieland wie Deutschland eigentlich unwürdig und entspricht nicht dem, was für die Mobilität in Deutschland notwendig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ab Mai fährt der TGV auch Straßburg an. Er erreicht mit einem Tempo von 340 Stundenkilometern, vom Gare de l'Est in Paris kommend, den Rhein. Die Rheinbrücke wird vielleicht noch gebaut, aber danach kommt lange nichts. So, wie die Brücke zwischen Konstanz und Kreuzlingen eine Peinlichkeit für uns war, entsteht wiederum eine Peinlichkeit. In Österreich ist die Trasse bereits gebaut; in Ungarn wird sie gebaut. Nur in Baden-Württemberg hat der Bund nicht das gemacht, was Europa zu Recht erwarten kann.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schweinerei!)

Dies werfe ich dieser Bundesregierung und auch ihrer Vorgängerregierung vor.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem der!)

Die Bundesregierung muss wissen, dass sie gerade im Jahr der deutschen Ratspräsidentschaft mit diesem Haushalt ihrer Verantwortung für die Schiene nicht gerecht wird. Deswegen arbeiten wir daran.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Drei große Trassen stehen im Mittelpunkt. Die eine ist Frankfurt-Mannheim. Deren Finanzierung wird am ehesten möglich sein. Die zweite ist die Rheintalbahn, wo es derzeit zuallererst um Trassenfestlegung, um Lärmschutz, um Abstandswahrung, um kommunale Interessen, um Tieferlegun-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

gen, Umfahrungen und Tunnels geht. Dort geht es noch nicht um die Finanzierung.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Aber klar ist: Mit dem, was an Wünschen und berechtigten Forderungen aus Rastatt, Offenburg und Freiburg kommt – viele andere kommen noch hinzu –, wird noch stärker deutlich, dass der Bundeshaushalt von Merkel, Tiefensee und Steinbrück nicht den Realitäten im Land entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: Was macht denn das Land? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was tun denn Sie?)

– Etwas mehr als Sie, Frau Kollegin!

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dazu gehört gar nicht so viel! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Frau Haußmann, bitte nicht stören! – Heiterkeit)

Wir werden es im März ja sehen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich möchte wissen, was Sie tun! Sagen Sie es!)

Meine Aufgabe ist es, die Bundesregierung zu überzeugen. Dies wird mir gelingen. Wenn Sie bei Herrn Tiefensee vergleichbar erfolgreich sind, haben wir Erfolg und Glück.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Das dritte Großprojekt ist die Strecke Stuttgart–Wendlingen–Ulm. Dass wir hier drängen, hat mit einem einzigen Faktor zu tun: Im Frühjahr nächsten Jahres läuft die Anmeldefrist für eine Förderung seitens der Europäischen Union ab. Dies ist ein TEN-Projekt wie kein anderes. Es ist das Rückgrat Europas zwischen West und Ost. Deswegen brauchen wir eine Aussage, eine Zusage, eine Entscheidung des Bundes, damit durch die Anmeldung in Brüssel die Förderung der Schieneninfrastruktur zwischen Stuttgart und Ulm mit einer Kofinanzierung von 10 bis 20 % möglich wird. Indem wir jetzt dort drängen, sagen wir nicht, dass anderes nachrangig wäre. Aber nur mit dieser Trasse haben wir in Brüssel eine Chance. Deswegen hat dies im Augenblick zeitlich Vorrang vor allem anderen, damit dem Bund und auch dem Land die entsprechende Finanzierung durch die Europäische Union erleichtert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jawohl!)

Die Kollegin Vogt schlug vor, die Verantwortung für Bildung und Betreuung zu trennen – ein Vorschlag, den Herr Klotz vor einigen Jahren ebenso gemacht hat.

(Abg. Ute Vogt SPD: Der Städtetag Baden-Württemberg macht den Vorschlag!)

– Klotz war hauptamtliches Vorstandsmitglied des Städtetags. Genau deswegen erwähne ich ihn. Das war seine Idee.

Ich widerspreche aber der Sache inhaltlich voll und ganz. Ich glaube, dass das Land mit den Kommunen, den Kirchen

und den freien Trägern mehr denn je in gemeinschaftlicher Verantwortung für Bildung, Erziehung und Betreuung ist und eine Trennung der Trägerschaft nicht zum Erfolg beiträgt, sondern eher schädlich ist.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Siehe Schulsozialarbeit!)

Beispiele: Im ländlichen Raum ist doch bei der Ganztagsbetreuung eine Zahl zwischen drei und zehn der Maßstab, damit auch mit wenigen Kindern Betreuung stattfinden kann. Der Kindergarten wird zur Kinderschule. Bei der frühkindlichen Bildung muss sich das Land beteiligen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Dafür taugt der Begriff aber nicht!)

Noch einen Satz, Kollegin Vogt: Sie haben in der damaligen Bundesregierung mit Hartz IV und der Übernahme der Kosten der Unterkunft ein Versprechen gemacht. Sie wollten, dass die Kleinstkinderbetreuung, die Betreuung für die Ein- bis Dreijährigen, den Kommunen leichter möglich wird, indem 2,5 Milliarden € dafür – scheinbar – vorgesehen sind. Diese kommen aber nicht an.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ja, weshalb denn?)

– Weil die Mittel zu gering sind, weil der Bund zu wenig gibt.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Unruhe)

Wir haben bei Steinbrück und Müntefering mühsam eine Verdoppelung erreicht. Aber klar ist doch Folgendes: Wer wie Sie im Bundeshaushalt Mittel für die Förderung der Ein- bis Dreijährigen vorsehen will, der mischt sich genau dort ein, wo Sie jetzt den Rückzug vorschlagen. Was Sie vor zwei Jahren gemacht haben, ist das Gegenteil dessen, was heute hier von Ihnen vorgeschlagen worden ist.

Kurzum: Ich behaupte, dass Bildung, Betreuung und Erziehung eine Gemeinschaftsaufgabe sind. Wir brauchen die Kommunen, und die Kommunen brauchen uns. Deswegen wollen wir in den nächsten Jahren nicht trennen, sondern kombinieren, damit in gemeinsamer Verantwortung gute Bildung, mehr Betreuung und gute Erziehung im Kinderland Baden-Württemberg möglich bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Zur Hochschulpolitik:

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sanierungsbedarf in Milliardenhöhe!)

Mit dem Doppelhaushalt ist Baden-Württemberg weiter als jedes andere Land. Wir haben früher als andere auf die Studierendenzahl reagiert. Wir haben in einem einmaligen Prozess die Hochschulen und die Wirtschaft an unserer Entscheidung beteiligt, wohin der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg und zuvor die akademische Bildung gehen sollen. „Hochschule 2012“ und „Arbeitsmarkt 2015“ sind die Überschriften für ein tragfähiges Gesamtkonzept.

Jetzt bereiten wir einen Solidarpakt vor. Wir wollen, dass für alle Hochschulen – nicht nur für die Universitäten – für

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

acht Jahre Klarheit besteht. Wir bieten allen Hochschulen in Baden-Württemberg einen Solidarpakt II an, damit für die verantwortlichen Gremien in den Hochschulen für acht Jahre Vertrauensschutz und Planungssicherheit hinsichtlich der fundamentalen Grundlage der Finanzierung bestehen.

Auf den Solidarpakt II bauen wir den Masterplan auf: 20 Millionen € im nächsten Jahr, 40 Millionen € im Jahr 2008 und 150 Millionen € im Endausbau. Das Fundament mit dem Solidarpakt und dem darauf aufbauenden Masterplan bildet die beiden Grundlagen, damit gute akademische Bildung mit mehr Köpfen in Baden-Württemberg finanzierbar bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sanierungsdefizit in Milliardenhöhe!)

Indem wir beides für die nächsten Jahre vereinbaren und beschließen, wird deutlich, dass die Studiengebühr, wenn sie kommt, obendrauf kommt als dritter Faktor für gute Betreuung, für eine bessere Relation zwischen den Dozenten und denen, die studieren.

Und viertens: Dann kommt es noch zum „Hochschulpakt 2020“ der Bundesregierung. Wir werden in den nächsten Wochen entscheiden, wofür diese Mittel einzusetzen sind. Aber auch diese kommen nicht primär dem Haushalt zugute, sondern zuallererst der Hochschule.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nur für die Hochschule! – Abg. Johannes Stober SPD: Nur für die Hochschule, schreibt der Wissenschaftsminister!)

– Ganz ruhig, Herr Kollege. – Mit diesen Bausteinen werden wir erreichen, dass bei jedem Ranking, bei jeder Exzellenzinitiative die Hochschulen in Baden-Württemberg vor allen anderen in Deutschland stehen. Auch dies sollte Sie freuen. Es ist ein Zeichen dafür, dass die Hochschulförderung in Baden-Württemberg so schlecht nicht aufgestellt sein kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Rau war verunsichert, als Sie, Frau Vogt, sagten, dass wir für berufliche Bildung in Baden-Württemberg nur 21 Cent pro Kopf ausgaben. 10,7 Millionen – die Einwohnerzahl unseres Landes – mal 21 Cent macht rund 2,5 Millionen € in Baden-Württemberg. 2,5 Millionen € ergeben 40 Lehrerstellen. Das entspricht einer Berufsschule.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rechnen sollte man können!)

Meine Bitte ist: Bereiten Sie sich etwas besser vor.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Peinlich, peinlich!)

Unser Erfolgskurs bleibt klar: sparen und investieren. Sparen mit Maß, aber mit klarem Ziel – kein Kahlschlag – und daneben Investitionen, damit Baden-Württemberg vorne bleibt, die Nullneuerschuldung einerseits, mehr Wachstum der Wirtschaft andererseits, der beste Arbeitsmarkt und hohe Lebensqualität – dies werden die überragenden Ziele unserer Regierung sein.

Ich danke der CDU und der FDP/DVP. Sie stehen dahinter. Wir setzen unseren Erfolgskurs fort.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Bravo-Rufe von der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir hätten noch gern mehr, Herr Ministerpräsident! – Zurufe von der SPD: Vorhang!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung Frau Abg. Vogt das Wort. Ich mache allerdings – da es in diesem Paragraphen keine Redezeitbeschränkung gibt,

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja, ich brauche nicht so lange!)

wir anschließend noch einen weiteren Tagesordnungspunkt behandeln und heute Mittag drei Ausschusssitzungen stattfinden – den Vorschlag, keine Mittagspause einzulegen, sondern durchzutagen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Weiter schlage ich vor, den Fraktionsvorsitzenden jeweils eine Redezeit von 15 Minuten einzuräumen.

(Unruhe)

– Man muss diese Redezeiten nicht ausnützen. Ich will aber nicht das Rederecht der Fraktionsvorsitzenden beschränken. – Die 15 Minuten Redezeit wurden akzeptiert.

(Zurufe, u. a. Abg. Marianne Wonnay SPD: Bis zu!)

Das Wort hat Frau Abg. Vogt.

Abg. Ute Vogt SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident und sehr geehrter Herr Minister Rau, ich kann gerne sogleich Ihren Wissensdurst stillen. Ich wundere mich aber schon, dass der zuständige Kultusminister offenbar nicht die Berichte seiner Vorgängerin und immerhin der Bundesministerin für Bildung und Forschung zur Kenntnis nimmt, denn daraus habe ich zitiert.

Es ging um die Frage, wer besondere Anstrengungen im Bereich der beruflichen Bildung unternimmt. Die Programme der Länder zur finanziellen Förderung der Berufsausbildung führen bei uns zu einem Betrag von 21 Cent pro Kopf. Das war die Vergleichszahl. Die Frage war nicht, wie viele Berufsschulen oder wie viele sonstige Ausbildungsstellen wir zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es ist sattem bekannt, dass Sie eine Vorliebe für Monarchien besitzen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das Land hat ja auch schon darunter gelitten. Aber ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie die Arbeit, die hier von Abgeordneten aller Fraktionen geleistet wird,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

schon im Vorhinein als störend abqualifizieren.

(Ute Vogt)

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Er hat Herrn Mappus gemeint!)

– Möglicherweise haben Sie auch in Ihren eigenen Reihen bestimmte Leute gemeint, die Sie besonders stören.

(Abg. Karl-Heinz Joseph SPD: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Genau! – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Hagen Kluck FDP/DVP)

Aber ich denke, man muss sich auch als Ministerpräsident eines Landes, der nicht mit absoluter Mehrheit, sondern mit einem Koalitionspartner regiert, der eine andere Partei vertritt,

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

klarmachen, dass es, verfassungsrechtlich festgelegt, einen Unterschied zwischen der Legislative und der Exekutive gibt. Das eine ist die gesetzgebende Gewalt des Staates – das sind wir hier im Parlament –,

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

und das andere ist die ausführende Gewalt. Das heißt, Sie werden hier nicht gestört. Vielmehr wäre ohne das Parlament überhaupt keine Regierungstätigkeit möglich.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber ohne die SPD sehr wohl!)

Das muss man als gewählter Ministerpräsident anerkennen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Karl-Heinz Joseph SPD: Vielleicht stört Herr Mappus! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Arroganz der CDU!)

Ich halte es für ein sehr grundsätzliches Problem, wenn Sie meinen, mit der Gewaltenteilung, die man aus gutem Grund und zu Recht eingeführt hat, so umgehen zu müssen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Darauf kommen wir beim nächsten Tagesordnungspunkt zurück! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Beim nächsten Tagesordnungspunkt werden wir dieses Thema sicherlich wieder aufnehmen. Ich denke, wir haben noch Gelegenheit, uns darüber auszutauschen.

Ich kann auch verstehen, dass Sie es angesichts des Auftritts Ihres Kollegen, Herrn Mappus, als notwendig angesehen haben, noch einmal selbst zu sagen, welche Überlegung und welche Intention hinter einem solchen Haushalt wirklich stehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Das ist sicherlich nachvollziehbar, auch wenn es ein bisschen verwunderlich ist, dass man als Ministerpräsident die Aussprache der Fraktionen entsprechend nutzen muss.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Stefan Mappus: Warum das denn? Das war noch nie anders! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich finde es erfreulich, dass Sie hier wenigstens auch noch einmal ein paar Grundlinien deutlich gemacht haben, die zuvor im Gefecht der Polemik bei dem einen oder anderen untergegangen sind.

(Beifall des Abg. Stephan Braun SPD)

Ich möchte deshalb aus unserer Sicht noch einmal zu dem zurückkehren, was ich vorhin angeboten habe, nämlich eine verantwortungsvolle parlamentarische Auseinandersetzung über die unterschiedlichsten Vorschläge, die sich in diesem Haushalt wiederfinden.

Es geht mir darum, dass wir uns die Chancen und die Risiken ehrlich vor Augen führen. Das Risiko des Pensionsfonds haben wir angesprochen. Das haben Sie auch bestätigt.

Ich habe vorhin schon einmal daran erinnert: Es gibt noch ein zweites Risiko. Ich habe nicht umsonst zitiert, was Kollege Stratthaus im Jahr 1999 schon einmal gesagt hat, weil wir uns damals in Baden-Württemberg in einer ähnlichen Situation befanden, weil wir damals froh waren, dass wir mit umgerechnet 511 Millionen € eine geringe Neuverschuldung hatten. Im Jahr 2000 betrug sie 410 Millionen €. Das war der Tiefststand.

Dann hatten wir eben nicht das Glück, dass unsere Wünsche, wie Sie sie heute wieder geäußert haben, nämlich dass die Steuereinnahmen ewig so weitersprudeln wie bisher, in Erfüllung gingen. Es folgten das Jahr 2001 mit einer Neuverschuldung von 1,2 Milliarden €, 2002 mit 1,8 Milliarden € und 2003 mit 2 Milliarden € und schließlich 2005 mit 1,7 Milliarden €. Das sind doch die Tatsachen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Es reicht eben nicht aus, wenn sich ein Haushalt nur auf einmalige Effekte stützt.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das ist der Grund dafür, dass wir uns ganz entschieden für strukturelle Reformen auch in Baden-Württemberg einsetzen wollen. Denn es ist ja positiv, wenn wir uns beschränken wollen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist aber arg schwach!)

Es ist richtig, wenn wir gemeinsam das Ziel verfolgen, die Neuverschuldung auf null zu senken und für das Jahr 2011 einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das Ziel sind Überschüsse!)

Da können Sie uns alle ernst nehmen, da wir das schon seit vielen Jahren verfolgen und dazu auch immer wieder Vorschläge machen.

Wenn Sie den Haushalt konkret anschauen, dann sehen Sie das Problem, dass er nicht nachhaltig ist. Das niedrige Zinsniveau z. B. erspart uns 360 Millionen €, die Sonderauschüttungen der L-Bank 206 Millionen €, die Entnahme aus dem Grundstock für Immobilienverkäufe 130 Millionen € – das ist zumindest veranschlagt –, 15 Millionen € kommen aus dem Forstgrundstock, die Finanzierungsraten Baufinanz

(Ute Vogt)

haben Sie gestreckt um 80 Millionen €, und Stuttgart 21 haben Sie aufgrund zwingender Notwendigkeit verschoben und damit 40 Millionen € eingespart. Das sind zusammen mit der Verwendung der Steuermehreinnahmen 1,3 Milliarden €. Das alles inklusive der Steuermehreinnahmen sind Einmaleffekte. In dieser Haushaltsdebatte geht es eigentlich darum, dass wir uns nicht nur Gedanken machen, wie wir die Dinge verteilen können, die uns einmalig zufließen, die wir einmalig mobilisieren können, sondern dass wir uns gemeinsam hier im Haus anstrengen, um zu schauen, wo Dinge sind, die wir grundsätzlich verändern können, die wir heute verändern müssen, damit wir auch in den nächsten Jahren zu Einsparungen kommen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Da sind wir auf Ihre Vorschläge gespannt, Frau Kollegin! Da können Sie einmal eine Liste vorlegen! – Abg. Stefan Mappus CDU: Nennen Sie doch einmal Vorschläge und Zahlen!)

Das ist es, was wir Ihnen abgefordert haben, und nicht die Lobhudelei und vor allem keine Blauäugigkeit in Bezug auf die künftige Haushaltssituation; denn auf die Steuereinnahmen haben wir uns schon öfter gefreut.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ja Gott sei Dank Gelegenheit, diese Debatte zu führen, und ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass wir in den Fraktionsklausuren – ich hoffe, dass da alle dabei sind –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht bei uns!)

genau solche Vorschläge erarbeiten und dann hoffentlich hier gemeinsam auch möglichst vieles beschließen werden.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Ich möchte Ihnen abschließend nur noch einen Hinweis zu der Geschichtsklitterung geben, die Sie in Bezug auf das Thema „Verdienste der rot-grünen Bundesregierung“ versucht haben. Ich kann mich gut daran erinnern, wie das damals mit vielen Reformvorhaben war, die wir gern durchgesetzt hätten. Ich kann mich gut daran erinnern, dass sich das Land Baden-Württemberg damit gebrüstet hat, dass man damals z. B. verhindert hat, den Subventionsabbau zurückzufahren.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aha, aha!)

Sie haben die Blumenzwiebel, die Vatertierhaltung und die Tiernahrung vor einer vernünftigen Besteuerung gerettet.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aha! Sie wollten Steuern erhöhen durch die Hintertür!)

Das sind alles Subventionstatbestände. 71 an der Zahl waren im Bundesrat zur Abschaffung vorgeschlagen. Das heißt, Sie haben mitnichten Reformen vorgebracht, sondern Sie haben alles dazu getan, um zu blockieren, um am Ende eine Neuwahl zu erreichen. Das ist gelungen.

(Lachen der Abg. Stefan Mappus und Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist ja absurd, Frau Kollegin!)

Sie können nicht bestreiten, dass Sie viel getan haben, um zu verhindern, dass wir sehr viel früher und sehr viel schneller in Deutschland vorangekommen wären.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Der wahre Oppositionsführer! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Ihr Kooperationsangebot, bei der Föderalismusreform mitzuarbeiten, nehme ich gern an. Wir werden das auch in Zukunft so gestalten, wie wir das bisher gemacht haben, nämlich im Interesse des Landes Baden-Württemberg, aber auch ganz Deutschlands die Verhältnisse jetzt beim Finanzausgleich, bei den Möglichkeiten, eigene Steuern für das Land zu generieren, aber auch die Zuschlagsmodelle auf die bestehenden Gemeinschaftsteuern durchzubekommen. Das Angebot nehmen wir gern an. Allerdings müssen wir natürlich sehen, dass durch das Maßstäbegesetz der ganze Finanzausgleich bis 2019 festgezurrt ist und es sehr schwierig werden wird, sodass wir darauf hoffen, wenigstens bei der Einführung von Schuldenbegrenzungen in der Bundesverfassung, in den Länderverfassungen einen Schritt voranzukommen.

Allerdings, Herr Ministerpräsident, war Ihre Ansage an die anderen Länder, sie sollten ihre Sonderzahlungen bei den Beamten ganz streichen, glaube ich, nicht der richtige Introitus für die Föderalismuskommission II. Genau das ist ja das Problem gewesen: dass die finanzschwachen Länder Angst haben, dass die finanzstarken ihnen durch solche Maßnahmen z. B. die guten Beamten abwerben. Wenn dieser Eindruck entsteht, werden Sie in der Föderalismuskommission nichts erreichen und mit dem Gepolter, das Herr Kollege Mappus gegen diese Länder losgelassen hat, schon gar nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Nur gegen ein Land! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich möchte jetzt noch einmal auf das Problem der Pensionslasten eingehen.

Erstens habe ich nicht behauptet, Sie hätten nichts gemacht. Ich habe vielmehr gesagt, Ihre Maßnahmen, nämlich die Kürzungen der Sonderzahlungen von 55 auf 30 % bei den Versorgungsempfängern, reichen nicht aus, um einen nachhaltigen Pfad bei den Pensionen zu beschreiten. Die Kürzungen betragen 123 Millionen €. Das ist natürlich eine dauerhafte Einsparung. Aber wir glauben, dass das nicht ausreicht. Sie müssen erst einmal Gegenkonzepte vorlegen, die das widerlegen.

Auch Ihr Vorschlag, die Arbeitszeit in Zukunft schrittweise zu verlängern, wird erst sehr spät Effekte zeigen. Die Pensionslasten werden aber bis zum Jahre 2010 schon um ein Drittel angewachsen sein. Wir müssen also schon jetzt handeln.

(Winfried Kretschmann)

Deswegen haben wir den Vorschlag gemacht, die Sonderzahlungen für Pensionäre im höheren und gehobenen Dienst – darin ist ja eine soziale Komponente für diejenigen, die ganz wenig verdienen, enthalten – ganz zurückzufahren. Wir glauben, dass das richtig ist.

Zweitens schlagen wir vor, gar nicht an die Pensionen zu gehen. Wir haben keinen Vorschlag gemacht, die Pensionen zu kürzen. Ich behaupte vielmehr: Unsere Vorschläge, die Beihilfen auf das Niveau der aktiven Beamten zu senken und damit auf ein Tableau zu bringen, das alle in der Gesellschaft – auch die Rentner – in gleicher Weise betrifft, sind zumutbar und gerechtfertigt. In Wirklichkeit ist das, wenn man es sich genau anschaut, nicht mehr als eine Standardsenkung. Wenn die Versorgungsempfänger mit den PKVs die Tarife abschließen, die den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen entsprechen, dann müssen sie dabei nicht mehr bezahlen. Ich glaube, das sind zumutbare Einschnitte, die im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Gerechtigkeit notwendig und erforderlich und zugleich wichtig sind, um die Pensionen im Kern auch für die Zukunft zu sichern. Darum geht es nämlich gerade.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen muss ich mich strikt dagegen verwahren, dass behauptet wird, das seien irgendwelche beamtenfeindlichen Beschlüsse. Nein, es ist der Versuch,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Noll, zuhören!)

das Vertrauen, das bei den Bediensteten im öffentlichen Dienst zurückgegangen ist, endlich wiederherzustellen, indem wir nur solche Versprechungen machen, die wir absehbar auch einhalten können.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Was Vertrauen zerstört, ist, immer so zu tun, als könne bei der gesamtgesellschaftlichen Lage und der demografischen Entwicklung der gewaltige Aufwuchs bei den Pensionen so weitergehen. Man wird diese Versprechen, wenn es dann eng wird – und es wird eng –, wieder brechen müssen. Das zerstört Vertrauen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: So ist es!)

Vertrauen in soziale Verabredungen kann nur entstehen, wenn die Leute endlich wieder das Gefühl haben, die Politiker machen Versprechungen, bei denen sie auch für einen absehbaren Zeitraum – das muss hier bis 2030 sein – nachgerechnet haben, ob sie sie auch einhalten können. Das haben wir gemacht. Deswegen und aus keinem anderen Grund machen wir diese Vorschläge.

(Beifall bei den Grünen)

Den Vertrauensschutz nach Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes, auf den die Beamtenschaft pocht, wonach die Alimentation nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums zu erfolgen hat, werden wir allerdings nicht einhalten können. Das halte ich für völlig ausgeschlossen. Genauso, wie die Rentner Nullrunden hinnehmen mussten, wird es auch bei den Beamten sein müssen. Auch dort wer-

den wir auf ein Niveau kommen müssen, das wir erkennbar auch finanzieren können.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich habe nicht gesagt, Sie hätten nichts getan, sondern ich habe gesagt: Das, was Sie tun, reicht für einen Nachhaltigkeitspfad bei den Pensionen nicht aus. Darum muss es gehen.

Ihren Vorschlag, die Arbeitszeit zu verlängern, können wir quantitativ nicht beziffern. Wenn, dann greift er aber erst spät.

Drittens: Wenn Sie einen Pensionsfonds anlegen, dann wird der auch erst sehr spät wirksam; denn den müssen Sie ja ganz allmählich aufbauen, ganz abgesehen davon, dass er auch erkleckliche Haushaltsmittel erfordert, weil wir die Mittel selbst aus dem Haushalt erwirtschaften müssen.

Deshalb sind die Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, glaube ich, richtig.

Bitte bringen Sie nicht das Beispiel der Polizeibeamten; denn die Polizeibeamten sind von unserem Vorschlag überhaupt nicht betroffen. Die Polizeibeamten haben freie Heilfürsorge und zahlen jetzt, wenn ich richtig informiert bin, 20 € pro Monat. Sie sind also von dem Vorschlag, bei den Beihilfen auf das allgemeine Niveau zu gehen, gar nicht betroffen. Das haben wir durchaus bewusst so vorgeschlagen, weil bei der Polizei nur 1,7 % überhaupt im höheren Dienst sind. Die Gruppe der Polizeibeamten ist also eine Gruppe von öffentlich Bediensteten, die nicht gerade sehr hoch bezahlt wird. Die freie Heilfürsorge macht bei den Polizeibeamten ungefähr eine Gehaltsstufe aus. Aber mit Rücksicht auf den niedrigen Plafond bei den Einkommen der Polizisten haben wir auf Kürzungen verzichtet. Sie sind von unserem Vorschlag gar nicht betroffen.

Was wir bei den Statusfragen der Beamten in Zukunft machen, unterliegt einer Dienstrechtsreform und betrifft dann auch nur die Beamten, die wir ab diesem Zeitpunkt ins Beamtenverhältnis übernehmen. Die gegenwärtigen kann das also gar nicht betreffen.

Ich denke also, dass wir sehr richtig liegen und dass wir das im Blick auf die Gesamtentwicklung unserer Haushalte machen müssen.

Einen Punkt konnte ich übrigens gar nicht behandeln, nämlich Teil 3 der Verschuldung, der sich daraus ergibt, dass wir einen gewaltigen Sanierungsrückstand bei den öffentlichen Gebäuden haben. Wir haben einen Sanierungsrückstand von 2,5 Milliarden € bei den Universitäten und von 500 Millionen € bei den Fachhochschulen. Für den Abbau dieser Rückstände haben Sie überhaupt kein Konzept. Sie haben keine Strategie, wie wir diese Sanierungsrückstände aufholen sollen. Warum? Weil Sie mit den Immobilienverkäufen aus dem Grundstock ganz allgemein Haushaltslöcher stopfen, statt die Erlöse aus diesen Verkäufen dafür einzusetzen, den notwendigen Bestand an Immobilien etwa im Hochschulbereich zu sanieren. Das wäre die richtige Strategie gewesen, um das Vermögen des Landes zu erhalten. Das machen Sie nicht, und das ist ein Fehler.

(Beifall bei den Grünen)

(Winfried Kretschmann)

Man sieht also: Es gibt noch einen Haufen Baustellen, die Sie noch gar nicht bearbeitet haben. Wenn man die alle berücksichtigt, wird man um unsere Vorschläge nicht herumkommen. Das prophezeie ich Ihnen.

Deswegen sind wir überhaupt nicht bedrückt, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Wenn Sie Vorschläge von uns übernehmen – wie beispielsweise den, jetzt endlich beim Abspecken der Sonderzahlungen einzusteigen –, sind wir überhaupt nicht bedrückt. Wir sind hier seit 25 Jahren in der Opposition.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das bedrückt schon!)

Wir können ja nicht absehen, wann sich das ändert. Unsere Strategie als erfahrene Oppositionsfraktion ist, eine Oppositionspolitik zu machen, die die Regierung vor sich herreibt. Das ist uns vielfach gelungen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh!)

Wir wollen zwar nicht in der Opposition bleiben, aber solange wir in der Opposition sind, machen wir sie fröhlich und konstruktiv. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei den Grünen)

Mit der FDP/DVP ist es natürlich harmonischer wie mit uns. Das ist klar.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: „Als“, Herr Kollege, „als“! – Weitere Zurufe)

– „Wie“ ist ein schwäbisches Idiom; das lasse ich mir von Ihnen nicht absprechen.

(Unruhe)

Natürlich ist es mit der FDP/DVP wohliger und geruhsamer. Denn der Kollege Theurer macht seine radikalen Haushaltsvorschläge immer zwischen den Haushaltsberatungen.

(Große Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut! Zugabe! Ausgezeichnet!)

Damit lässt sich natürlich gut leben.

(Heiterkeit)

Da will die FDP/DVP den „Staatsanzeiger“ privatisieren, damit sie zeigen kann, dass sie hier auch Politik macht – obwohl die Frage, ob der „Staatsanzeiger“ privatisiert wird oder nicht, für das Land Baden-Württemberg so wichtig ist, wie wenn in Peking ein Reissack umfällt.

(Heiterkeit – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die Waschanlage nicht vergessen!)

Ab und zu jagt die FDP/DVP Ihnen einmal einen Sonntag ab. Na gut, damit kann man natürlich sehr gemütlich leben.

Sollten Sie doch einmal mit uns koalieren, was ich Ihnen empfehlen würde,

(Heiterkeit)

dann wird es etwas anstrengender, aber für das Land kommt mehr dabei heraus.

(Beifall bei den Grünen – Lebhaftige Heiterkeit – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wer's glaubt, wird selig, Herr Kollege Kretschmann!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

(Abg. Thomas Blenke CDU zu Abg. Stefan Mappus CDU: Aber keine Zusage an den Kollegen Kretschmann machen!)

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe, Herr Kretschmann, darauf hingewiesen, dass uns das, was Sie vorhin angesprochen haben, nämlich das Thema Vertrauen, sehr wichtig war. Deshalb war es uns auch wichtig, dass wir mit den Beamten, mit unseren Mitarbeitern, mit den Gewerkschaften, den Kirchen und Sportvereinen und mit allen, die im gesellschaftlichen Leben eine wichtige Rolle spielen, eine gemeinsame Vereinbarung hinkommen. Das bedeutet Vertrauen.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Das Vertrauen ist unter anderem darin begründet, dass wir deutlich gemacht haben, dass es nicht um ein halbes Jahr oder um ein Jahr oder um diesen Doppelhaushalt geht, sondern um diese Legislaturperiode.

Herr Kretschmann, ich erkenne an, dass Sie im Gegensatz zu anderen konstruktive Vorschläge machen. Aber es wird in dieser Legislaturperiode keine Abänderung der Vereinbarung geben, weil genau dies ein Missbrauch des Vertrauens wäre, denn wir haben für die gesamte Legislaturperiode geplant.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eines erwähnen, Herr Kretschmann: Es ist nicht korrekt – Sie wissen das –, wenn wir Pensionäre mit Rentnern vergleichen. Das ist nicht nur deshalb nicht korrekt, weil es juristisch falsch ist – Sie wissen, dass für Beamte das Alimentationsprinzip gilt –, sondern es handelt sich auch um völlig unterschiedliche Strukturen.

Wir wissen, dass Beamte im aktiven Dienst nicht übermäßig gut bezahlt sind. Wir wissen, dass wir Beamte in den vergangenen Jahren immer überdurchschnittlich belastet haben – egal ob aktive Beamte oder Pensionäre –: Das Urlaubsgeld wurde gestrichen, das Weihnachtsgeld gekürzt, es gab verspätete und geringere Erhöhungen.

Deshalb wäre es ein Missbrauch von Vertrauen, jetzt analog zu der Entwicklung bei den Rentnern auch bei den Pensionären noch einmal massiv vorzugehen. Das ist mit uns in den nächsten fünf Jahren im Hinblick auf den Vertrauensschutz für diese Vereinbarung nicht zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Stefan Mappus)

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen. Ich habe gelesen, dass Herr Metzger vorschlägt, in den nächsten Jahren 20 000 Stellen im Landesdienst einzusparen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja! – Zuruf von der CDU: Wo? – Zuruf von der SPD: Strukturen!)

Wir sind für Vorschläge offen. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren in der Kernverwaltung 13 % des Personals abgebaut haben.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Strukturen verändern!)

Im früheren Umwelt- und Verkehrsministerium, in dem ich sechseinhalb Jahre lang tätig war, waren es mehr als 20 %. Ich kann nur sagen: Wenn Sie schon derart viel Personal abgebaut haben, können Sie bestenfalls noch weiter gehen, wenn Sie im Bereich von Bürokratieabbau und strukturellen Veränderungen

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ja!)

Gewaltiges erreichen.

Wir sind zu Bürokratieabbau bereit. Aber Sie wissen auch – das müssen Sie der Fairness halber anerkennen –, dass mehr als 80 % dessen, was den ganzen Aufwand verursacht, nicht in der Gesetzgebungskompetenz des Landes liegt. Deshalb ist es nicht ganz fair, es sich so einfach zu machen und zu sagen: „Wir blasen mal 20 000 Stellen weg,“ – was übrigens auch juristisch gar nicht so einfach geht – „und das war es dann.“ Wir sind gerade beim Thema Bürokratieabbau, wo wir unbestritten Nachholbedarf haben, bereit, in den nächsten Jahren massiv heranzugehen.

Ein dritter Punkt: Herr Kretschmann, Sie haben auch ein Thema angesprochen, das uns in den nächsten Jahren mit Sicherheit stark beschäftigen wird, nämlich die Frage, wie man entsprechend dem demografischen Wandel – Stichwort: Entwicklung der Schülerzahlen – in den ländlichen Regionen vorgehen soll. Sie haben den Vorschlag gemacht, Grund- und Hauptschulen zu schließen, größere Einheiten zu bilden und dadurch – immerhin ein konstruktiver Vorschlag – auch Finanzmittel einzusparen. Auch darüber wird man reden müssen.

Aber betrachten wir bei allem bitte eines: Die große Stärke des Landes Baden-Württemberg liegt darin, dass wir im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, auch im Gegensatz zu Bayern – in diesem Punkt ist Bayern deutlich schlechter –, keine strukturschwachen Gebiete haben. Keine! Das ist der Unterschied zu Bayern. In Bayern gibt es den Riesenmoloch München, dort gibt es noch das Kernland Nürnberg, aber je weiter es in die Peripherie geht, desto strukturschwacher wird es. Das haben wir in Baden-Württemberg nicht.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ob Regionen strukturschwach sind oder nicht oder strukturschwach werden oder nicht, wird mehr denn je von der Frage abhängen, wie wir in diesen Regionen bei dem Thema Bildung vorangehen.

Deshalb sage ich ganz offen: Wir lehnen Ihren Vorschlag nicht in Bausch und Bogen ab. Aber ich habe allergrößte

Bedenken, ob wir, wenn wir kleine Einheiten schließen und dadurch immer weniger Schulen im ländlichen Raum haben, auf lange Sicht im Bildungsbereich Erfolg haben werden. Das wage ich sehr zu bezweifeln. Deshalb: Lassen Sie uns darüber reden. Aber die große Stärke des Landes liegt auch in der Stärke der ländlichen Regionen. Diese Stärke würde ich nicht ohne Weiteres auf den Prüfstand stellen wollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Vierter Punkt: Beim Thema Stuttgart 21 werden wir uns wahrscheinlich nicht ganz einig. Darüber haben wir schon mehrfach diskutiert. Ich glaube, das klammern wir heute lieber aus.

Ein weiterer Punkt, den Sie angesprochen haben: Sie haben konkret als Beispiel genannt, dass man die Zuschüsse für Kläranlagen reduzieren könnte. Dazu darf ich nur darauf hinweisen, dass wir das erstens bereits gemacht haben –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

wir haben die Zuschusshöhe in den letzten Jahren gesenkt – und dass wir zweitens bei diesem Punkt exakt beim ländlichen Raum landen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, in den städtischen Gebieten – logisch aufgrund der Masse der Menschen, die dort leben – sind die Gebühren relativ überschaubar. In den ländlichen Regionen, wo wenig Menschen verdichtet leben, ist das ein Thema. Und wenn ich die Themen alle zusammen – –

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Standards!)

– Nein, das ist kein Thema von Standards, Herr Metzger. Denn eine Kläranlage braucht man. Da können Sie Standards senken, wie Sie wollen: Die ist einfach notwendig.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist eine Vorgabe der EU, Herr Metzger, keine Landesvorgabe!)

Aber wenn man in den ländlichen Regionen das kumuliert machen würde, was Sie erwähnt haben – im Bildungsbereich abzubauen, bei den Zuschüssen für Kläranlagen abzubauen, was unweigerlich eine Steigerung von Gebühren zur Folge hätte, und anderes mehr –, würde man, glaube ich, die hervorragende Struktur des Landes Baden-Württemberg kaputt machen. Deshalb halte ich das – bei allem Respekt davor, dass Sie immerhin einen Vorschlag machen – für einen falschen Vorschlag, den wir so nicht mitmachen werden.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt, Frau Vogt, zum Thema Bildung: Sie haben in zwei Runden exakt eine einzige Zahl genannt – immerhin, aber die war dummerweise falsch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dafür haben Sie nur aus der Zeitung vorgelesen!)

Das war die Zahl, die Sie aus der Bundesstatistik zitiert haben. Die Zahl, die Sie zitiert haben, steht in dem Papier

(Stefan Mappus)

drin. Aber Sie haben leider nicht dazugesagt, in welchem Zusammenhang sie drinsteht.

(Abg. Stephan Braun SPD: Natürlich! – Zuruf von der SPD: Zuhören! – Abg. Stephan Braun SPD: Vor lauter Adrenalinschub kann er nicht mehr zuhören!)

Meine Damen und Herren, die Bildungsausgaben pro Schüler in den berufsbildenden Schulen liegen im Bundesdurchschnitt bei 3 200 € pro Jahr; in Baden-Württemberg liegen sie bei 4 000 €. Wir liegen also knapp 20 % über dem Durchschnitt. Was Sie zitiert haben, waren Angaben über Sondermittel aus dem entsprechenden Ministerium.

(Abg. Stephan Braun SPD: Das hat sie doch gesagt!)

Diese Ausgaben sind in Baden-Württemberg natürlich niedriger, was ja logisch ist, weil wir ständig auf höherem Niveau fahren. Da machen wir keine Sonderaktionen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Aber wir liegen bei den regelmäßigen Ausgaben knapp 20 % über dem Bundesdurchschnitt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Wahrscheinlich stand da 20 %!)

Wenn wir 20 % über dem Bundesdurchschnitt liegen, dann können Sie ja schlechterdings nicht argumentieren, da wäre alles so katastrophal, dass wir die Sondermittel erhöhen müssten. Das müssen wir nicht; das machen wir nicht. Wir werden weiterhin auf stabil hohem Niveau fahren.

Meine Damen und Herren, jetzt zum Thema Verschuldung. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen und ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass wir in der Tat zwei Anläufe hatten, bei denen wir die Nullverschuldung nicht geschafft haben.

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau!)

Ich will mich jetzt nicht über die Achtzigerjahre äußern – das war vor meiner Zeit; da kenne ich mich auch nicht so aus. Aber was den zweiten Anlauf angeht, müssen Sie schon fair bleiben.

Wenn Sie sich einmal die Einnahmesituation anschauen – ich will gar nicht darauf eingehen, warum die Steuereinnahmen eingebrochen sind –, so können wir gern darüber diskutieren, wer in der Bundesrepublik Wirtschaftspolitik macht. Aber lassen wir das einmal beiseite. Wir reden über die Steuereinnahmen von Baden-Württemberg. Wenn Sie innerhalb von zwei Jahren ab dem Jahr 2002 knapp 10 % Mindereinnahmen haben, wenn Sie neun Mal in Folge sinkende Steuerschätzungen haben, wenn Sie in absoluten Zahlen immer weniger in der Kasse haben, aber bei einem Personalkostenanteil von direkt und indirekt knapp 50 % steigende Kosten haben, dann ist es schlicht unseriös, zu argumentieren, es wäre in dieser Phase völlig übel gewirtschaftet worden und deshalb wäre die Verschuldung gestie-

gen. Keine Regierung dieser Welt kann in so kurzer Zeit in einem laufenden Haushalt Einsparungen treffen, damit die Verschuldung nicht steigt. Deshalb ist die Behauptung schlicht und ergreifend nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Thema Vertrauen und Seriosität.

(Zuruf von der SPD: Auweh! – Abg. Stephan Braun SPD: Da sind Sie genau der Richtige!)

Es gibt eine ganz einfache Ursache, warum die neuen Steuerschätzungen immer weiter nach unten gingen. In dieser Republik war es bis vor geraumer Zeit so, dass die Steigerungsraten für die Steuerschätzungen – oder auch die Minusraten, je nachdem, wie es gerade lief – von der jeweiligen Regierung immer leicht oder stark unter dem festgesetzt wurden, was die Wirtschaftsweisen gesagt haben. Es ist ein ganz einfaches Vorsichtsprinzip, das man in jeder Kaufmannslehre in den ersten Wochen lernt, dass man eher etwas unter der Schätzung bleibt, damit man später einen Spielraum hat. Bei den neuen Steuerschätzungen, meine Damen und Herren, war es aber bemerkenswerterweise genau andersherum: Da wurde das Wachstum politisch immer ein bisschen weiter nach oben geschraubt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hochgerechnet!)

und dann hat man sich seltsamerweise gewundert, wenn die nächste Steuerschätzung wieder in den Keller ging, was eigentlich unschwer vorhersagbar war. Denn wenn man den Prozentsatz zu hoch ansetzt und die Konjunktur einbricht, dann ist es logisch, dass von Steuerschätzung zu Steuerschätzung das Ganze immer weiter nach unten geht.

(Abg. Stephan Braun SPD: Wer ist beteiligt an der Steuerschätzung?)

Meine Damen und Herren, dies hat sich geändert. Seit dem letzten Jahr liegen die prozentualen Steigerungen, die für die Steuerschätzungen angenommen werden, unter dem, was die fünf Weisen vorhersagen, sodass selbst dann, wenn die Konjunktur etwas langsamer wächst, wir trotzdem nicht die Einbrüche haben, wie wir sie bisher hatten. Das zum Thema Seriosität und Vertrauen. Deshalb ist es auch ziemlich wahrscheinlich, dass man konkret vorhersagen kann, dass die Steuereinnahmen, wie es der Herr Ministerpräsident erwähnt hat, auch in den nächsten Jahren zumindest leicht steigen werden und wir deshalb jetzt die Chance haben, die Nullneverschuldung für die nächsten Jahre zu erreichen.

Pensionsrücklage: Wir sind dabei, wir haben das Thema im Koalitionsvertrag drin. Aber auch da muss man fair bleiben. Wenn man, bevor man die Nullneverschuldung erreicht, Pensionsrücklagen bilden will, Herr Kretschmann, dann gibt es nur eine einzige Möglichkeit: auf Pump.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist nicht meine Idee!)

Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass ich Geld zu einem beträchtlichen Prozentsatz aufnehme, um es auf ein Bankkon-

(Stefan Mappus)

to zu legen, wo ich einen niedrigeren Zinssatz bekomme, aber dafür behaupten kann, ich habe Rücklagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da haben Sie ausnahmsweise recht!)

Das entspricht keinem soliden wirtschaftlichen Konzept. Deshalb sagen wir: So schnell wie möglich die Nullneuerschuldung erreichen, dann massiv in die Rücklagenbildung für die Pensionen einsteigen und jetzt auf dem Weg, den wir schon eingeschlagen haben – Sie wissen, dass es bereits einen Rücklagenfonds gibt –, indem wir 0,2 % der Steigerungsraten zurückgelegt haben, weitermachen. Kleine Sümmchen – richtig, aber der Weg ist begonnen. Wir müssen auf diesem Weg so schnell wie möglich nach Erreichen der Nullneuerschuldung den Pensionslastenberg, den wir in etwa 20 Jahren erreichen werden, angehen, weil uns ansonsten der Haushalt unbestritten – wenn ich es so salopp formulieren darf – um die Ohren fliegt, wenn wir es nicht schaffen, diese Rücklagen zu bilden. Wir sind an Bord, auch bei diesem Thema.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Mappus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

Abg. Stefan Mappus CDU: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Schmid, bitte.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Mappus, ist Ihnen bekannt, dass zum Thema Pensionsfonds die Diskussion im Finanzausschuss gemeinsam mit dem Finanzminister inzwischen schon weiter gediehen ist und dass klar geworden ist, dass die Habenzinsen nicht automatisch niedriger sein müssen als die Sollzinsen? Beispielsweise ist das der Fall bei der Versorgungsrücklage des Landes und auch bei den Anlagen, die die Landesstiftung tätigt. Insofern ist dieses traditionelle Argument nicht mehr gültig und sollte nicht mehr gegen einen Pensionsfonds ins Feld geführt werden, auch nicht von Ihnen.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Schmid, das ist insofern nicht richtig, als Sie diese Situation nur bei einem niedrigen Zinsniveau haben. Dieses Glück haben wir im Moment. Aber Sie wissen ganz genau, dass wir diese einmalige Situation nicht auf Dauer haben werden. Im Gegenteil, die EZB hat vier Mal in Folge die Zinsen erhöht. Deshalb würde dieses nette Argument, wenn Sie das weiterspinnen, bedeuten: Ich muss möglichst hohe Schulden machen, damit ich den Kredit auf das Konto legen kann, weil ich dann sogar noch einen Ertrag daraus gewinne. Sie wissen ganz genau, dass das auf Dauer so nicht funktionieren wird. Sonst würden das übrigens andere auch machen – Herr Föll lächelt schon –, diese Idee hätte die Stadt Stuttgart mit Sicherheit bereits umgesetzt. Die brauchen nämlich immer Geld, wenn sie Entsprechendes tun.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber genau das macht die Stadt Stuttgart! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Falsches Denken, Herr Mappus!)

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt: Frau Vogt, ich habe gesagt, Sie hätten im Verlauf zweier Rederunden exakt eine einzige Zahl genannt.

(Heiterkeit des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Da haben Sie schlecht zugehört!)

– Nein, ich habe genau zugehört. Ich habe vor allem gehört, was Sie alles an Vorschlägen gemacht haben, für die wir mehr Geld brauchen. Sie haben beispielsweise mehr Stellen im Polizeidienst und mehr Lehrerstellen gefordert – obwohl ich Ihnen zuvor ja dargelegt hatte, dass Sie vor Kurzem noch das exakte Gegenteil davon gefordert haben; aber in Ordnung. Wer mehr Wohnungsbaumittel, mehr Mittel für Schulsozialarbeit – obwohl wir als Gesetzgeber hierfür gar nicht zuständig sind –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Herr Oettinger ist doch zuständig, sagt er!)

Pensionsrücklagen und anderes mehr fordert, dem sage ich: Wir können über jedes Thema reden, über jedes! Wir hätten auch kein Problem, bei dem einen oder anderen Punkt, den Sie genannt haben, mitzumachen – unter einer Bedingung: Machen Sie einen soliden und sauberen Deckungsvorschlag! Dann können wir in diesem Haus über alles – egal, von wem es kommt – reden.

Deshalb, meine Damen und Herren, bin ich auf die Anträge gespannt, die wir in den nächsten Wochen, den nächsten zwei Monaten bekommen werden. Ich sage zu, dass wir alles sehr sachlich diskutieren werden.

(Abg. Stephan Braun SPD: Das haben wir gemerkt!)

Aber wir werden nicht sachlich diskutieren, wenn immer nur Forderungen erhoben und entweder gar keine oder aber faule Deckungsvorschläge gemacht werden. Das hielte ich für falsch. Wir sind konstruktiv, wir wollen dieses Land voranbringen – aber unter solider Zielsetzung. Sparen und investieren – beides zusammen ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Frau Vogt: Mit Ihrer Forderung nach mehr Respekt vor dem Parlament haben Sie ja recht. Ich meine auch – so war es ja sicherlich auch eher gemeint –, es ist selbstverständlich die Aufgabe des Parlaments, bei der Aufstellung des Haushalts und vor allem auch bei dessen Verabschiedung sein Königsrecht zu nutzen.

Aber ich muss dem Ministerpräsidenten doch ein großes Kompliment machen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Da sind wir ja gespannt! – Zuruf von der SPD: Jetzt aber! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

(Dr. Ulrich Noll)

Wenn man bei diesen großen Brocken – wir haben sie doch genannt: Beamte, Kommunen, Sport – einen Solidarpakt schließen will, dann geht das nicht, wenn 20 Parlamentarier am Tisch sitzen, sondern dann muss einer einfach der verlässliche Partner sein. Ich stehe nicht an, zu sagen: Es war unglaublich, wie intensiv und strikt die Rückmeldung in die Fraktionen und die Einbindung der Fraktionen stattgefunden hat. Da muss ich einfach noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von unserer Fraktion, vor allem an Frau Berroth und Herrn Herrmann, ein Kompliment richten: Sie waren immer bereit, im Rahmen der Beratungen und auch in den Arbeitskreisen die Grundlage für weitere Schritte zu schaffen. Von daher sind die Fraktionen – zugegebenermaßen zunächst einmal nur die Regierungsfaktionen – sehr intensiv in die Beratungen eingebunden worden.

Ich stehe aber zu meiner Aussage: Wenn Sie wie ein Hühnerhaufen in eine solche Beratung hineingehen würden, in der es immerhin darum geht, den eigenen Haushalt aufzustellen, dann – das wissen Sie auch – wäre das naiv. Trotzdem – und das habe ich ja auch schon gesagt –: Was die Eckpunkte betrifft, kann man sicherlich an der einen oder anderen Stelle immer wieder über bessere Lösungen diskutieren. Der Gesamtrahmen jedoch muss stimmen. Und hier dürfen wir als Regierungsfaktionen schon ein wenig stolz darauf sein, dass wir gemeinsam mit der Landesregierung einen solch guten Gesamtrahmen hinbekommen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zweiter Punkt: Auch hier möchte ich wiederum den Ministerpräsidenten sehr für das loben, was er bezüglich des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern untereinander gesagt hat. Mir ist nur noch ein kleiner Zusatz hinsichtlich der Steuerzuständigkeit wichtig. Klar ist: Wenn wir bei den Gemeinschaftssteuern Zuschläge machen – das können wir als Länder –, muss zuvor natürlich der entsprechende Anteil des Bundes abgesenkt werden. Das heißt, es darf zunächst einmal nicht per se durch die Zuschläge zu einer Steuermehrbelastung kommen,

(Beifall der Abg. Michael Theurer und Heiderose Berroth FDP/DVP)

sondern jedes Land kann dann entscheiden, ob es bei derselben Höhe bleibt – nämlich mehr erhebt – oder ob es sogar zurückgeht, sodass in einzelnen Ländern, wie beispielsweise bei uns, sogar Entlastungen stattfinden können.

Nun muss ich mich leider noch relativ ausführlich dem Kollegen Kretschmann zuwenden. Ihr Versuch, das Vertrauen, das Sie bei den Beamten schon längst nicht mehr haben, ein bisschen wiederherzustellen, ist nun gründlich misslungen. Es ist ja eigentlich alles schon zerpfückt worden. Erstens vergleichen Sie ständig Äpfel mit Birnen. Der Ministerpräsident hat sehr zu Recht darauf hingewiesen: Man muss immer die gesamte Berufs- und Versorgungskarriere in den Blick nehmen. Außerdem ist das System der gesetzlichen Rentenversicherung natürlich etwas völlig anderes als das der Versorgungszusage. Das wissen wir übrigens jetzt, wenn es um die Parlamentsreform geht. Da haben wir nämlich auch den Systemwechsel. Also noch einmal: Das ist nicht sonderlich gelungen.

Thema Personal: Jetzt weiß ich nicht, ob nur Herr Metzger oder auch Sie vom Abbau von 20 000 Stellen gesprochen haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen auch, dass über 50 % aller Stellen im Bildungsbereich und, wenn ich den Wissenschaftsbereich noch dazunehme, fast 60 % der Stellen im Landeshaushalt genau die prioritären Bereiche Bildung und Erziehung betreffen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und die Sicherheit!)

Dann wird es irgendwo ungläubwürdig, wenn Sie immer sagen, wir würden zu wenig für die Bildung in unserem Land tun. Wenn Sie 20 000 Stellen abbauen wollen, dann müssen Sie entweder wirklich das Finanzministerium, das Staatsministerium und alle anderen Ministerien schließen

(Abg. Ute Vogt SPD: Das wäre eine Idee!)

oder aber tatsächlich an den prioritären Bereich herangehen. Das wird gar nicht gehen. Das zeigt, wie unseriös Sie mit Ihren Einsparvorschlägen vorgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Für uns wird bei dieser Dienstrechtsreform und den Versorgungs- und Besoldungsansprüchen auch die Frage wichtig sein, ob es denn in allen Bereichen sein muss, dass man z. B. in Besoldungsgruppe A 12 einsteigt und auch in A 12 in Pension geht, also ob wir da nicht eine stärkere Spreizung hinkriegen können.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Alles Zukunftsmusik! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber das muss man andenken!)

– Ja, Zukunftsmusik. Aber, lieber Kollege Kretschmann, mit Ihnen in der Regierung hätte Günther Oettinger nicht erreicht, dass wir uns im Frühjahr mit dem Beamtenbund über solche Dinge ganz konkret und seriös unterhalten können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: 5 cm größer!)

Jetzt will ich, weil Sie ja gerade von fröhlicher Opposition gesprochen haben – Sie haben sich ja wieder, gerade eben in Ihrem zweiten Beitrag, ohne Ende angebiedert –, nur noch fragen: Hätten Sie es geschafft, dass man Stuttgart 21 ruhig, geruhsam und wohligh zusammen mit der CDU vom Tisch gekriegt hätte? Welchen Schaden Sie dem Land allein an dieser Stelle zugefügt hätten, hat der Ministerpräsident noch einmal völlig klar dargestellt: Rückgrat eines Projekts, gebrochen durch die Grünen. Mal sehen, ob das so gut gewesen wäre.

Thema Energiepolitik: Toll, wie sehr man sich da immer annähert. Die Tatsache, dass wir im Energiebereich die verstärkte Förderung des Einsatzes regenerativer Energien selbstverständlich nicht nur versprechen, sondern auch mit Programmen unterstützen, muss doch jedem inzwischen aufgegangen sein. Da haben Sie Ihr Alleinstellungsmerkmal längst verloren.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Michael Theurer FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

Zu der Frage „Was bewirkt denn die FDP?“ sage ich Ihnen bloß eines: Glauben Sie, dass wir die Konnexität, wenn wir nicht auch in den Koalitionsverhandlungen so hartnäckig darauf bestanden hätten, das zumindest in eine Prüfphase mit aufzunehmen, jetzt hätten? Wenn wir die nicht hätten, hätten wir wahrscheinlich auch nicht den Konsens mit den Kommunen. Also auch da sehen Sie ein Verdienst der FDP.

Verschuldungsverbot: Ich kann mich noch gut erinnern, dass gerade der von Ihnen kritisierte Kollege Theurer manchmal wirklich früher als andere Vorschläge gemacht hat,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das haben wir überhaupt nicht kritisiert!)

bei denen dann zuerst einmal gesagt wurde: Ja, ja, Theurer!

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der macht wenigstens Vorschläge!)

Er ist immerhin Mitglied des Finanzausschusses. Er hat in seiner Stadt gezeigt, was Konsolidierung heißt. Er macht zu Recht manchmal früher als andere Vorschläge, die zumindest zum Nachdenken anregen

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

und die dann häufig mit gewisser Verzögerung in Regierungshandeln münden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist unglaublich!)

So wünsche ich mir eigentlich auch meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, dass sie nicht immer nur warten, was von oben kommt, sondern dass sie Impulse setzen.

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Bei uns ist das so!)

Ich weiß schon noch, dass auch der Finanzminister große Skepsis gegenüber dem Vorschlag, ein Verschuldungsverbot in die Verfassung aufzunehmen, gehegt hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nur zu! Dann haben wir viel Spaß hier drin!)

Diejenigen, die dabei waren, als sich der Minister entsprechend äußerte, wissen das auch. Die Protokolle sind ja alle noch da.

Also noch einmal: Die FDP/DVP hat nicht wohligh und geruhsam, sondern seriös und mit Nachdruck bei wichtigen Punkten in dieser Regierung mitgearbeitet, und der Erfolg gibt uns recht.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Wir wissen sehr wohl, dass man nur gemeinsam Erfolg haben kann. Wir unterscheiden uns von Ihnen darin, dass wir auch in unserer Fraktion ein Team sind, das sich dem gemeinsamen Erfolg verpflichtet fühlt, und keine Einzelspieler sind wie Palmer, Kretschmann und Metzger.

(Lachen bei den Grünen – Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Stefan Mappus CDU)

Daher wünschen wir den gemeinsamen Erfolg der gemeinsam getragenen Regierung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Lieber drei Köpfe als gar keine!)

Wir sind diesem Erfolg im Interesse des Landes schon wieder ein gutes Stück näher gekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Frage ist jetzt: Wer schleimt mehr?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die beiden Gesetzentwürfe sollen zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss überwiesen werden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es wird so verfahren.

Punkt 1 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag von 35 Mitgliedern der Fraktion der SPD und der Fraktion der SPD – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Das Handeln von Landesregierung und Landesbehörden beim Erwerb von Kunst- und Kulturgütern aus dem vermuteten oder tatsächlichen Eigentum des Hauses Baden“ – Drucksache 14/577

mit der gutachtlichen Äußerung des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/696

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Aussprache erteile ich Frau Abg. Vogt das Wort.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Ute Vogt SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Mappus hat uns vorhin einen nicht ganz unwichtigen Hinweis gegeben: Wenn man Informationen sucht, dann kann eine Homepage als oft sprudelnder Quell von Informationen durchaus hilfreich sein.

Es ist verständlich, dass Sie lieber die Homepage der SPD oder auch die von mir besuchen

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die ist auch besser! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Die ist richtig gut! Das ist wahr!)

als die der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Aber, Herr Kollege, es wäre empfehlenswert gewesen, wenn Sie sich vor Ihrem Versuch, den Untersuchungsausschuss zu verhindern, doch auch über die Homepage der

(Ute Vogt)

Landesregierung informiert hätten. Da wird deutlich gemacht, dass sich der Ministerrat auf wesentliche Eckpunkte zur Sicherung badischer Kulturgüter verständigt hat. Da ist ein Spendenaufruf zu lesen, der sich auf ein beschlossenes Dreisäulenmodell bezieht. Aktuell wird zu Spenden für den Erhalt von badischen Kulturgütern aufgerufen. Es wird auf ein Dreisäulenmodell der Landesregierung Bezug genommen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Auf der Homepage! Das wissen wir alles! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das stand auch in der Presse!)

Auf der Homepage wird der Umfang genannt. Es wird gesagt, dass bereits 10 Millionen € über die Landesstiftung zur Verfügung gestellt worden sind.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt nicht! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Aber reserviert dafür! – Abg. Stefan Mappus CDU: Die Sitzung ist erst nächste Woche! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Da machen Sie den Leuten etwas vor!)

Und dies alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Ihr eigener Nachweis dafür, dass natürlich etwas geschehen ist und es nicht so ist, wie Sie zu behaupten versuchen, dass noch überhaupt niemand irgendwo gehandelt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Es geht da sicherlich auch weniger um die juristische Beurteilung dieses Sachverhalts. Denn mein Eindruck ist, dass Sie eher die Angst treibt, dass Sie diesen Untersuchungsausschuss fürchten wie der Teufel das Weihwasser, zumindest in den Reihen der Regierung. Denn wie sonst könnte man es sich erklären, dass Parlamentarier selbst vorangehen wollen, um ein verfassungsrechtlich verbiefertes Minderheitenrecht, speziell für Parlamentarier geschaffen, tatsächlich außer Kraft zu setzen?

(Beifall bei der SPD)

Es befindet sich meines Wissens niemand in diesem Landtag – zumindest keiner von denjenigen, die langjährig hier tätig sind und die ich befragen konnte –, der sich erinnern kann, dass es jemals den Fall gab, dass man der Opposition ihr verfassungsrechtlich verbiefertes Recht auf einen Untersuchungsausschuss absprechen wollte

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es gab auch noch nie einen Antrag, der sich auf etwas gerichtet hat, das gar nicht da ist! Man hat immer abgewartet, bis es etwas zu prüfen gab!)

und dass man sich zusätzlich als Fraktion zum Werkzeug der Regierung gemacht hat. Das ist tatsächlich noch nicht da gewesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es ist ja schon bemerkenswert, dass wir im Präsidium selbstverständlich eine Diskussion über die vorliegende Tagesordnung hatten und dass es dort auch eine Diskussion über die Frage der Zulässigkeit des Einsetzungsantrags gab. Wie sonst ist zu erklären, dass der Herr Landtagspräsident

selbst der sozialdemokratischen Fraktion einen kleinen Hinweis gab, dass er an einer Stelle – da ging es, glaube ich, um die Einbeziehung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – Bedenken hatte, ob die Formulierung rechtlich zulässig sei? Dann haben wir diese Formulierung im Antrag korrigiert, und keiner aus Ihrer Fraktion, auch nicht Sie als Fraktionsvorsitzende, Herr Mappus und Herr Kollege Noll, haben in irgendeiner Form geltend gemacht, dass Sie diesen Untersuchungsausschuss für unzulässig halten würden.

(Abg. Stephan Braun SPD: Hört, hört! – Abg. Marianne Wonnay SPD: So viel zur Fairness! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das fiel Ihnen in der Fraktionssitzung ein, wo es offenbar drunter und drüber ging, als die Minister Reinhart und Stratthaus Sie gebeten haben, da doch tätig zu werden,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wer hat Ihnen denn so etwas erzählt? – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Da wissen Sie ja mehr als wir!)

als es Streit in Ihren Reihen gab und Sie im Grunde darauf hingewiesen wurden, welche große Furcht die Landesregierung davor hat, dass jemand wirklich hinter die Kulissen schaut.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So war es!)

Sie sollten auch auf diejenigen hören, die für uns Parlamentarier Verwaltungsdienste leisten und uns auch Rechtsberatung geben. Wir haben ja auf Antrag der SPD einen Auftrag gegeben, ein Gutachten zur Frage der Zulässigkeit zu erstellen. Der Landesregierung wird bescheinigt – Sie können das in der gutachtlichen Stellungnahme der Landtagsverwaltung nachlesen –:

Soweit die Landesregierung von sich aus öffentlich ihre zwischenzeitliche Beschlusslage und ihre Verhandlungsziele dargelegt hat, würde sie sich in Widerspruch zu ihrem früheren eigenen Verhalten setzen, wenn sie jetzt unter Berufung auf den Grundsatz der Ex-post-Kontrolle die Auskunft verweigern wollte.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ist das das erste oder das zweite Gutachten?)

– Es gibt nur ein Gutachten von der Landtagsverwaltung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Mappus hat noch ein paar andere und holt sie heraus, je nachdem, wie er sie braucht!)

Dieses habe ich zitiert, und daraus geht hervor, dass es selbstverständlich keinen Anlass dazu gibt, nachwirkend zu sagen: „Da ist ja gar nichts passiert.“ Dann frage ich mich schon, warum sich so viele Menschen in diesem Land mit dem Thema beschäftigt haben und warum am Ende 70 Millionen € nicht wie geplant ausgegeben wurden, wenn angeblich überhaupt nicht gehandelt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wie groß Ihre Not ist, sieht man daran, dass Sie nun wieder den Professor aus Heidelberg bemühen müssen.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Ute Vogt)

Das wundert mich,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mich wundert es nicht, dass Sie den Satz Ihres früheren Kanzlers Schröder wiederholen! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das spricht für Ihren Stil! – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Mehr Respekt!)

denn es hat auch in anderen Zusammenhängen nicht unbedingt Glück gebracht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der hatte schon damals recht!)

Wissen Sie, wir sind aus dieser Zeit und auch aus der öffentlichen Diskussion mit vielen Thesen – auch aus Heidelberg – einiges gewohnt. Aber lesen Sie einmal nach, was in diesem Rechtsgutachten, von Ihnen in Auftrag gegeben, niedergeschrieben wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von wem ist das Gutachten im Landtag in Auftrag gegeben worden?)

Herr Professor Kirchhof kommt zu dem Schluss:

Demokratie erschöpft sich nicht in der parlamentarischen Kontrolle, stützt sich vielmehr wesentlich auch auf die Kritik von Öffentlichkeit und Medien.

So weit hat er ja recht. Und dann schlussfolgert er:

Soweit hier öffentliche Kritik wirksam geworden ist, rechtfertigt diese demokratische Effizienz nicht eine parlamentarische Untersuchung, dürfte sie eher erübrigen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist der Hammer!)

Wenn Sie sich diesen Satz genau anschauen, dann müssen Sie einmal überlegen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da müssen Sie die elf Seiten vorher genauer anschauen!)

ob Sie für Ihre eigene Zukunft wollen, dass darüber, ob wir als Parlament etwas erfahren, nachfragen dürfen, Zeugen vernehmen dürfen, untersuchen dürfen, Akteneinsicht erhalten, entschieden wird in dem Maße, wie die Presse darüber berichtet, oder ob es ein eigenständiges, verfassungsrechtlich verbrieftes Recht gibt, das an dieser Stelle nicht ausgehöhlt werden darf.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

Wenn Sie dem folgen würden, was Ihr Gutachter

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Würden Sie die Seiten 1 bis 11 auch vorlesen! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie verstehen es doch eh nicht!)

in seiner Blitzexpertise empfohlen hat, dann machen Sie aus diesem verfassungsrechtlich verbrieften Minderheitenrecht ein Gnadenrecht, das am Ende vom Gutdünken der jeweiligen Regierenden abhängig wäre.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt nicht!)

Vor diesem Hintergrund muss man sagen: Sie behandeln dieses Thema offensichtlich so, dass es fast wieder an höfische Zeiten erinnert.

(Beifall bei der SPD)

Das mag zwar zum Thema passen, wird aber dem Thema Parlamentsrechte nicht gerecht. Es war und ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht unser Wunsch, Politik vor den Gerichten auszutragen. Denn ich halte es für unsere Verpflichtung, möglichst wenig die Gerichte zu bemühen und uns möglichst viel – und vor allen Dingen – politisch auseinanderzusetzen.

Leider bleibt uns bei einer Ablehnung der Einsetzung des Ausschusses keine andere Möglichkeit, als diese Rechte im Wege der Klage einzuklagen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich möchte Sie daran erinnern, auch wenn Sie der Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses jetzt schmerzt und ärgert:

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es geht an dieser Stelle nicht nur um den einen Sachverhalt. Es geht nicht nur darum, wie und wann wir die Vorgänge um die Veräußerung der Kulturgüter entsprechend behandeln werden.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Kommt Ihr Rechtsanwalt aus Göppingen?)

Vielmehr geht es um wesentlich Grundsätzlicheres. Es geht darum, dass Sie absichern, dass auch denen, die nicht mit Mehrheit hier im Parlament vertreten sind, ihr Recht gewährt wird. Es geht auch darum, dass die Bürgerinnen und Bürger, die von allen Parlamentariern eine kritische Begleitung und eine konstruktive Arbeit erwarten,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

hier vertreten werden und dass z. B. die Millionen Wählerinnen und Wähler, die hinter der Sozialdemokratie gestanden haben,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Millionen?)

wissen, dass die Fraktion, die hier die Leute vertritt, auch hier die Rechte hat, entsprechend etwas durchzusetzen, wenn sie findet, dass etwas falsch läuft.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

In diesem Sinne: Stimmen Sie für die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses. Haben Sie keine Furcht vor dem Ergebnis, sondern bekennen Sie sich zur parlamentarischen Demokratie, und bekennen Sie sich zu den Rechten, die auch diejenigen haben, die nicht in der Mehrheit sind. Denn es kann auch einmal andere Zeiten geben, auch wenn Sie im Moment nicht daran glauben. Aber auch Ihnen ist nicht auf ewig Regierungstätigkeit verordnet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist immer höchstes Lob!)

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt das Votum des Ständigen Ausschusses und hält den Untersuchungsausschuss gegenwärtig für unzulässig und mit unserer Landesverfassung nicht vereinbar.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Thomas Knapp SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ach!)

Nach der Verfassungsordnung darf nur abgeschlossenes Regierungshandeln überprüft werden, nicht aber ein laufendes Verfahren. Dabei geht es nicht etwa nur um die Einhaltung einer formalen Vorschrift. Es geht im Kern um die Handlungsfähigkeit der Regierung, die zu jeder Zeit sichergestellt sein muss. Regierungsgeschäfte dürfen nicht monate- oder gar jahrelang – und schon gar nicht durch einen unzulässigen Untersuchungsausschuss – entscheidend behindert oder lahmgelegt werden.

(Zurufe der Abg. Alfred Winkler und Stephan Braun SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Das muss aber schlimm sein!)

Der Erhalt der Handlungsfähigkeit ist nach unserer Verfassung ein wichtiger Schutzgrund – das ist keine Nebensächlichkeit, sondern Kernbestand –, und darauf haben die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land einen Anspruch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Meine Damen und Herren, gerade wenn es – wie im konkreten Fall – um Vorverhandlungen, um Verhandlungen mit dem Hause Baden geht, würde ein Offenlegen von Positionen oder gar das Eingreifen in das Geschehen die Verhandlungsposition der Regierung schwächen, und daran können wir kein Interesse haben.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Das ist aber nicht verfassungsrechtlich relevant!)

Wenn das also eine verfassungsrechtliche Kernfrage ist, dann können wir nicht leichtfertig darüber hinweggehen, sondern müssen uns vertieft mit den Argumenten befassen.

Wenn wir der Verfassung gerecht werden wollen, kommt es konkret und entscheidend darauf an, ob im vorliegenden Fall abgeschlossenes Regierungshandeln vorliegt oder nicht. In der Kommentierung zum Untersuchungsausschussgesetz – Autor ist der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Wiefelspütz – heißt es: Die Einsetzung ist zulässig, wenn sie sich nicht auf laufende Vorgänge bezieht, soweit sie dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung zuzurechnen sind. Laufende Vorgänge sind grundsätzlich einer parlamentarischen Untersuchung entzogen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist besser als Birzele!)

Ein abgeschlossenes Regierungshandeln liegt nicht vor. Die Landesregierung hat interne, vorbereitende Schritte getroffen, aber die Verhandlungen mit dem Haus Baden im Blick auf eine mögliche Einigung gerade ausgesetzt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ja, wo laufen sie denn?)

Die Kabinettsbefassung am 9. Oktober hat zwar zu einer Klärung der anzustrebenden Vereinbarung zwischen dem Land und dem Haus Baden geführt. Aber es war klar, dass es noch einer ganzen Reihe von weiteren vorbereitenden Maßnahmen bedurft hätte, um zu einem Ergebnis zu kommen.

Ministerpräsident Oettinger hat in der Debatte am 11. Oktober hier an dieser Stelle erneut klargestellt, dass er vor den endgültigen Schritten – das ist eine wichtige Kernaussage –, beispielsweise bei einer Vereinbarung, das Parlament mit einbeziehen wird. Klar ist damit: Wir sind eindeutig auf dem Weg von Zwischenschritten in Richtung einer abschließenden Lösung.

Entgegen Ihrer Aussage, Frau Vogt – Sie haben schon in der letzten Landtagsdebatte versucht, die Landtagsverwaltung für sich einzubeziehen –

(Abg. Ute Vogt SPD: Jetzt haben wir es schriftlich!)

Da hat die Landtagsverwaltung ausdrücklich dementiert. Darf ich Ihnen aus dem jetzigen, jüngsten Gutachten der Landtagsverwaltung zitieren?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt kein anderes!)

In der Vorbemerkung heißt es im zweiten Absatz auf Seite 3: Die rechtliche Zulässigkeit des Einsetzungsantrags lässt sich abschließend nicht beurteilen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es! – Zurufe von der SPD)

Das ist der Kern, meine verehrte Frau Vogt.

(Unruhe bei der SPD)

Gerade deshalb waren wir auf vertieften gutachtlichen Rat angewiesen. Frau Vogt, Sie haben das angesprochen. Wir haben ein Gutachten von Professor Kirchhof aus Heidelberg erstellen lassen. Frau Vogt, Sie haben uns am 11. Oktober doch selbst vorgeschlagen, wir sollten den Professor aus Heidelberg begutachten lassen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Aber einen besseren!)

– Sie haben einen anderen gemeint, aber diesen hat Ihr früherer Chef immer gemeint. Aber jetzt können Sie sich doch deswegen nicht beklagen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Nein, der hat immer gegen uns geklagt!)

Das Gutachten des langjährigen Bundesverfassungsrichters Professor Kirchhof liegt Ihnen vor. Er kommt zu einem eindeutigen Ergebnis. Das Regierungshandeln ist nicht abgeschlossen. Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist unzulässig. Obwohl dies so war und ist, ha-

(Dr. Klaus Schüle)

ben Sie sich auch noch am Dienstag im Ständigen Ausschuss strikt geweigert, Ihren eilig zusammengeschusterten Antrag so zu ändern, dass er vielleicht noch zulässig geworden wäre, auch wenn das schwierig geworden wäre.

(Zurufe von der SPD)

Sie tragen für diese Situation die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Schüle, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Im Augenblick nicht, am Ende meiner Ausführungen sehr gern.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Nächster Punkt: Wir haben in unserer Fraktion eine ausführliche Diskussion darüber geführt,

(Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

ob – wie von der Opposition vorgetragen – ein parlamentarisches Minderheitenrecht verletzt sein könnte. Wir sind der Auffassung, dass das nicht der Fall ist.

Erstens: Wenn Sie den Staatsgerichtshof anrufen, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder er gibt der SPD recht, was aus unserer Sicht nicht zu erwarten ist – dann gibt es den Untersuchungsausschuss –, oder der Staatsgerichtshof gibt Ihnen nicht recht – dann gibt es auch keinen Untersuchungsausschuss. Dann haben Sie auch keinen Anspruch darauf.

Zweiter Punkt: Wenn die SPD den Staatsgerichtshof nicht anruft – das könnte ja noch sein –, wird die Regierung nächstes Jahr ohnehin eine Entscheidung treffen. Dann können Sie immer noch einen Untersuchungsausschuss einsetzen.

Meine Damen und Herren, legen Sie doch einmal konkret dar, wo hier die Minderheitenrechte verletzt sein sollen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP – Zurufe von der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich zitiere aus einem Artikel der „Südwest Presse“ vom 13. Dezember 2006 – er hat es auf den Punkt gebracht –:

Das Mehrheitsvotum im Ständigen Ausschuss ... ist deshalb mitnichten ein Schlag gegen den Parlamentarismus, sondern dient der Rechtsklarheit: Auch das wichtige Untersuchungsausschussrecht der Opposition kann nur dann geltend gemacht werden, wenn es mit der Verfassung in Einklang steht.

Vor dem Hintergrund des Themas Minderheitenschutz eine Anmerkung zu dem Verhalten der Grünen: Was Sie bei diesem Punkt in den vergangenen Tagen an Opportunismus an den Tag gelegt haben, spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, erst hü und dann hott. Diese reife Leistung muss man erst einmal nachmachen können. Minderheitenschutz ist also nicht das Thema. Es bleibt die Frage, was bis zur Entscheidung der Landesregierung passiert. Welche Rechte hat die Opposition? Sie haben auch alle parlamentarischen Rechte.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Danke!)

Zusätzlich hat der Ministerpräsident zugesagt, dass wir im Parlament vor einer endgültigen Entscheidung miteinander debattieren.

(Abg. Stephan Braun SPD: Was für eine fiese Arroganz der Macht!)

Sie können das öffentlich so oft kritisieren, wie Sie wollen. Sie haben alle Rechte und können dies nicht beklagen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein, eines nehmen Sie uns weg!)

Letzter Punkt: Wir haben uns abschließend intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob wir den Untersuchungsausschuss vielleicht doch zulassen sollten, und zwar unter dem Gesichtspunkt: Er ist zwar juristisch nicht zulässig, aber unter politischen Gesichtspunkten könnte einiges dafür sprechen. Denn es war unschwer zu erkennen, dass Sie die Nummer bringen würden: Die haben etwas zu verbergen.

Unter taktischen Gesichtspunkten hätte einiges dafür gesprochen, Sie ins Leere laufen zu lassen. Aber dann hätten wir es uns zu einfach gemacht. Nachdem wir aufgrund des uns vorliegenden Sachverhalts und der juristischen Gutachten davon überzeugt waren, dass nach der Verfassung im Interesse einer voll handlungsfähigen Regierung ein Untersuchungsausschuss

(Zurufe der Abg. Stephan Braun und Ursula Haußmann SPD)

in diesem Stadium unzulässig ist, haben wir uns entsprechend entschieden. Nur wegen eines von Ihnen geäußerten Verdachts, die Regierung wolle etwas verbergen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Weihnachtskaba-rett!)

haben wir unsere Sachposition und damit auch unsere verfassungsrechtliche Pflicht nicht aufgegeben. Das ist auch richtig so.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Oh, mir kommen die Tränen! – Abg. Ute Vogt SPD: Man merkt, dass Weihnachten wird!)

Ich darf, um das auf den Punkt zu bringen, noch einmal die „Südwest Presse“ zitieren, die das genau, messerscharf analysiert hat und zum Ausdruck gebracht hat:

Einer Regierung, die, überzeugend oder auch nicht, ihren Weg erst sucht, darf dazu nicht parallel der Prozess gemacht werden. Das wäre das Ende exekutiver Möglichkeiten. Die nächste blutige Nase wird sich die SPD mit ziemlicher Sicherheit vor dem Staatsgerichtshof holen.

(Dr. Klaus Schüle)

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/
DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag der SPD ist weder wohl überlegt noch gut vorbereitet und im Übrigen als unzulässig abzulehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Stichelberger.

Abg. Rainer Stichelberger SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Dr. Schüle, Sie haben vorhin gesagt, die Antragsteller hätten sich auch noch im Ausschuss geweigert, ihren Antrag einzuschränken bzw. zu modifizieren. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass das ausweislich des Protokolls, das der heutigen Beschlussvorlage beigefügt ist, nicht der Fall ist. Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass in dem von Ihnen in Auftrag gegebenen Gutachten ausdrücklich steht, dass der Untersuchungsausschuss selbst bei eingeschränkten Befugnissen nicht zulässig wäre. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Es steht ausdrücklich im Protokoll.

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Stichelberger, gut, dass Sie das noch einmal ansprechen. Aber ich glaube, bei vertieftem Studium des Ausschussprotokolls werden Sie diese Passage finden.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Nils Schmid
SPD: Wo? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ungefähr in der Mitte, doch natürlich. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Herr Kollege Stichelberger, das Gutachten, das von der Landtagsverwaltung vorgelegt worden ist, das von der Kollegin Vogt zu Unrecht – wie ich finde – zitiert worden ist, belegt eben gerade nicht Ihre These.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD, u. a.
Abg. Marianne Wonnay: Das ist aber entlarvend!)

Sie haben, Herr Kollege Stichelberger, ausweislich des Protokolls die Auffassung vertreten, dass Sie gar nicht den Wunsch gehabt hätten, den Antrag zu ändern. Sie haben im Ständigen Ausschuss die Chance verpasst – das wollen Sie nicht wahrhaben –, einen korrekten Antrag zu stellen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann:
Setzen, sechs!)

Es ist wichtig, dies für das Verfahren – auch vor dem Staatsgerichtshof – festzuhalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ihr schreckt vor
nichts zurück!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Meine Damen und Herren! Schon die ersten Debattenbeiträge haben gezeigt, dass es hier nicht mehr um die Sache geht.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Er ist im Gegensatz zu Ihnen direkt gewählt worden, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Gibt es da jetzt Unterschiede? – Unruhe)

Vielmehr gibt es ein Scharmützel um Formalia. Deswegen möchte ich nur ganz kurz darauf eingehen.

Wie Sie alle wissen, hätten wir uns auch einen etwas anderen Untersuchungsauftrag gewünscht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr! Das wissen wir!)

Nur, meine Damen und Herren von der CDU: All das haben nicht Sie zu entscheiden. Sie haben kein Recht, den Minderheitenschutz einer Parlamentsfraktion auszuhebeln. Genau dieses Spiel treiben Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von
der CDU)

Ausgerechnet Sie sind über Nacht plötzlich zu Verfassungspatrioten geworden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des
Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Da kommen mir doch die Tränen. Wie oft haben Sie schon die Verfassung gebogen, dass sie fast aus dem Leim gegangen wäre!

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Stephan Braun
SPD: Genau!)

Es geht Ihnen, meine Damen und Herren, nicht um die Verfassung. Es geht Ihnen nur um eine Machtdemonstration. Das ist der eigentliche Kern Ihres Anliegens.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn ich den Kollegen Schüle höre – er redet ja wie die anderen in dieser Frage –, dann habe ich den Eindruck, dass es sich um eine sehr selbstgefällige und eine sehr arrogante Machtdemonstration handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von
der CDU)

Das Vorgehen der CDU ist mehr als fragwürdig. Es gibt ein Gutachten der Landtagsverwaltung. Das passt Ihnen nicht in den Kram. Deshalb rufen Sie schnell in Heidelberg an und bestellen sich noch einmal ein Gutachten. Das erinnert auch an das Gutachten der Herren Würtenerberger und Wax.

(Abg. Ute Vogt SPD: Daran habe ich auch gedacht!)

Das war auch so eine Auftragskomposition.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Genau in diesem Stil agieren Sie weiter. Ihr Benehmen ist – abgesehen davon, dass es einen Affront gegen die Landtagsverwaltung darstellt – ein Affront gegen das Selbstverständnis des Parlaments.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Norbert
Zeller SPD: So ist es!)

(Jürgen Walter)

Ob zu Recht oder zu Unrecht zitiert – ich sage: zu Recht; wir sind ja frei gewählt, Herr Schüle –, noch einmal das Zitat aus dem Kirchhof-Gutachten:

Soweit hier öffentliche Kritik wirksam geworden ist, rechtfertigt diese demokratische Effizienz nicht eine parlamentarische Untersuchung, dürfte sie eher erübrigen.

Mit dieser Argumentation, meine Damen und Herren, ist irgendwann, eines Tages, jeder Untersuchungsausschuss überflüssig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch einen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen. Sie schaden mit diesem unwürdigen Spiel der Demokratie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn die Menschen in diesem Land haben solche Spielchen satt. Aber die Menschen wollen wissen – darauf geben Sie ja keine Antwort –: Wie kam es eigentlich zum Versagen der Regierung in dieser Frage? Hier gibt es einen dringenden Aufklärungsbedarf, unabhängig davon, ob wir einen Untersuchungsausschuss haben oder nicht. An dieser Aufklärung, meine Damen und Herren von der CDU, werden wir weiter mit großem Engagement arbeiten. Das verspreche ich Ihnen hier an dieser Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich erwarte von CDU und FDP/DVP, dass sie diese Aufklärung nicht behindern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch prima!)

Jetzt sagt der Herr Ministerpräsident – ich weiß nicht, wo er diese Wahrheit für sich hernimmt –:

(Zuruf von der SPD: Wo ist er denn?)

„Die Regierung hat keine Fehler gemacht.“ Zuvor hat er erklärt: „Beamte haben Fehler gemacht“ oder „Beamte können auch einmal Fehler machen“. Aber so einfach kommen Sie uns nicht davon. Denn nicht die Beamten tragen die Verantwortung für politisches Handeln, Tun oder Ankündigen – ich weiß ja nicht genau, ob das für Sie schon Handeln ist –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

sondern, meine Damen und Herren, die Mitglieder des Kabinetts tragen die Verantwortung – vielleicht auch ein Fraktionsvorsitzender; das wissen wir noch nicht.

Sie kommen uns auch deswegen nicht so einfach davon, weil Fehler gemacht wurden.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP)

Kommen wir zu den Fehlern. Der erste Fehler, der in diesem Zusammenhang gemacht wurde, ist im Jahr 2002 geschehen. Auf Antrag des Markgrafen wird es zugelassen, dass Graf Douglas ebenfalls in den Verwaltungsrat der Zähringer-Stiftung kommt – ein Platz, der nach der Satzung der Zähringer-Stiftung der Landesregierung zusteht. Seit wann ist denn Graf Douglas ein Vertreter der Landesregierung? Das wäre mir ganz neu.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Bei dieser Landesregierung wundert einen nichts mehr!)

Nun kann man sich darauf einigen – –

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

– Ja, aber in dieser Stiftung soll ein Vertreter der Landesregierung sitzen.

Jetzt, meine Damen und Herren, entnehme ich dem Internetportal „ka-news“ von vorgestern,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist eine besonders seriöse Quelle!)

dass die ehemalige Regierungspräsidentin Hämmerle – ich hoffe, das ist eine seriöse Quelle für Sie – erzählt:

Positiv merkte Hämmerle an, dass Wissenschaftsminister Frankenberg ihr bei der Übergabe der Unterschriften am Nikolaustag versichert habe, Graf Douglas habe in seinem Ministerium keinen Zutritt, da er in erster Linie wirtschaftliche Interessen verfolge.

Aber er ist gut genug, die Interessen des Landes in der Zähringer-Stiftung zu vertreten!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Brigitte Löscher GRÜNE: Aha!)

Deswegen frage ich den Wissenschaftsminister: Wann ist Ihnen denn diese Erkenntnis gekommen? Schon 2002 oder erst jetzt? Darauf hätten wir gern eine Antwort.

Hinzu kommt, dass Sie als zuständiger Minister keinen Widerstand gegen dieses seltsame Konstrukt geleistet haben – 300 Millionen gegen 70 Millionen €, wobei wir bis heute noch nicht wissen, ob tatsächlich 10 Millionen € davon als Provision an Graf Douglas gegangen wären. Sie wissen ja: In erster Linie vertritt er wirtschaftliche Interessen.

Deshalb, Herr Minister: Das Versagen in dieser Frage trägt auch Ihren, sogar ganz besonders Ihren Namen. Ich fordere Sie im Namen meiner Fraktion auf: Sorgen Sie dafür, dass der Platz, den Graf Douglas innehat, schnellstmöglich mit einem Vertreter aus Ihrem Ministerium besetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber auch der Ministerpräsident hat sich nicht mit Ruhm bekleckert. Am 11. Oktober 2006 – das ist noch nicht sehr lange her – weiß Herr Oettinger schon ganz genau, was dem Haus Baden, was der Zähringer-Stiftung – aber die gab es bei ihm, glaube ich, gar nicht – und was dem Land Baden-Württemberg gehört. Kurze Zeit später wird ihm in der FAZ erklärt, dies alles würde gar nicht stimmen, und dann wurde schnell zurückgerudert.

Erst danach hat er eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Trotzdem erklärt er sechs Wochen später: „Wir haben keine Fehler

(Jürgen Walter)

gemacht.“ Warum hat er dann noch eine Arbeitsgruppe einsetzen müssen? Ich finde, es ist schon dreist, zu sagen: Wir machen hier keine Fehler.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Dabei hätte doch eigentlich gar nichts schiefgehen müssen. Der Ministerpräsident hat am 11. Oktober gesagt – bei dem, was er alles gesagt hat, hat man allmählich das Gefühl: das geht irgendwann einmal als „Günthers Märchenstunde“ in die Geschichte des Landtags ein;

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

ich zitiere eine Aussage des Ministerpräsidenten vom 11. Oktober –:

Die letzten zwei Jahre waren von gründlicher Rechtsprüfung und Verhandlungen geprägt.

Das muss man zweimal vorlesen: Die letzten zwei Jahre waren von gründlicher Rechtsprüfung und Verhandlungen geprägt.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Ich frage Sie: Was haben Sie denn gelesen? Haben Sie beispielsweise gelesen, was der Markgraf schon bei der Einsetzung der Stiftung gesagt hat? Er hat gesagt: „All das, was uns gehört hat, ist dem Haus Zähringer verloren gegangen, weil es jetzt in der Stiftung ist. Darüber sind wir jetzt sehr traurig.“ Wenn ich das als Landesregierung in meinen eigenen Akten gelesen hätte, könnte ich doch nicht sagen, das sei alles im Besitz des Hauses Baden.

Herr Siebenmorgen erklärte 1995: „für Baden gerettet“. All das haben Sie anscheinend nicht gelesen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Abgesehen von den Gesetzestexten von 1930!)

Ich frage Sie: Wo wurde denn gründlich geprüft? Haben Sie darüber mit Graf Douglas verhandelt? Oder mit wem haben Sie eigentlich verhandelt?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Was wollen Sie jetzt eigentlich? Sie haben doch selbst gesagt, Sie wollten keinen Untersuchungsausschuss! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zuhören, Herr Mappus! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Jetzt wird es unangenehmer!)

– Herr Mappus, ich will Aufklärung. Die haben Sie bisher nicht geleistet.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Jetzt stellt sich die Frage, meine Damen und Herren: Wie regieren Sie eigentlich, wenn Sie nicht zwei Jahre lang Zeit zur Prüfung haben? Das wird dann ja eine Katastrophe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Mappus, die CDU erweckt immer mehr den Eindruck, sie habe das Regieren verlernt.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Sie bringen ja nicht einmal mehr das Tagesgeschäft routiniert über die Bühne,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ah ja!)

siehe Ladenschlussgesetz oder Gesetz über die Ladenöffnung, wie es jetzt, glaube ich, heißt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Studentenwerkgesetz! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das tut weh, gell?)

Die CDU kann sich selten noch – vielleicht war das auch in diesem Fall so – zwischen den Positionen des Fraktionsvorsitzenden und des Ministerpräsidenten entscheiden.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt kommt die Nummer wieder! Lassen Sie sich doch einmal etwas Neues einfallen! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist unwürdig!)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat vor Kurzem erklärt, er könne sich gut vorstellen, unter einem aufgeklärten Monarchen zu regieren.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt hat sich das aber alles gedreht. Der Ministerpräsident fährt als Monarch durchs Land, verspricht dieses und jenes, und zu Hause regiert Herr Mappus. Das ist die Realität.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Umgekehrt!)

Im Land spricht man schon von der Regierung Mappus/Oettinger.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sie sind gerade auf der falschen Baustelle tätig! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Nein, ich bin auf der richtigen Baustelle. Ich will zu diesem Scharmützel jetzt nichts mehr sagen.

Ich sage Ihnen: Sie erinnern mich an Thomas Manns Werk „Buddenbrooks“.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

– Jetzt hören Sie einmal zu.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein langes Buch!)

– Das ist ein langes Buch. Ich bin bis zur vierten Generation gekommen.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Deswegen denke ich an die CDU, wenn ich den Teil über die vierte Generation lese. Der Untertitel heißt ja auch „Verfall einer Familie“.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So viel zur Rechtsstaatspartei!)

Dabei räume ich eines ein, Herr Kollege: Im Gegensatz zu Hanno Buddenbrook stehen Sie nicht in der Gefahr, dass Sie an zu viel Sensibilität scheitern werden.

(Jürgen Walter)

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie müssen nur weiterlesen! Das ändert sich noch!)

Meine Damen und Herren, wir erleben jetzt eine Art gefühlte Große Koalition in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Die CDU wirkt genauso orientierungslos wie die SPD. Die einen entscheiden per Zuruf über den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, die anderen lassen jegliche Souveränität vermissen, führen hier die nächste Folge der „Mappus-Show“ auf,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

immer mit dem Untertitel: „Hau die Vogt“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Deswegen möchte ich Sie ganz zum Schluss – Herr Präsident, ich komme auch schon zum Ende – an die real existierende Große Koalition von 1995 erinnern.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Fasching ist erst im Februar! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt der Richtige!)

Da stand im „Spiegel“:

Die Sammlung der badischen Markgrafen wird versteigert –

– im Übrigen durch Graf Douglas –

nach einer Fehlentscheidung der Stuttgarter Landesregierung.

Das war alles schon einmal da. Man muss eben aus der Geschichte lernen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf von der SPD: Siehe Buddenbrooks!)

Jetzt zitiere ich aus der Ausgabe 28/95 des „Spiegel“:

Von Beginn an war die Sache ins Räderwerk der Stuttgarter Koalitionsquerelen geraten. Während sich CDU-Politiker, ein Jahr vor der Landtagswahl, eher kunstfreundlich, heimat- und monarchieverbunden zeigten,

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

wollte Wirtschaftsminister Dieter Spöri ... „keine Mark dem Markgrafen“ zugestehen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

sondern ihn auf seinem angeblichen „Fürstennippes“ sitzenlassen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darin – das, meine Damen und Herren, ganz zum Schluss – liegt der Verfall der CDU: Kunst- und heimatverbunden sind Sie nicht mehr, nur noch monarchieverbunden.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Danke.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser heutigen Debatte ist es ein Vorteil, nicht als erste Fraktion sprechen zu müssen. Das gibt nämlich die Gelegenheit, die Dinge einmal wieder auf eine sachliche Ebene zurückzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir sind sehr froh, dass wir Sie haben!)

Vielleicht sollte man zu Beginn auch sagen: Dieses Thema eignet sich eben nicht wirklich für tumultartige Szenen. Dafür ist es zu wichtig, Herr Kollege Walter.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie haben noch nie einen Tumult erlebt!)

Ich will meine Ausführungen anhand von drei Fragen vortragen. Erstens: Worum geht es heute? Zweitens: Worum geht es heute nicht? Drittens: Wie entscheidet sich unsere Fraktion, die FDP/DVP?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wissen wir auch schon!)

Worum geht es heute?

(Unruhe)

Es geht um nichts Geringeres als um eine elementare Grundlage des demokratischen Rechtsstaats. Es geht um die Gewaltenteilung,

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

genauer gesagt um die Abgrenzung der Kompetenzen von Legislative und Exekutive.

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau!)

Lassen Sie mich hierzu keinen Geringeren als Montesquieu zitieren:

(Zurufe von der SPD: Oi!)

Sobald ... die legislative Befugnis mit der exekutiven verbunden ist, gibt es keine Freiheit.

Die Trennung der Gewalten ist es, die den demokratischen Rechtsstaat ausmacht. Keine Gewalt darf der anderen übergeordnet sein, soll die Balance nicht aus den Fugen geraten. Keine Gewalt darf in den Kernbereich der anderen eingrei-

(Dietmar Bachmann)

fen. Und keine Gewalt darf im Kernbereich der anderen Kontrolle ausüben.

Das gilt auch für das Parlament, das den Kernbereich der Regierungsarbeit nicht antasten darf – auch nicht durch einen Untersuchungsausschuss. Zu diesem Kernbereich zählt die regierungsinterne Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, wie alle Gutachten ja zeigen. Der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellte Grundsatz der Ex-post-Kontrolle besagt, dass das Parlament nicht mittels eines Untersuchungsausschusses in laufende Verhandlungen und Entscheidungsvorbereitungen eingreifen darf.

Die Frage, um die es heute geht, ist also, ob – wie es der Antrag der SPD-Fraktion formuliert – ein Handeln von Landesregierung und Landesbehörden beim Erwerb von Kunst- und Kulturgütern vorliegt oder ob dieses Handeln eben noch vorbereitet wird. Die Abgrenzung von Vorbereitung und Durchführung ist eine der schwierigsten Fragen in der ganzen Rechtswissenschaft. Ich werde später bei der dritten Frage, wie wir uns entscheiden, darauf näher eingehen.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Lassen Sie mich damit zu der zweiten Frage kommen: Worum geht es heute nicht? Es geht nicht um die Frage, wie wir zu den Rechten von parlamentarischen Minderheiten stehen.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Was ist das überhaupt für eine Frage?

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Es ist doch nicht in unser Belieben gestellt, ob wir einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Die Landesverfassung hat klipp und klar Folgendes geregelt – ich zitiere:

Der Landtag hat ... auf Antrag von einem Viertel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

Wir haben da nichts zu entscheiden. Wir haben die Landesverfassung anzuwenden. Wir haben ein Minderheitenrecht vor uns, das die Mütter und Väter unserer Verfassung klipp und klar hineingeschrieben haben. Wer hier über Minderheitenrechte – Ja oder Nein – diskutiert, zeigt doch nur, dass man entweder die Verfassung nicht verstanden oder irgendwie Probleme damit hat. Rechte sind Rechte und bleiben Rechte.

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau!)

Diese Erkenntnis hilft uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber gerade nicht weiter. Wir müssen heute nämlich über die wesentlich schwierigere Frage entscheiden, ob die Voraussetzungen – wohlgermerkt die Voraussetzungen! – für dieses unbestrittene Minderheitenrecht gegeben sind. Wir müssen die eingangs erläuterte Frage entscheiden, ob der von der SPD formulierte Untersuchungsauftrag in unzulässiger Weise in den von unserer Landesverfassung geschützten Kernbereich des Regierungshandelns eingreift.

Wir müssen entscheiden, ob die Regierung bereits gehandelt hat oder ob sie ihr Handeln noch vorbereitet. Diese Frage kann man leider nicht mit Ermessensspielräumen,

Kollege Walter – im Zweifel für dies oder das –, sondern nur mit einem ganz klaren Ja oder Nein beantworten, weil es sich um eine Rechtsfrage handelt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jein! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Es ist keine Geschmacksfrage, es ist keine politische Frage, es ist eine Rechtsfrage,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das hat die Landtagsverwaltung beantwortet!)

deren Beurteilung letztendlich dem Staatsgerichtshof obliegt. Wenn wir heute mit der Mehrheit entscheiden: „Nein, die Regierung hat nicht gehandelt“, und den Untersuchungsausschuss nicht einsetzen,

(Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

dann kann sich die SPD an den Staatsgerichtshof wenden. Wenn wir sagen: „Ja, die Regierung hat gehandelt“, und den Untersuchungsausschuss einsetzen, dann kann sich die Regierung an den Staatsgerichtshof wenden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann soll sie doch!)

In beiden Fällen ist das gut so.

In unserem Staat gibt es eben nicht nur Legislative und Exekutive wie im Staatsmodell von John Locke. Bei uns gilt das Modell von Montesquieu. Wir haben das entscheidende dritte Element, nämlich die Judikative. Ihre Existenz und ihre Kompetenz ist es – unabhängig von all Ihrem Wollen, liebe Frau Vogt –, zu entscheiden. Sie macht einen demokratischen Staat zu einem demokratischen Rechtsstaat.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Der Thomas Dehler würde sich im Grab umdrehen, wenn er das hören würde! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Was ist denn jetzt Ihr Schluss?)

Unsere heutige Entscheidung, lieber Herr Stickelberger, ist nur eine Vorentscheidung. Aber es hilft ja alles nichts, wir müssen heute entscheiden. Damit komme ich zu meiner dritten Frage: Wie entscheidet sich die FDP/DVP-Fraktion?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Im Zweifel für das Recht! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Im Zweifel für die Koalition!)

Wir haben heute, wenn ich das rekapitulieren darf, zu entscheiden – Sie sollten zuhören, Frau Haußmann, dann wüssten Sie hinterher mehr –, ob die Regierung bereits gehandelt hat oder ob ihr Handeln noch vorbereitet wird. Ein nach der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung und Literatur entscheidendes Kriterium ist, ob ein Konzept irreversibel ist, also nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Abschließend entschieden ist über das Schicksal der fraglichen Kulturgüter ganz unbestritten nicht. Erst hat die Regierung dem Haus Baden einen Teil der Kulturgüter im Wert von etwa 70 Millionen € zur freien Verfügung überlassen wollen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wollen!)

(Dietmar Bachmann)

dann hat sie geplant, im Wege eines Vergleichs ein Drei-säulenmodell für den Erwerb dieses Teils der Kulturgüter zu realisieren,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie wir schon gehört haben!)

und im Augenblick soll nun – was sicherlich der richtige Weg ist – auch noch in Einzelfällen geprüft werden, wie sich das Eigentum an den Kulturgütern darstellt.

Es spricht bei einem Konzept, das in seinen Einzelheiten bereits zweimal revidiert wurde, sehr viel dafür, dass es noch nicht abgeschlossen ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident! Darf der so lange reden?)

Denn man hat es revidiert, was ja zeigt, dass es immer noch revidierbar ist. Aber ich will mir nicht anmaßen, diese juristisch extrem schwierige Frage, ob es in kleinsten Teilen vielleicht abgeschlossen ist, endgültig zu beurteilen.

Die CDU-Fraktion hat mit Paul Kirchhof einen der bedeutendsten Verfassungsrechtler unseres Landes mit der Beurteilung dieser Rechtsfrage beauftragt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Der ist ja auch in der SPD sehr beliebt!)

Es geht hier nicht um Steuerkonzepte, bei denen man sich streiten kann, wer sie wie beurteilt. Es geht um eine Rechtsfrage, und da sind Professoren – egal, aus welcher Stadt – besser in der Lage, zu entscheiden, zumal wenn sie viele Jahre im Verfassungsgericht gesessen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Kirchhof kommt zu dem eindeutigen Ergebnis, dass ein Untersuchungsausschuss unzulässig wäre. Diese Einschätzung der Rechtslage in Frage zu stellen maße ich mir nicht an. Wir wissen, dass die Landtagsverwaltung in ihrer rechtlichen Äußerung zu dem bereits zitierten Ergebnis kommt, dass die rechtliche Zulässigkeit des Einsetzungsantrags nicht abschließend beurteilt werden könne. Ich selbst kann das auch nicht endgültig beurteilen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das kann niemand! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Ja!)

Aber wir kommen nicht umhin, dies heute zu entscheiden, denn das ist keine Vielleicht-ein-bisschen-hier-und-da-Frage, sondern eine klare Ja/Nein-Entscheidung. Insofern sind wir unserem Koalitionspartner CDU dafür dankbar, dass er dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat, dass er das Ergebnis sorgfältig geprüft hat und dass er zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen ist: Dieser Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist unzulässig.

Wir als FDP/DVP-Fraktion haben volles Vertrauen in diese Einschätzung. Wir vertrauen Ihnen als unserem Koalitionspartner.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Wir werden in der kommenden Abstimmung beweisen, dass Sie auch uns als Koalitionspartner vertrauen können, denn Vertrauen ist der Anfang von allem und die Grundlage jeder, aber vor allem unserer Koalition.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/577. Hierbei handelt es sich um den Antrag einer qualifizierten Minderheit, denn der Antrag ist von 35 Mitgliedern der Fraktion der SPD, also von einem Viertel der Abgeordneten des Landtags, unterzeichnet. Der Landtag ist deshalb nach Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung rechtlich zur Annahme des Antrags verpflichtet, es sei denn, rechtliche Gründe stehen der Einsetzung des Untersuchungsausschusses entgegen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das haben wir jetzt endgültig geklärt!)

Der Ständige Ausschuss hat dazu auf Drucksache 14/696 eine gutachtliche Äußerung abgegeben, in der er die Rechtsauffassung vertritt, dass der Einsetzungsantrag aus den aus dem Ausschussbericht und den Anlagen ersichtlichen Gründen unzulässig ist.

Wir treten jetzt in die Abstimmung ein. Wer dem Antrag Drucksache 14/577 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt und der Untersuchungsausschuss nicht eingesetzt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Meine Damen und Herren, das war in diesem Jahr die letzte Plenarsitzung vor Weihnachten. Ich wünsche Ihnen schöne und erholsame Weihnachtstage und alles Gute für das Jahr 2007.

Die für heute noch geplanten Sitzungen des Ständigen Ausschusses, des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport und des Sozialausschusses beginnen zu folgenden Zeiten: um 14:45 Uhr der Ständige Ausschuss im Friedrich-Ebert-Saal, um 15:15 Uhr der Schulausschuss und der Sozialausschuss im Johann-Jakob-Moser-Saal.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 7. Februar 2007, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schöne Weihnachten!)

Schluss: 14:08 Uhr